

Landtag Rheinland-Pfalz
14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/68

68. Sitzung

Mittwoch, den 17. März 2004

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

**"Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit in Rheinland-Pfalz vor
dem Hintergrund einer verschärften Bedrohungslage"
auf Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 14/2998 –4526

**"Aktuelle Vorschläge zur Reform des Steuerrechts"
auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 14/2999 –4534

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

*Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung
des Landtags statt.*

**Wahl der vom Landtag Rheinland-Pfalz zu wählenden Mitglieder
der zwölften Bundesversammlung**

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/2987 –4545

Der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/2987 – wird einstimmig angenommen.4545

**Benennung eines stellvertretenden Mitglieds des "Kongresses der Gemeinden
und Regionen Europas beim Europarat (KGRE)" für die Amtszeit 2004 bis 2006.....4545**

*Als stellvertretendes Mitglied des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas
beim Europarat (KGRE) wird für die sechste Amtszeit Landtagspräsident Christoph
Grimm einstimmig benannt.4545*

Regierungserklärung

**"Ohne Veränderung keine Zukunft – Perspektiven der Kulturpolitik
in Rheinland-Pfalz"4545**

*Staatsminister Professor Dr. Jürgen Zöllner gibt eine Regierungserklärung ab,
an die sich eine Aussprache anschließt.*

**Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland und
zu dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den
Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 14/2976 –

Erste Beratung.....4562

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/2976 – wird an den
Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechts-
ausschuss überwiesen.4565*

Pflegende Angehörige in Rheinland-Pfalz

**Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und der Antwort
der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksachen 14/2532/2658/2750 –4565

Der Tagesordnungspunkt ist mit seiner Besprechung erledigt.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Christine Baumann, Hans-Josef Bracht, Dieter Schiffmann (zeitweise), Dr. Gerhard Schmidt, Anne Spurzem, Thomas Weiner.

Rednerverzeichnis:

Abg. Böhr, CDU:	4535
Abg. Creutzmann, FDP:	4542
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:	4570, 4575
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	4569, 4571
Abg. Dröscher, SPD:	4565
Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4528, 4533
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:	4531
Abg. Frau Pepper, SPD:	4561
Abg. Frau Reich, SPD:	4562
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4537, 4543, 4555, 4564
Abg. Frisch, CDU:	4550
Abg. Geis, SPD:	4553
Abg. Hohn, FDP:	4529, 4533
Abg. Hörter, CDU:	4526
Abg. Itzek, SPD:	4534, 4535, 4540
Abg. Jullien, CDU:	4541, 4563
Abg. Kuhn, FDP:	4536, 4558, 4564
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4571
Abg. Pörksen, SPD:	4527, 4532
Abg. Rüddel, CDU:	4567
Dr. Deubel, Staatssekretär:	4562
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:	4572
Mittler, Minister der Finanzen:	4538
Präsident Grimm:	4526, 4527, 4528, 4529, 4531, 4532, 4533, 4535, 4536, 4537 4538, 4540, 4541, 4542, 4543, 4544, 4550
Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:	4545
Vizepräsidentin Frau Hammer:	4553, 4555, 4558, 4560, 4561, 4562, 4563, 4564, 4565, 4567 4569, 4570, 4571, 4572, 4574, 4575
Zuber, Minister des Innern und für Sport:	4530

**68. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 17. März 2004**

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 68. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Heike Raab und Christine Schneider. Letztere führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Christine Baumann, Dr. Gerhard Schmidt, Anne Spurzem, Hans-Josef Bracht und Thomas Weiner. Dr. Schiffmann kann zu Beginn der 68. Plenarsitzung, also heute, nicht anwesend sein.

Ich möchte, wenn auch etwas zeitversetzt – aber ein runder bzw. ein Schnapszahlgeburtstag gebietet es auch, das nach einer gewissen Frist nachzuholen –, Glückwünsche an zwei Kollegen aussprechen. Herr Kollege Ramsauer ist am 18. Februar 55 geworden und am 5. März unser Kollege Dr. Geisen. Herzliche Glückwünsche auch von dieser Stelle aus!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, zu **Punkt 6** der Tagesordnung, Landesgesetz zur Änderung der Verfassung, ist anzumerken, dass nach dem derzeitigen Kenntnisstand die Fraktionen übereingekommen sind, diesen Tagesordnungspunkt erst am Freitag zu behandeln.

Der Gesetzentwurf und der Entschließungsantrag sind noch nicht eingebracht worden. Die notwendige Abkürzung der Frist wäre dann bei Beginn der entsprechenden Sitzung sicherzustellen, also nicht heute, sondern am Freitag. Sind Sie damit einverstanden?

Weitere Hinweise sind nicht erforderlich. Gibt es Einwände zur schriftlich vorliegenden Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich die Tagesordnung so feststellen.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

AKTUELLE STUNDE

**„Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit in
Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund einer
verschärften Bedrohungslage“
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 14/2998 –**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hörter.

Abg. Hörter, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der 11. März, die schrecklichen Ereignisse von Madrid, liegen noch keine Woche zurück. Die Gefühle von Trauer, Ohnmacht und Empörung sind wieder da, wie damals nach dem 11. September.

Wieder sind unzählige Menschen Opfer des Terrorismus geworden, sind wehrlose Menschen einem Massaker zum Opfer gefallen. Wir trauern um die Opfer dieses Verbrechens und sind in Gedanken bei den Hinterbliebenen und den Verletzten, die um ihr Leben ringen.

Erneut mussten wir erleben, dass gewissenlose Fanatiker auf die fundamentalen Werte zielen, auf denen unsere freiheitlichen Demokratien aufbauen. Der 11. März hat in Europa alle Maßstäbe gesprengt. Es ist das schlimmste Attentat, das bisher auf europäischem Boden geschah.

Das war erneut ein Anschlag auf die freiheitliche Grundordnung der westlichen Staaten. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung nach dem Anschlag vom 11. September gefordert, den Terroristen nicht den Triumph zu gönnen, das, was unser freiheitliches Gemeinwesen ausmacht, infrage zu stellen.

Dass aber in einer Presseerklärung des rheinland-pfälzischen Justizministeriums unter der Überschrift „Bekämpfung des Terrorismus“ der Minister einzig „die ständige Ausweitung der Bundeskompetenzen gerade im Bereich der Inneren Sicherheit mit großer Sorge“ sehe, sich ansonsten aber offensichtlich um wenig sorgt, wird angesichts des entsetzlichen Terroranschlags die Sorgen vieler Menschen, die sich unter dem Eindruck des internationalen Terrorismus derzeit bedroht fühlen, nicht entkräften können.

(Beifall der CDU)

Es reicht eben nicht, den Bürgern zu versichern, es bestehe keine Gefahr, „keine Änderung der Sicherheitslage in Deutschland“ oder die Sicherheitslage habe sich „so grundlegend nicht verändert“, so der Bundesinnenminister.

(Staatsminister Zuber: Das ist zutreffend!
Schweitzer, SPD: So ist es! Ja!)

Von niemandem, erst recht nicht von Terroristen, werden wir uns unsere freiheitliche Grundordnung infrage stellen lassen. Dies wird aber nur gelingen, wenn die Menschen in unserem Land das Gefühl haben, dass der Staat sie schützen will und kann, sich auf heimtückische wie offene Bedrohungen einstellt und verteidigungsbereit ist.

Diesbezüglich gibt es ein Glaubwürdigkeitsdefizit. Schaut man sich allein die Entwicklung der Straftaten der letzten 13 Jahre an – ich will nur einige wenige nennen –, ist festzustellen, dass wir über alle Straftaten hinweg eine Zunahme von 42 %, bei der Gewaltkriminalität von 82 %, bei den Rohheitsdelikten ein Plus von 115 %, bei der gefährlichen und schweren Körperverlet-

zung von 96 % und bei den Delikten mit Schusswaffen von fast 300 % zu verzeichnen haben.

Meine Damen und Herren von der Koalition, angesichts dieses Anstiegs und der untauglichen – auch gegen ihre eigenen Aussagen – Koalitionsvereinbarung und der ermittelten Zahlen zur Zukunft der Polizei bei viel zu geringer Zahl von Neueinstellungen von Polizeianwärtinnen glauben Ihnen die Menschen nicht, dass Sie für ihre Sicherheit das Notwendige tun.

(Beifall der CDU)

Es kann auch niemand verstehen, dass zugewanderte Ausländer, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass jemand einer terroristischen Vereinigung angehört oder diese unterstützt, nicht sofort abgeschoben werden.

Niemand behauptet, man könne gegen menschenverachtenden Irrsinn ein 100%iges Sicherheitssystem schaffen. Aber wir müssen uns mehr als bisher darauf einstellen, dass sich das, was sich in Madrid ereignet hat, auch bei uns ereignen kann.

Es wäre verantwortungslos, statt vorzubeugen erst zu handeln, wenn das Unheil geschehen ist. Deshalb muss die Botschaft heute lauten: Verstärkung der Polizei und des Katastrophenschutzes, Schließen der Lücken im Zusammenhang mit der Ausweisung

(Glocke des Präsidenten)

und null Toleranz gegenüber dem Terrorismus.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Pörksen.

Abg. Pörksen, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben es fast erwartet, ich will nicht sagen befürchtet,

(Kuhn, FDP: Ja, ja!
Schweitzer, SPD: So ist es!)

– eine Rede unter der Überschrift, wie beantragt –, dass heute über Vorschläge zum Terrorismus gesprochen werden soll.

Was machen Sie? Sie nutzen diese Gelegenheit, um das, was Sie schon sehr oft in diesem Haus gesagt haben, zu wiederholen und keinen einzigen Vorschlag zu machen.

(Beifall der SPD und der FDP
Frau Schmitt, SPD: Ja!
Frau Elsner, SPD: Das ist wahr!)

Sie machen vielmehr das, was viele Ihrer Kolleginnen und Kollegen heute und in den letzten Tagen landauf landab machen, Sie nutzen – das finde ich das Schlimme – ein Verbrechen in Madrid, um einen gewissen Aktionismus vorzugaukeln.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wenn ich die Presseerklärung des Herrn Dr. Böhr von gestern unter der Überschrift „Gefährlicher Irrglaube“ lese,

(Dr. Böhr, CDU: Ja!)

dann fordert er die Überprüfung aller Sicherheitsmaßnahmen an Flughäfen, Bahnhöfen und an den Grenzen des benachbarten Auslands. Das sind alles Aufgaben, die im Land nicht erfüllt werden, sondern für die der Bund zuständig ist und wozu der Bundesinnenminister bereits etwas gesagt hat. Das haben Sie schriftlich vorgelegt.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

Sie können damit nicht zufrieden sein. Aber das Schönste in Ihrer Presseerklärung ist Folgendes: Sie schreiben – Sie sollten überlegen, was Sie damit sagen –, wer redet wie der Justizminister oder erklärt, dass jetzt keine Zeit für Überreaktionen ist, hat die neue Dimension des Terrors nicht verstanden.

Wollen Sie damit Überreaktion fordern? Das kann nicht ernsthaft Ihr Ziel sein.

(Hörter, CDU: Das ist doch Quatsch!)

Überlegen Sie genau, was Sie in dieser Frage sagen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es stimmt, wir leben nicht auf der Insel der Glückseligen. Das wissen wir alle.

Wir leben in der gefährdeten Zone Europa. Auch der Innenminister unseres Landes hat bereits zu der Gefährdungslage Stellung genommen und wird es gleich wieder tun. Der blinde Hass der Terroristen erstreckt sich auch auf uns in Deutschland. Aber das wissen wir, und wir müssen – so schwer es uns auch fällt – damit leben. Wer etwas anderes sagt, gaukelt den Menschen etwas vor.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir müssen so lange damit leben, solange wir nicht endlich den Nährboden für Hass und Terrorismus bekämpfen. Das bedeutet, Not und Elend in der Welt zu ändern. Das ist Terrorismusbekämpfung.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU –
Beifall der SPD und der FDP)

Krieg – das sage ich an dieser Stelle sehr deutlich – ist dabei das schlechteste Mittel überhaupt. Was könnten

wir für ein Terrorismusbekämpfungsprogramm auflegen, wenn wir das Geld, das für einen unsinnigen Krieg hinausgeworfen wurde, einsetzen würden, um das Elend auf der Welt zu verändern! Das wäre das Programm gewesen, aber keine billige Polemik gegen Polizeistärken und Ähnliches!

(Beifall der SPD und der FDP)

Dass Sie dazu nichts sagen, ist eigentlich nahe liegend. Dabei wissen Sie genauso gut wie wir, dass viele der von Ihnen und auch bundesweit aufgezählten Maßnahmen den Bürgern allenfalls mehr Sicherheit vorspielen, aber damit gleichzeitig Freiheitsrechte beschnitten werden. Das haben die Bürgerinnen und Bürger sowie das Verfassungsgericht inzwischen gemerkt. Aus Angstgefühlen politisches Kapital zu schlagen, ist nach unserer Auffassung nicht in Ordnung, gerade vor dem Hintergrund solcher schrecklichen Verbrechen, wie sie in Madrid geschehen sind.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, dass keiner von uns einen Polizeistaat wie beispielsweise in Russland will und dass es die absolute Sicherheit auch in diesen Staaten nicht gibt, aber noch viel weniger in freiheitlichen Systemen wie bei uns. Wer lauthals beklagt, dass der Terrorismus in Spanien politisch erfolgreich gewesen sei, weil er angeblich ein anderes Wahlergebnis herbeigebombt habe, muss sich die gleiche Frage in Deutschland stellen, wenn er gleichzeitig fordert, dass Gesetze verschärft werden. Sind es nicht auch die Terroristen, die unsere Bürgerrechte einengen? – Das können Sie doch nicht ernsthaft wollen, und das unterstelle ich auch niemandem von Ihnen.

(Beifall der SPD)

Wie bereits nach den grausamen Attentaten in Washington und New York haben wir in unserem Land das aus unserer Sicht Notwendige und das uns Mögliche getan. Staatsminister Zuber wird sicherlich noch kurz darauf eingehen. Selbstverständlich wird das eine oder andere noch zu ändern sein. Ich erinnere an die Probleme, die der Verfassungsschutz im Rahmen des Verbotsantrags der NPD gehabt hat. Dort gab es sicherlich Dinge, die man noch einmal aufgreifen müsste und einer genaueren Kontrolle unterziehen müsste.

(Glocke des Präsidenten)

Ich sage mehr dazu in der nächsten Runde.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrer der Höheren Berufsfachschule Bernkastel-Kues sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Grundausbil-

dungslehrgang des Internationalen Bundes aus Simmern. Seien Sie herzlich begrüßt!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Grützmaker.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Die furchtbaren Ereignisse in Madrid stecken uns noch in den Knochen. Damit haben Sie vollkommen Recht. Wir sind empört über die Brutalität, und es ist sehr schwer, aus der Betroffenheit heraus eine sachliche Debatte zu führen. Aber es ist wichtig, dass wir, wenn uns Dinge empören, uns betroffen, ratlos und ängstlich machen, dennoch versuchen, eine sachliche Debatte darüber zu führen, welche Konsequenzen sich aus den Anschlägen und den daraus gewonnenen Erkenntnissen für Rheinland-Pfalz ergeben.

Ich muss sagen, ich bin nicht enttäuscht, weil ich es eigentlich schon erwartet hatte; aber das, was die CDU im Titel ihrer Aktuellen Stunde beschrieben hat, hörte sich doch eigentlich ganz gut an: Vorschläge, um in Deutschland zu mehr Sicherheit zu kommen.

Meine Damen und Herren, was die CDU – auf Bundesebene noch viel stärker, weil dort die Zuständigkeit größer ist – immer wieder tut, kann ich nur als reflexartigen Aktionismus bezeichnen. Es ist nicht richtig, dass mehr Polizei eine größere Sicherheit herstellt. Wenn wir an jeden Bahnhof zehn Polizisten stellen würden, wäre auch dies keine absolute Sicherheit.

Meine Damen und Herren, auch mit einer Ausweisung von Ausländern, die nur im Verdacht stehen, einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung anzugehören, stellen Sie die Werte unserer Verfassung und unseres Rechtsstaats infrage. Damit wird ein wichtiger Wert unseres Rechtsstaats, nämlich die Unschuldsvermutung bei Verdacht, einfach übersprungen. Dies ist typisch für das, was die CDU auch in anderen Bereichen – beispielsweise beim Einsatz von Soldaten im Inneren und bei anderen Dingen – fordert. Damit werfen Sie das, was sich bewährt hat und was für unseren Rechtsstaat konstituierend ist, ziemlich bedenkenlos mit der vorgeschobenen Argumentation über Bord, damit könne mehr Sicherheit erreicht werden. Meine Damen und Herren, damit können wir bestimmt nicht mehr Sicherheit erreichen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil, Sie vermitteln mit dem Zitat des Justizministers sowie mit Ihren Vorstellungen, die Sie in Ihrer Rede zum Ausdruck gebracht haben, sehr deutlich das Gefühl, dass unser Recht der Inneren Sicherheit Löcher hat, die noch gestopft werden müssten, um mehr Innere Sicherheit zu gewährleisten. Meine Damen und Herren, mit dieser Aussage produziert man nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Unsicherheit unter den Menschen in der Bundesrepublik und in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehen Sie sich doch einmal an, was nach dem Anschlag in Madrid die größte Unsicherheit produziert hat: Dies war doch ein Regierungschef, der meinte, er könnte unwahre Dinge an das BKA weitergeben aus Gründen, die möglicherweise wahltaktischer Natur sind. Was kann in der Bevölkerung eine größere Unsicherheit herstellen als eine Regierung, auf die man sich nicht mehr verlassen kann und bei der man in einer solch extremen Situation nicht mehr darauf vertrauen kann, dass sie einem die Wahrheit sagt? – Das, was Regierungschef Aznar in Spanien produziert hat, ist Verunsicherung!

Natürlich wünschen wir uns Sicherheit. Natürlich ist ein sicheres Leben ein wichtiges Recht, das Menschen haben. Aber wenn Sie so wollen, ist dies natürlich ein langfristiges Programm. Es ist nicht etwas, das man mit Gesetzen und Verordnungen von heute auf morgen in die Wege leiten kann.

Sie kennen den alten Spruch, aber ich möchte ihn dennoch noch einmal wiederholen: Die beste Sicherheitspolitik ist eine gute Sozialpolitik. – Das ist etwas, was auch die CDU verstehen muss. Nur das kann bei uns zu einer Sicherheit im Inneren beitragen, aber nicht solch aktivistische Vorschläge, wie Sie sie machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich müssen wir uns fragen: Gibt es in Rheinland-Pfalz neue Erkenntnisse bezüglich der Sicherheitslage? – Natürlich sind wir durch Ramstein und Spangdahlem in exponierter Position. Natürlich erwarten wir von Innenminister Zuber, dass er uns Auskünfte darüber gibt. Aber es hat keinen Sinn, die Vorstellung zu vertreten, man könne mit mehr Polizei und der Ausweisung verdächtiger Ausländer mehr Sicherheit herstellen.

(Glocke des Präsidenten)

Dies ist auf keinen Fall richtig, sondern damit wird unser Rechtsstaat und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung infrage gestellt.

Meine Damen und Herren von der CDU, kommen Sie auf den Boden der Tatsachen zurück! Machen Sie eine realistische und sachorientierte Politik. Damit können Sie der Sicherheit in Rheinland-Pfalz sicherlich mehr dienen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Hohn.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In aller Welt riefen die entsetzlichen Terroranschläge von Madrid Trauer und tiefe Bestürzung hervor. Die brutalen Anschläge auf unschuldige Bürgerinnen und Bürger der spanischen Landeshauptstadt stimmen auch mich und unsere Fraktion sehr betroffen. Sie zeigen einmal mehr, dass ideologische Verblendungen eine der

größten Gefahren für die Freiheit unseres demokratischen Rechtsstaats sind.

Die Anschläge in Spanien zum Anlass nehmend, überbieten sich nun die Verantwortlichen in den Ländern mit Vorschlägen für weitere Sicherheitsmaßnahmen und Gesetzesverschärfungen zur Bekämpfung des Terrorismus.

An die Spitze dieses neuerlichen Wettlaufs hat sich wieder einmal die CDU gesetzt. Herr Kollege Hörter hat dies in eindrucksvoller Weise noch einmal zum Ausdruck gebracht.

(Jullien, CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, namens meiner Fraktion warne ich dringend davor, bei der Bekämpfung des Terrorismus in blinden Aktionismus zu verfallen. Ich kann mich in diesem Punkt uneingeschränkt meinem Kollegen Herbert Mertin anschließen.

(Wirz, CDU: Wo ist er denn?)

Innere Sicherheit und die konsequente Bekämpfung der Kriminalität und des Terrorismus sind unabdingbare Voraussetzungen für den dauerhaften Erhalt unserer Freiheit. Als Liberaler teile ich deshalb die Aussage von Wilhelm von Humboldt, dass Sicherheit Voraussetzung für Freiheit ist. Ohne Sicherheit lässt sich die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land nicht gewährleisten.

(Bischel, CDU: Sehr richtig!)

Ob allerdings immer wieder neue Vorschläge für weitere Sicherheitsmaßnahmen und Gesetzesverschärfungen tatsächlich zu einer substanziellen Verbesserung der gegenwärtigen Sicherheitslage führen, wage ich zu bezweifeln. Vielmehr wird den Bürgerinnen und Bürgern eine Scheinsicherheit vorgespielt, was uns in der Sache selbst nicht weiterbringt.

Meine Damen und Herren, für uns Liberale war und ist es wichtig, die persönliche Freiheit des Einzelnen zu achten. Terrorismusbekämpfung darf Freiheitsrechte nicht infrage stellen. Deshalb hat die FDP stets vor weiteren Einschränkungen der Freiheitsrechte unserer Bürgerinnen und Bürger zulasten sicherheitspolitischer Maßnahmen gewarnt. Diese Warnung aufrechtzuerhalten, ist aktueller denn je.

Bei all den zum Teil sicherlich auch gut gemeinten Vorschlägen und Ideen ist immer die richtige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit entscheidend.

Meine Damen und Herren, eines müssen wir uns auch bewusst sein: Eine 100%ige Sicherheit kann und wird es nicht geben.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Staatsminister Zuber das Wort.

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir nach den schrecklichen Ereignissen vom 11. März 2004 in Madrid die Sicherheits- und Gefährdungslage analysieren und über Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung sprechen, möchte ich zunächst einmal festhalten, dass das Attentat von Madrid nicht zu einer außergewöhnlichen Änderung in der Bewertung der Gefährdungslage geführt hat. Insoweit teile ich – nicht nur ich, sondern viele meiner Innenministerkollegen – ganz ausdrücklich die Bewertung des Bundesinnenministers.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Verehrte Frau Kollegin, wenn ich gesagt habe, auch mit anderen Innenministern teile ich diese Meinung; dann habe ich auch zum Teil die Ihrer Couleur mit gemeint.

Deutschland war nach dem 11. September 2001 nach wie vor latent gefährdet. Wenn wir seriös analysieren und über Schutzmaßnahmen sprechen wollen, möchte ich in den Fokus der Betrachtung auch die zurückliegenden Anschläge und Reaktionen der Landesregierung einbeziehen.

Die Landesregierung hat mit Entschlossenheit und Sachlichkeit auf die Ereignisse in der Vergangenheit reagiert und ein landesspezifisches Sicherheitspaket auf den Weg gebracht, aber auch die von der Bundesregierung eingebrachten Antiterrorpakete unterstützt. Gerade in dieser schwierigen Lage hat sich gezeigt, dass es richtig war, die Innere Sicherheit zu einem Schwerpunkt der Politik zu machen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, in meinem Ressort hat dies in erster Linie zu Verbesserungen bei der Polizei, dem Verfassungsschutz und dem Katastrophenschutz geführt. Wenn ich von Verbesserungen spreche, geht es nicht und ausschließlich um personelle Verbesserungen. Die eingeleiteten Maßnahmen der Polizei werden mit hoher Intensität fortgeführt. Sie verfolgen hierbei insbesondere folgende Ziele: Schutz gefährdeter Objekte und Örtlichkeiten, Erkenntnisgewinnung über islamistische Extremisten und deren Unterstützer sowie strafrechtliche Ermittlungen.

Vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage ist es wichtig, dass wir auf diesen Bereich mit verstärktem Engagement unser Augenmerk richten. Das Notwendige ist auch in diesem Zusammenhang eingeleitet worden.

Meine Damen und Herren, wenn wir über die Informationen sprechen, die uns erreicht haben – wenn ich „uns“ sage, meine ich alle im Rahmen der Sicherheit tätigen Bundes- und Landesstellen –, dann müssen wir darüber Klage führen, was auch zur Sache gehört, dass wir nicht immer und in notwendigem Umfang den entsprechenden Sachverhalt seitens der spanischen Behörden so mitgeteilt bekommen haben, wie er sich jetzt ein paar Tage nach der Wahl herausgestellt hat.

Aus einer Telefonschaltkonferenz des Bundesinnenministers und der Länderinnenminister geht hervor, die Gefährdungsbewertung des Bundeskriminalamts geht für Deutschland von einer weiterhin hohen Gefährdung für Objekte der USA, Großbritanniens, Israels sowie jüdischer Einrichtungen aus. Daneben besteht eine anhaltende, wenn auch nachrangige Gefährdung für andere europäische Staaten.

Die Maßnahmen zum Schutz US-amerikanischer, israelischer und jüdischer Einrichtungen werden auch weiterhin und verstärkt in Rheinland-Pfalz auf hohem Niveau durchgeführt. Es erfolgt auch eine Sensibilisierung entsprechender Firmen, die aus den genannten Ländern, aber auch aus nachrangig betroffenen Ländern kommen.

Der Polizei sind derzeit keine offiziellen Objekte bekannt. Wir haben in Rheinland-Pfalz keine Botschaften oder ähnlichen Einrichtungen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns auf Unternehmungen aus diesen Ländern konzentrieren.

Bereits unmittelbar nach dem Anschlag habe ich die Polizeipräsidien zur Überprüfung der Sicherheits- und Schutzmaßnahmen aufgefordert. Infolgedessen wurden in Abstimmung zwischen dem Ministerium des Innern, den Polizeipräsidien und dem Landeskriminalamt folgende Maßnahmen festgelegt:

Der hohe Objektschutzstandard wird beibehalten. Mit den Verantwortlichen für die Einrichtungen wird Kontakt aufgenommen. Das Objektschutzkataster – ein wichtiger Punkt – wird vor dem Hintergrund der Gefährdungsbewertung überprüft.

Mit dem Bundesgrenzschutz erfolgt eine Abstimmung auf örtlicher Ebene hinsichtlich der Schutzmaßnahmen an Bahnhöfen und Bahnanlagen.

Was der eine oder andere Kollege als eigene Maßnahmen verkauft hat – ich denke an einen Kollegen, der nicht allzu weit von diesem Gebäude entfernt wohnt –, waren Maßnahmen, die in besagter Telefonschaltkonferenz mit dem Bundesinnenminister abgestimmt worden sind, weil er nämlich über den Bundesgrenzschutz zuständig ist. Man muss also sehr zwischen dem differenzieren, was in Verlautbarungen an Maßnahmen gesagt wird, und dem, was dann tatsächlich eigene Maßnahmen sind.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ein weiterer wichtiger Punkt für unser Land Rheinland-Pfalz ist es, dass die Raumschutzmaßnahmen um den Flughafen Hahn herum verstärkt worden sind. Die Ermittlungskomplexe gegen islamistische Extremisten werden vor dem Hintergrund der Attentate mit dem Ziel weiterer Erkenntnisgewinnung erneut analysiert.

Meine Damen und Herren, wir werden auch personell den Verfassungsschutz stärken, um damit den Teil sicherzustellen, den ich genannt habe, nämlich eine Intensivierung der Informationsbeschaffung.

Weil man das nicht in der notwendigen Breite in sieben Minuten bzw. in einer geteilten Aktuellen Stunde darstellen kann, lassen Sie mich zunächst einmal abschließend feststellen, die Sicherheitsbehörden in Rheinland-Pfalz führen bereits infolge des 11. September 2001 und jetzt nach dem 11. März 2004 die notwendigen Schutzmaßnahmen durch. Die Erkenntnisgewinnung hinsichtlich islamistischer Extremisten und deren strafrechtlicher Verfolgung befindet sich auf einem hohen Niveau.

Insoweit ist das der Lage Angepasste und Notwendige veranlasst worden.

Meine Damen und Herren, ich will in aller Deutlichkeit sagen, Überreaktionen wären fehl am Platz. Sie wären nur Beiträge, um Hysterie in Deutschland zu wecken.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich will meinerseits noch einmal unterstreichen: Eine 100%ige Sicherheit hat es niemals gegeben und wird es niemals geben.

(Zurufe von der CDU)

Herr Abgeordneter Hörter, man sollte nicht den Eindruck erwecken, dass man 100%ige Sicherheit gewährleisten könnte, – –

(Beifall der SPD und der FDP –
Hörter, CDU: Ich habe doch
dasselbe gesagt – – –)

– Ich habe meinen Satz noch nicht beendet.

– – indem man solche Forderungen in den Raum stellt. Sie kamen nicht nur von Ihnen, sondern bundesweit. Diese sind völlig unrealistisch. Sie würden einen Staat produzieren, in dem ich nicht mehr leben wollte.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Schluss meiner Ausführungen will ich noch einmal deutlich sagen, wir wollen unsere freiheitliche Demokratie verteidigen und nicht in diesem Zusammenhang den Terroristen zuarbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb bleibe ich dabei, Wachsamkeit, Besonnenheit und Sachlichkeit sind das Gebot der Stunde.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Sie dürfen darauf setzen, dass die Landesregierung sich ihrer Verpflichtung bewusst ist und das Notwendige tut.

(Beifall der SPD und der FDP –
Creutzmann, FDP: Sehr gut! –
Schmitt, CDU: Nur die Landes-
regierung darf das!)

Präsident Grimm:

Ich begrüße Mitglieder der Senioren-Union aus Mayen. Seien Sie herzlich im Landtag begrüßt!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Frau Kollegin Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Vielen Dank. Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Zuber, bis zu Ihrem letzten Ausbruch, den ich sicher richtig werte, wenn ich sage, das war auch nach innen und nicht so sehr nach außen gesprochen,

(Beifall bei der CDU)

muss ich Ihnen sagen, dass Sie genau das Thema unserer Anfrage erfasst und das gesagt haben, was wir von einem Innenminister in Rheinland-Pfalz erwartet haben. Sie haben die Situation vollkommen richtig geschildert. Das habe ich mit meinem Zwischenruf vorhin genau gemeint. Wir hatten schon einen hohen Sockel an Gefährdung nach dem 11. September und nach weiteren Attentaten auf der Welt bis hin zu dem, was im europäischen Teil der Türkei passiert ist. Wir haben jetzt eine weitere Verschärfung der Situation. In der Analyse stimme ich vollkommen mit Ihnen überein.

Sie wissen, dass wir das von Ihnen Vorgetragene bezüglich des Sicherheitspakets in diesem Land mitgetragen haben. Das gilt auch für das, was Sie heute bezüglich des Katasters für gefährdete Objekte und zu der Frage gesagt haben, wie wir in diesen Fragen im Land weiter vorgehen. Das teilen wir voll und ganz. Trotzdem bleibt es bei unserer Kritik, dass Sie die Polizei personell nicht angemessen ausstatten, um den Gefährdungslagen und der Arbeitsbelastung der Polizisten gerecht zu werden. Beim Verfassungsschutz bessern Sie jetzt noch einmal nach. Das war auch unsere Forderung.

(Beifall der CDU)

Ich denke, der Punkt bleibt bestehen.

Herr Zuber, Sie haben völlig anders als die drei anderen Fraktionen geredet, die vor Ihnen dran waren. Entschuldigung, diese versuchen es mit Sozialpolitik und anderen Ablenkungsmanövern.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Es ist ein reflexhaftes Verhalten. Wenn wir etwas in dieser Richtung sagen, kommt sofort die Abwehrhaltung. Ich sehe auf Bundesebene keinen Vorschlag, der von CDU oder CSU gekommen ist, der nicht innerhalb von SPD und GRÜNEN mit diskutiert wird. Von der FDP weiß ich es nicht.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt sagen Sie um Gottes willen, wo sehen Sie das reflexhafte Abwehrverhalten gegen unsere Vorschläge?

(Beifall der CDU)

Von sachlich oder fundiert kann hier überhaupt keine Rede sein, Frau Grützmaker und Herr Pörksen. Entschuldigung, dann diskutieren Sie mit uns.

Herr Zuber, ich muss Ihnen ein Stück weit widersprechen. Natürlich kann man über Strukturen diskutieren. Man kann nicht nur kommen und sagen, was der Bund und die auf Bundesebene Verantwortlichen vorschlagen, ist alles verkehrt. Natürlich müssen wir uns auf die andere Gefährdungslage mit anderen Strukturen und Instrumenten einstellen. Das ist ein Punkt, über den geredet werden muss. Dazu gehören die Fragen: Brauchen wir eine Bundespolizei, muss der Bundesgrenzschutz in eine solche umbenannt werden, welche Aufgaben hat zukünftig das Bundeskriminalamt, und wie gehen wir mit der Frage der Zusammenarbeit von Bundeswehr und Polizei um?

(Glocke des Präsidenten)

Ich denke, wir können darüber reden. Auf Bundesebene wird darüber geredet. Warum tun wir jetzt hier so, als wenn das alles vom Teufel wäre, bloß weil es von uns kommt, Entschuldigung.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht noch einmal Herr Abgeordneter Pörksen.

Abg. Pörksen, SPD:

Frau Kollegin Kohnle-Gros, Sie wollen uns doch nicht weismachen, dass Sie diese Debatte heute nur angezettelt haben, um das von Herrn Zuber bestätigt zu bekommen, was er bereits vorher gesagt hat. Das glauben Sie ernsthaft nicht.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Darüber wollen wir reden. Sie haben in Ihrem Antrag etwas von Vorschlägen gesagt. Es sind keine Vorschläge, sondern es ist das dargelegt worden, was nach dem 11. September gemacht worden ist und was möglicherweise mit gewissen Veränderungen fortgesetzt wird.

Wenn Sie auf die Bundesebene abheben, will ich Sie ein paar Dinge fragen. Sie haben mit einem Nebensatz die Bundeswehr angesprochen.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Was wollen Sie mit der Bundeswehr? Wollen Sie tatsächlich, dass anstatt der Polizisten Soldaten, möglicherweise Wehrpflichtige, die Aufgaben wahrnehmen?

Das können Sie doch nicht ernsthaft wollen. Dann sagen Sie das bitte schön.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Nein, nein, das ist eine Grundsatzfrage. Herr Billen, Sie können nachher brüllen. Es kommen vielleicht nachher die Kühe dran.

Es kommt die nächste Frage: Was wollen Sie mit der Telefonüberwachung? Sie kennen die Forderung nach Ausweitung der Telefonüberwachung. Sie haben selbst vor wenigen Tagen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf den Tisch bekommen, in dem es sich dezidiert mit diesen Fragen auseinander setzt. Wollen Sie das gar nicht wahrnehmen? Was soll die Forderung nach Ausweitung der Telefonüberwachung? Das ist eine Forderung der CDU auf Bundesebene, nicht hier. Ich weiß nicht, vielleicht stehen Sie dahinter. Das weiß ich nicht.

Einen weiteren Punkt hat Frau Grützmaker fast zynisch zu Recht angesprochen. Das ist die Verbindung der Zuwanderungsfrage mit Terrorismus von einem Kollegen aus der CSU.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Er hat
immer noch Recht – —)

– Wir machen das nicht mit.

(Zuruf von der CDU)

Entweder will er es kaputtmachen, oder man kehrt auf die sachliche Ebene zurück.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

Das ist Polemik pur, die betrieben wird. Das ist der Punkt, der auf Bundesebene diskutiert werden muss.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das können Sie hier gern diskutieren, aber nicht in dieser Aktuellen Stunde, bei der Sie vorgegaukelt haben, Vorschläge zu unterbreiten. Sie haben keinen einzigen gemacht. Der einzige Vorschlag, den ich gelesen habe, ist von Herrn Dr. Böhr von gestern. Darauf habe ich kurz abgehoben. Wir stehen voll hinter dem, was Herr Kollege Zuber gesagt hat.

(Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

Wir werden an unserer Linie festhalten,

(Glocke des Präsidenten)

mit der notwendigen Ruhe, der klaren Entschlossenheit auf die unzweifelhaft höhere Bedrohung im Rahmen unserer Möglichkeiten zu reagieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht noch einmal Frau Abgeordnete Grützmaker.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Frau Kohnle-Gros, Sie thematisieren den Einsatz der Bundeswehr im Innern. Sie wissen genau, unter bestimmten Umständen gibt es diese Möglichkeit. Wenn Sie das thematisieren, wollen Sie mehr. Das ist doch ganz klar. Sonst wären Sie mit dem, was ist, zufrieden. Was wollen Sie mehr?

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Wollen Sie, dass bewaffnete Soldaten offizielle Gebäude bewachen?

Sie erwähnen Irak und Afghanistan. Meine Damen und Herren von der CDU, da gibt es einen Bürgerkrieg. So weit sind wir in der Bundesrepublik wahrlich nicht. Das sind ganz andere Dimensionen. Sie vergleichen so etwas, nicht Sie, sondern Leute aus der CDU.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Diese haben gesagt, im Ausland stellt die Bundeswehr die Innere Sicherheit her, im Inland darf sie das nicht. Das ist Unsinn. Wir haben Instrumente, womit wir das machen können. Es ist fahrlässig, diese Aufgaben so miteinander zu vermischen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Meine Damen und Herren von der CDU, das Schlimme ist, Sie nehmen das schlimme Ereignis von Madrid und instrumentalisieren es, um mehr Polizei in Rheinland-Pfalz zu fordern. Das finde ich ziemlich schäbig. Das haben die Leute, die dort zu Schaden gekommen sind, nicht verdient.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hohn.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen eine kurze Passage aus der „Süddeutschen Zeitung“ von dem Ihnen allen bekannten Herrn Prantl vorlese. Ich glaube, das trifft die Dinge genau auf den Kopf. Ich zitiere: „Nach jedem verbrecherischen Anschlag, nach jeder terroristischen Wahnsinnstat wie eben der in Madrid schauen die Politiker nach, ob nicht beim eiligen Packen der letzten Sicherheitspakete etwas herausgefallen ist, was nun noch auf den Weg gebracht werden könnte, noch ein Verschärfungsgesetz, noch eine Ausweitung irgendeines

Kompetenzkatalogs. Auf diese Weise bestätigt die Politik den latenten, aber falschen Verdacht weiter Kreise der Bevölkerung, den Verdacht nämlich, dass das Recht der Inneren Sicherheit Löcher hat.“

Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen.

(Vereinzelt Beifall bei FDP
und SPD)

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion wendet sich mit Nachdruck insbesondere gegen Bestrebungen der unionsgeführten Länder, die Telefonüberwachung auszuweiten und den Verfassungsschutz zu zentralisieren. Gerade Letzteres wäre die falsche Antwort, um dem Terrorismus wirksam entgegenzutreten. Dies gilt aber auch für alle anderen derzeit diskutierten Gesetzesverschärfungen, zumal dies aus meiner Sicht teils massiv rechtsstaatliche Prinzipien und elementare Bürgerrechte beschneiden würde.

Meine Damen und Herren, ich kann mit Fug und Recht behaupten, dass es derzeit in Rheinland-Pfalz einer Verbesserung der Inneren Sicherheit nicht bedarf.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Was?
Das würde ich nicht sagen!)

Dies soll allerdings nicht heißen, dass nicht die bestehenden Sicherheitsvorkehrungen einer ständigen Überprüfung unterliegen müssen. Herr Minister Zuber hat das auch eindeutig bekräftigt. Sollten sich hierbei punktuell Optimierungsmöglichkeiten ergeben, so können die rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen, dass dies auch unverzüglich von der Landesregierung umgesetzt wird.

(Glocke des Präsidenten)

Meine – – –

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Damen und Herren, ich komme zum
Schluss! Ich mache jetzt Schluss!)

– Ist meine Redezeit vorbei?

Präsident Grimm:

So ist es.

Abg. Hohn, FDP:

Gut.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, die Redezeit ist abgelaufen. Damit ist dieser Teil der Aktuellen Stunde beendet.

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Aktuelle Vorschläge zur Reform des Steuerrechts“ auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 14/2999 –

Für die Antrag stellende Fraktion spricht Herr Abgeordneter Itzek.

Abg. Itzek, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Finanzministerkonferenz der Bundesländer hat vor 14 Tagen einen Bericht der für Steuern zuständigen Abteilungsleiter von Bund und Ländern über die unterschiedlichen Steuerreformkonzeptionen der CDU, CSU, FDP, Kirchhof und anderen einstimmig mit 16 zu 0 angenommen. Das heißt, alle Finanzminister teilen die dort niedergelegten Auffassungen ihrer Referenten, die sich mit dieser Frage befasst haben. Sie hält eine grundlegende Reform des Steuerrechts unter Beachtung der Auswirkungen auf Steuerbürger und öffentliche Haushalte für erforderlich und hat den Bericht an die Ministerpräsidentenkonferenz übermittelt. Grundlage dieses Berichts ist ein Auftrag der Ministerpräsidentenkonferenz vom 14. November 2003, mit dem die Regierungschefs der Länder die Finanzministerkonferenz gebeten hatten, rechtzeitig zur Ministerpräsidentenkonferenz am 25. März gemeinsame Länderinteressen zu formulieren sowie die verschiedenen Steuerreformkonzeptionen darauf hin zu bewerten.

(Bischel, CDU: Das ist ihr gutes Recht!)

Ich glaube, das ist mit diesem Bericht gelungen. Wichtigste Feststellung in diesem Bericht ist: Was kosten eigentlich die einzelnen Vorschläge? – Da will ich einmal ein paar Zahlen nennen.

Das Kirchhof-Modell bedeutet Mindereinnahmen von 42,9 Milliarden DM. Bei der CDU – Merz-Modell – sind es 31,5 Milliarden Euro, bei der FDP 20,3 Milliarden Euro und bei der CSU 16 Milliarden Euro.

Jetzt gibt es mittlerweile ein neues Modell gemeinsam von CDU und CSU, das eine Mindereinnahme – –

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist doch kein neues!)

– Erneutes Modell!

– – von etwa 11 Milliarden Euro vorsieht.

Es ist klar, dass solch hohe Steuermindereinnahmen – das haben auch die Haushaltsberatungen, die wir erst vor kurzem abgeschlossen haben, bewiesen – auch für das Land Rheinland-Pfalz und weder für den Bund noch für die Bundesländer noch für die Gemeinden überhaupt verkraftbar sind und auch mittelfristig nicht verkraftbar sein werden. Schon deshalb waren und sind die noch immer zu hörenden Ankündigungen, kurzfristig eine

radikale Steuerreform zu realisieren, nichts als ein großes Märchen. Man kann es auch Täuschung des Bürgers nennen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich hört sich Steuervereinfachung wunderbar an, aber das Bestreben, Normen zu reduzieren, darf nicht übersehen, dass hoch komplexe Lebens Sachverhalte auch eines angemessenen Maßes an steuerlichen Regelungen bedürfen und eine übermäßige Verkürzung zwangsläufig zu Problemen führt.

Ich bin 1964 in die Steuerverwaltung eingetreten und habe damals gedacht, irgendwann wird es einmal zu einer Steuervereinfachung kommen. Ich konnte 1968 eine Steuervereinfachung mitmachen. Das war die Umwandlung des damaligen Umsatzsteuergesetzes in ein neues Mehrwertsteuergesetz. Das war ein ganz dünnes Heftchen mit ein paar Paragraphen. Wer sich mittlerweile die Bestimmungen zum Umsatzsteuerrecht anschaut, der kann daraus ein Telefonbuch einer mittleren Großstadt vorlegen. So schwierig ist das Ganze gewesen.

Wer aber meint, eine Steuervereinfachung ist dadurch zu regeln, indem ich zum Beispiel die Arbeitnehmer stärker belaste – das sind alle Modelle, die vorgelegt werden, allein das Modell „Kirchhof“ war für mich interessant; es war im „Handelsblatt“ veröffentlicht, also nicht irgendwo in einer Zeitung, die nicht wirtschaftsfreundlich ist, und das würde bedeuten, dass ein Steuerzahler, der eine Steuerlast von 500.000 Euro zu entrichten hat, mit 70.000 Euro entlastet werden würde, und ein Arbeitnehmer mit 42.000 Euro Jahreseinkommen hätte eine Mehrbelastung von 1.800 Euro –, den muss ich fragen: Wo ist hier eine soziale Ausgewogenheit und soziale Gerechtigkeit?

(Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auch etwas zur Verteilungsgerechtigkeit sagen. Je größer die tariflichen Veränderungen gegenüber dem heutigen Tarif vorgeschlagen werden, desto eher sind tendenzielle Verlierer Steuerpflichtige in heute niedriger Progressionsstufe mit hohen Abzügen von der Bemessungsgrundlage, zum Beispiel Pendler, Feiertags- und Nachtarbeiter. Tendenzielle Gewinner sind in diesem Bereich immer Steuerpflichtige mit einer hohen Progressionsstufe mit wenig Abzügen von der Bemessungsgrundlage. Ich nenne zum Beispiel einmal leitende Angestellte.

(Glocke des Präsidenten)

Die konservative „Rheinische Post“ hat in diesem Zusammenhang am 22. Januar folgendes ausgeführt – ich darf zitieren –: „Keine Frage, der rotgrüne Tarif entspricht besser dem Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.“ Die Pointe kommt aber noch: Die Sozialabgaben sind auch Steuern – – –

Präsident Grimm:

Herr Kollege, heben Sie sich die bitte für die zweite Runde auf.

Abg. Itzek, SPD:

Ich muss aber den Satz noch zu Ende führen.

Präsident Grimm:

Bitte schön.

Abg. Itzek, SPD:

Die Sozialabgaben sind auch Steuern und sorgen schon heute dafür, dass der durchschnittliche Arbeitnehmer gegenüber dem besser Verdienenden benachteiligt wird.

(Ernst, CDU: Wo war der Satz?)

Er zahlt 40 %, der Millionär käme zum Beispiel bei Merz auf 36 %, das heißt, wesentlich weniger.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht nun der Abgeordnete Dr. Böhr.

Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Itzek, ich bedanke mich ausdrücklich für die sachliche Erörterung. Das ist das, was ich sehr lobend erwähnen will. In der Sache selbst haben Sie natürlich die Platte abgespielt, die wir seit Jahr und Tag aus Ihrer Fraktion hören. Es macht die Sache nicht besser, dass Sie das eine oder andere Vorurteil transportieren, das nun wirklich längst widerlegt ist. Die Ausgangslage – das haben Sie zu Recht auch ein bisschen in den Mittelpunkt Ihrer Überlegungen gerückt – ist eine entscheidende, die politische Ausgangslage, nicht die steuertechnische Betrachtung. Da kann man manches zum Ausgangspunkt nehmen. Die politische Ausgangslage ist: Wollen wir eine Steuerreform mit einer Nettoentlastung des Steuerzahlers, oder glauben wir, dass wir uns eine solche Steuerreform heute und in naher Zukunft nicht leisten können?

Ich sage das ganz leidenschaftslos und sehr nüchtern. Da gibt es viele, bei Ihnen und auch in anderen Parteien – Sie haben zu Recht die Finanzminister genannt –, die sagen, um Gottes willen, wo kommen wir denn hin, wenn es bei den Steuereinnahmen noch mehr einbricht. Der Ministerpräsident sagt, dann können wir wichtige soziale Einrichtungen nicht mehr finanzieren, dann geht es wirklich an das „Eingemachte“.

Ich halte zum x-ten Mal gegen diese Einstellung, da Sie doch in den letzten Jahren von Steuerschätzung zu

Steuerschätzung geradezu schmerzhaft erfahren haben, dass eine Beibehaltung dieser Position doch nicht dazu führt, dass Sie die Steuereinnahmen beim Staat verbessern, sondern sie führt dazu, dass wir im Rahmen der wirtschaftlichen Stagnation, in der wir uns befinden, immer schneller die Talfahrt mit dem Ergebnis beschleunigen, dass immer mehr Steuereinnahmen wegbrechen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der Punkt. Deswegen ist der Kern des Streits, der noch lange nicht ausgefochten ist – übrigens in meiner Partei auch nicht –, ob es richtig ist, sich sozusagen auf eine statische Betrachtung zurückzuziehen und zu sagen, rühren wir nicht daran, lassen wir es so, wie es ist, im Übrigen gilt das Prinzip Hoffnung, oder ob man zu der Meinung kommt, dass unser Einkommensteuerrecht inzwischen so kompliziert geworden ist, dass weitere Korrekturen in Details die Sache nicht verbessern, sondern bestenfalls „verschlimmbessern“. Ich bin dafür, dass wir es nicht weiter „verschlimmbessern“, sondern dass wir diese Chance nutzen, etwas Neues zu beginnen, wie es Paul Kirchhof gesagt hat.

(Beifall der CDU)

Herr Itzek, Sie haben zu Recht die Finanzminister genannt.

(Itzek, SPD: Alle 16!)

Das ist parteiübergreifend erkennbar, wenn alle dem zugestimmt haben. Jetzt müssen Sie aber auch erklären, warum ein Teil der Chefs der Finanzminister dezidiert anderer Meinung ist, als Ihre Finanzminister in diesem Beschluss zu Protokoll gegeben haben. Ich gehe davon aus, dass die Ministerpräsidentenkonferenz dies erweisen wird.

Ich kenne einen Ministerpräsidenten in unserer unmittelbaren Nähe, der nicht nur nicht dem Votum seines Finanzministers folgt – der folgt übrigens auch nicht dem eigenen Präsidiumsbeschluss seiner Partei –, sondern sagt: Ich halte aus tiefer Überzeugung daran fest, wir brauchen eine Lösung, wie Paul Kirchhof sie vorgeschlagen hat.

Das ist auch meine Meinung. Wir müssen etwas Neues beginnen, wenn wir diese wirtschaftliche Stagnation überwinden wollen.

Ich komme zu einem letzten Punkt, weil Sie mit Blick auf Kirchhof und andere diese Bemerkung gemacht haben. Die Durchschaubarkeit und Nachvollziehbarkeit des Kirchhof'schen Modells bestreitet niemand. Das haben auch Sie nicht getan. Sie bestreiten sozusagen den Gesichtspunkt oder die Feststellung, die Kirchhof und andere übrigens auch treffen, dass es im Kirchhof'schen Steuermodell gerecht zugeht. Sie haben eine Meldung genannt. Wir haben sie auch gelesen. Sie ist durch alle deutschen Zeitungen „gegeistert“. Das war ein und derselbe Korrespondent, der diese Berechnung in die Welt gesetzt hat. Sei es drum. Dem stehen 15 andere gegenüber, die zu ganz anderen Berechnungsergebnissen kommen.

Lieber Herr Kollege Itzek, ich will vor dem Hintergrund Ihrer Fachkenntnis, die Sie haben, Ihnen folgende Frage stellen: Wenn nach dem Kirchhof-Modell – ich nenne bewusst die DM-Beträge – eine vierköpfige Familie 68.000 Deutsche Mark nach alter Rechnung verdienen kann, ohne einen einzigen Cent Steuern zu bezahlen, da muss mir jemand erklären, wieso die niedrigen Einkommen diese Steuerreform finanzieren. Es ist genau umgekehrt. Diejenigen, die heute faktisch keine Steuern zahlen, finanzieren das Kirchhof-Modell und niemand anders.

(Beifall der CDU)

Mir tut es in der Seele weh, dass ausgerechnet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, vielleicht ohne dass sie es sich selbst vor Augen führt, sich zu einem gewaltigen Fürsprecher derjenigen macht, die heute am Tag in Deutschland Millionen und Abermillionen verdienen und keinen Cent zum Finanzamt tragen. Das ist der Status quo.

(Beifall der CDU –
Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, sofort.

Ich bitte deshalb, dies noch einmal hinsichtlich dieses Gerechtigkeitsgesichtspunkts zu überlegen. Es dient den Familien, den unteren und mittleren Einkommen und vor allem einer Belebung der untersten Einkommensgruppen. Das ist der große Vorzug, den Kirchhof übrigens auch vor eigenen Modellen hat, nämlich dass untere Einkommensgruppen endlich so gestellt werden, dass es sich in Deutschland wieder lohnt, auch im unteren Lohnsegment zu arbeiten. Das ist doch unser zentrales wirtschaftliches und arbeitsmarktpolitisches Problem, auf das Kirchhof eine überzeugende Antwort gibt.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über die Beschlüsse der Finanzministerkonferenz im Hinblick auf Steuerrechtsänderungen. Es ist in der Tat beeindruckend – das muss man zunächst zur Kenntnis nehmen –, dass alle 16 Finanzminister eine einheitliche Haltung gefunden haben. Es gehört übrigens auch ein Finanzminister der FDP dazu, um das offen zu bekennen.

(Billen, CDU: Habt Ihr auch einen!)

Wenn man die Medienberichterstattung verfolgt, dann spiegelt sich das hier im Parlament zum Teil wider. Die Kontraste können eigentlich nicht größer sein. In der „Süddeutschen Zeitung“ werden zum Beispiel das Gerechtigkeitsargument und die „große“ Frage, ob und mit welchem Modell auch immer eine Steuerreform sub-

stanziell überhaupt haushaltsverträglich umgesetzt werden kann, in den Vordergrund gerückt. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ werden andere Aspekte in den Vordergrund gerückt. Man sollte fair sein. Wenn man dieses 60- oder 70-seitige Papier zumindest überfliegt, gibt es zunächst einen Konsens, der wahrscheinlich auch hier im Hause Konsens ist.

Erstens: Was wollen die Finanzminister? – Positiv: Sie wollen – so habe ich es verstanden – eine grundlegende Reform des Steuerrechts, vor allem unter dem Aspekt der Vereinfachung und Transparenz für Bürger und Unternehmen im Hinblick auf eine Änderung der Einkommensteuertarife. Es geht auch um die Zurücknahme und Abschaffung von Sonderregelungen und Steuervergünstigungen.

Es ist auch klar, dass beim Subventionsabbau bei der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage die Lebenswirklichkeit der Steuerzahler berücksichtigt werden soll.

Ich nehme an, das sind Dinge, die Konsens sind.

Man sollte im Hinblick auf die Vereinfachung des Steuerrechts – da habe ich eine andere Auffassung als Herr Itzek – die Flinte nicht so schnell ins Korn werfen.

Wir sind in Deutschland inzwischen so weit, dass bestimmte Bereiche vom Bürger nicht mehr durchblickt werden. Wir haben ein gesellschaftliches Problem der nicht vorhandenen Nachvollziehbarkeit bestimmter Dinge, und das nicht nur im Bereich der Steuern. Das heißt, der Vertrauensverlust, den die Bürger erleben, lässt sich auch auf Undurchschaubarkeit gerade im steuerlichen Bereich zurückführen. Nach unserer Einschätzung heißt dies, dass deswegen das System nicht als gerecht empfunden wird. Wenn man das Gerechtigkeitsargument in den Vordergrund stellt, dann haben wir eine Begründung dafür, dass wir auch zu einer radikalen Vereinfachung kommen müssen.

Zweitens: Zum Thema „Gerechtigkeit“. – Das sollte man ernst nehmen.

Herr Kollege Böhr hat es in D-Mark und an Kirchhof dargestellt. Wir haben das jetzt auf das FDP-Modell bezogen. In der Tat, über den Daumen gepeilt, eine Familie mit zwei Kindern, letztendlich 30.000 Euro Freibetrag, bezahlt in dieser Dimension keine Steuern. Das muss auch sein, das heißt, es muss ausgewogen sein. Die so genannten kleinen Leute, Menschen mit niedrigem Einkommen, müssen entsprechend entlastet werden.

Drittens: Wie ist die Situation? – Wir haben in diesem Steuersystem bei denen, die höhere Einkommen haben, geradezu die Einladung verschickt, alles zu tun, um überhaupt keine Steuern zu zahlen. Das ist zutiefst ungerecht.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist das Gerechtigkeitsargument Nummer 2.

Mir ist es viel lieber, alle, die höhere Einkommen haben, zahlen 35 % im Gegensatz zur heutigen Situation, wo sehr viele, die sehr findig sind, gar nichts mehr bezahlen. Das geht nicht.

(Beifall der FDP)

Da muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Viertens: Das Gerechtigkeitsargument, das Herr Kollege Mittler an dieser Stelle schon einmal dargestellt hat. – Wir haben in der Tat im Bereich der Umsatzsteuer Missbräuche oder Steuerhinterziehungstatbestände in gigantischem Ausmaß.

Unser Kollege Solms von der FDP hat heute morgen noch einmal darauf hingewiesen und auch Ihre Position angesprochen.

Ich möchte wissen, weshalb das so schwer ist; denn das muss EU-konform sein. Wenn wir an dieser Baustelle Erfolg haben würden, dann könnten wir eine Menge im Hinblick auf eine künftige Steuerentlastung erreichen.

Meine Damen und Herren, bereits an dieser Stelle will ich darauf hinweisen, dass es um die Haushaltsverträglichkeit geht. Es kann doch niemand so töricht sein, eine Steuerreduzierung zu fordern, die zwangsläufig zu nicht verfassungskonformen Haushalten führen wird.

(Glocke des Präsidenten)

Wir brauchen also die Balance zwischen einerseits der Haushaltsverträglichkeit und andererseits der Möglichkeit, mit neuen Impulsen durch entsprechend dimensionierte Steuersenkungen konjunkturrell etwas zu bewirken.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, ich habe mit einer etwas anderen Debatte gerechnet. Ich wundere mich außerdem ein bisschen, weil ich gerade eine Reihe von Absichtsbewegungen wahrgenommen habe. Das, was von CDU und CSU als Einigungsmodell – ich meine, es ist ein additives unverträgliches Modell – vorgestellt worden ist, wird offensichtlich von Herrn Böhr und der rheinland-pfälzischen CDU nicht mitgetragen. Herr Kuhn, Sie stehen offensichtlich nicht hinter dem Vorschlag Ihrer Bundestagsfraktion, weil Sie sagten, man müsse es haushaltsverträglich machen. Herr Itzek hat darauf hingewiesen, was bei dem FDP-Modell an Einnahmenverlusten zusammenkommen würde, nämlich rund 20 Milliarden Euro. Sie sagten, das könne man so nicht machen, weil es nicht verträglich war. So habe ich Sie doch richtig verstanden.

So könnte die heutige Debatte doch ein wunderbarer Auftakt zu einem anderen Stil und einem anderen Vorankommen in der Steuerdiskussion sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als ich das Thema der heutigen Aktuellen Stunde erfahren habe, bin ich mit etwas Unwillen in das Parlament gegangen. Das ist völlig untypisch für mich. Das überkommt mich sonst nie. Ich dachte, wir würden eine Debatte führen, wie wir sie schon so oft geführt haben. Die einen sagen: Es fallen so viele Einnahmen weg. – Die anderen sagen: Wir haben das Nonplusultra-Modell. – Dann gibt es ein großes Schaulaufen, bei dem nichts herauskommt.

Ich würde es begrüßen, wenn wir heute als gemeinsame Botschaft festhalten könnten, dass wir zum 1. Januar 2005 keine große Steuerreform auf den Weg bringen, so wie es mir noch als Äußerung von Herrn Merz und anderen in den Ohren klingt. Das hat heute keiner mehr hochgehalten. Das sollte vielleicht als erstes Ergebnis festgehalten werden. Als zweites Ergebnis ist festzuhalten, dass das, was an Einnahmenverlusten produziert wird, nicht durch die vorgelegten Modelle zu erzeugen ist; denn es gibt kein Modell, das finanzierbar und erträglich ist. In der ersten Hälfte der Aktuellen Stunde hat Herr Hörter mehr Polizei, mehr Einsatz und dies und das gefordert. Das sind aber keine Kostenreduzierungsmaßnahmen, sondern Maßnahmen, die Kosten produzieren. Dann müsste im Hinblick auf die Steuerentlastungswirkung eine deutliche Korrektur vorgenommen werden.

Außerdem müsste man zu dem Ergebnis kommen, dass der Vorschlag, der von der CDU vorgelegt wurde, in der Form nicht umsetzbar ist, Herr Böhr. Es ist doch keine Einigung, zunächst das zu machen, was Herr Stoiber will, und dann ein damit völlig unverträgliches Stufenmodell vorzulegen, wie es Herr Merz will. Das kann es nun wirklich nicht sein. Davon müssen Sie sich verabschieden, weil Sie sonst ein unschlüssiges, unsoziales und unseriöses Modell hochhalten würden. Sogar die FDP hat gesagt, mit einem solchen Vorschlag sei die CDU nicht regierungsfähig.

Also: Steuervereinfachung ohne diese Volumina als Steuerentlastung. Noch niemand hat bisher gesagt – aber wahrscheinlich wird dieser Beitrag gleich von Ihnen kommen –, dass das einen Eigenfinanzierungseffekt nach sich zieht. Es gibt aber unzählige Experten, die der Meinung sind, dass es diese Eigenfinanzierung nicht mehr geben wird. Auch Rotgrün hat sich in Bezug auf die Eigenfinanzierung mehr Effekte versprochen. Wenn es andere konjunkturrell ungünstige Faktoren gibt, dann kommt es nicht mit hinein.

Meine Damen und Herren, vielleicht sollten wir diese steuerpolitische Debatte in einer etwas größeren Gelassenheit führen. Sicher sollten wir nicht mehr wie die CDU und die FDP mit Vorschlägen in Bezug auf Kürzungen und Gegenfinanzierungen im Bereich der steuerlichen Subventionen kommen, die im Vermittlungsausschuss in wesentlichen Teilen abgelehnt worden sind.

Vielleicht sollten wir nicht mehr mit solchen eingängigen Bildern arbeiten, die man kaum mehr wegbekommt.

(Glocke des Präsidenten)

Das kann man nur visuell machen. Man kann nicht damit starten

(Abg. Frau Thomas hält einen
Bierdeckel hoch)

und – das muss ich Ihnen jetzt zum Abschluss bringen – und damit aufhören.

(Abg. Frau Thomas hält ein weißes
Plakat hoch –
Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Finanzminister Mittler.

Mittler, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Böhr hat die Frage nach der Ausgangslage gestellt. Damit will ich beginnen. Von welcher Ausgangslage diskutieren wir über eine Steuerreform in der Bundesrepublik Deutschland?

Im Jahr 2000 wurde eine Steuerreform verabschiedet, die über drei Stufen in Kraft trat und noch tritt. Die letzte Stufe wird im Jahr 2005 in Kraft treten. Infolge dieser Maßnahme der Gesetzgebung ist der Einkommensteuersatz gegenüber dem Jahr 1998 von 25,9 % auf 15 % gesunken. Der Spitzensteuersatz ist von 53 % auf 42 % abgesenkt worden. Der Körperschaftsteuersatz ist von 45 % auf 25 % gesunken. Die Gewerbesteuer spielt für Einzel- und Personenunternehmen keine Rolle mehr, weil sie im Wesentlichen mit der Einkommenssteuer verrechnet werden kann. Zugleich wurde das steuerfreie Existenzminimum auf nahezu 7.700 Euro pro Steuerpflichtiger, bei Zusammenveranlagung also auch für den Ehegatten, angehoben. Zugleich wurde das Kindergeld erhöht.

Dies hat in der Summe der beschlossenen Maßnahmen – soweit sie bereits in Kraft getreten sind – dazu geführt, dass die volkswirtschaftliche Steuerquote, die noch im Jahr 2000 23 % betragen hat, im vergangenen Jahr auf 20,7 % abgesenkt wurde. Das ist die niedrigste volkswirtschaftliche Steuerquote, die es seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gibt. Im Übrigen ist dies die mit Abstand niedrigste volkswirtschaftliche Steuerquote in der Europäischen Union.

Diese Absenkung um 2,3 Prozentpunkte bezogen auf ein Bruttoinlandsprodukt von 2,1 Billionen Euro macht eine jährliche steuerliche Entlastung von rund 50 Milliarden Euro aus. Damit komme ich zu dem ersten Schluss. Wir haben bereits eine Steuerreform mit beträchtlichen Entlastungen für die Steuerzahler – seien es

die Unternehmen oder die Bürgerinnen und Bürger – in den vergangenen Jahren umgesetzt.

Herr Kollege Böhr, das ist eine einfache Rechnung: Niedrige direkte Steuern gleich hohes wirtschaftliches Wachstum. Diese Gleichung, wenn sie jemals richtig war, stimmt längst nicht mehr.

(Böhr, CDU: Das ist wahr!)

Im Jahr 2000 hatten wir die höchste volkswirtschaftliche Steuerquote und das höchste Wachstum der vergangenen 14 Jahre.

Im vergangenen Jahr hatten wir die niedrigste Steuerquote und ein schwaches Wachstum.

Wo stehen wir mit unseren Steuersätzen im europäischen Vergleich? Ich gehe jetzt von den Steuersätzen aus, wie sie im Jahr 2005 mit 42 % in Kraft sein werden. Es gibt nur vier Länder, die besser dastehen als wir, nämlich Luxemburg mit 39 % sowie Griechenland und Großbritannien mit 40 %. Diese Länder haben aber einen Tarif, bei dem die Spitzenbelastung wesentlich früher beginnt als bei uns. Deshalb können wir sagen, dass in Bezug auf die Spitzenbesteuerung nur Luxemburg und Portugal besser sind bzw. mit unserer Situation verglichen werden können.

Mit dem Eingangssteuersatz von 15 % können wir uns ebenfalls sehen lassen. Damit sind wir mit die Besten im europäischen Vergleich.

Ein Schönheitsfehler ist, dass wir heute in Bezug auf die Unternehmensbesteuerung mit 25 % Körperschaftsteuer zuzüglich der Gewerbesteuer bei 38,5 % liegen. Das ist im europäischen Vergleich relativ hoch. Im Vergleich zu den anderen Ländern gilt bei uns jedoch eine außerordentlich günstige Bemessungsgrundlage.

Nun will ich noch eine Anmerkung zu den Familien mit Kindern machen, die Herr Kollege Dr. Böhr bemüht hat. Wenn ich das richtig im Kopf habe, haben Sie in alter Währung von einem Betrag von 67.000 DM gesprochen, bis zu dem keine Steuern zu bezahlen wären. Wir sind heute doch schon weiter. Eine Familie mit zwei Kindern zahlt heute unter Einbeziehung des Kindergelds vergleichbar oder der Günstiger-Rechnung schon mit einem steuerpflichtigem Einkommen von 37.300 Euro keine Steuern mehr. Das ist erheblich besser als das, was Sie für die Zukunft anstreben, Herr Kollege Dr. Böhr. Der Steuerfreibetrag ist gegenüber 1998 um nahezu 10.000 Euro im Jahr für Familien mit Kindern angewachsen!

Nun zu den Millionären, die sich arm rechnen. Meine Damen und Herren, ich weiß, das wird auch in meiner Partei nicht selten in einer Schieflage diskutiert. Ich spreche das so an, wie es sich in meinem Kopf befindet. Ich sage Ihnen, wir dürfen die Relation nicht aus dem Auge verlieren. 5 % der Höchstverdiener, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, erbringen 42 % des gesamten Einkommensteueraufkommens. 10 % der Höchstverdienenden erbringen 53 % des gesamten Einkommensteueraufkommens. Deshalb sage ich, man sollte genauer hinsehen und weniger auf Vorurteile

hören und auch keine eigenen bilden, sondern man sollte sich an den Fakten orientieren.

Meine Damen und Herren, jetzt soll eine große Steuerreform her. Sie wird übrigens von denen gefordert, die sich im Vermittlungsverfahren außerstande sahen, den von 16 % auf 15 % reduzierten Eingangssteuersatz bereits im Jahr 2004 gelten zu lassen.

(Beifall der SPD)

Das waren dieselben – ich weiß, wie schwer das ist und diffamiere diese Meinung auch nicht –, denen die Absenkung des Spitzensteuersatzes im Jahr 2004 von 45 % auf 42 % viel zu hoch war. Dieselben, denen der Steuerausfall viel zu weit ging, fordern die große Steuerreform, die ganz einfach werden müsse.

Herr Kollege Böhr, ein Wort zum Vorschlag von Herrn Professor Kirchhof. Wir unterstützen Kirchhof im Rahmen seiner Arbeiten bei einem sehr konkreten Projekt gemeinsam mit Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

Ich bin vor einigen Wochen mit Herrn Merz bei einem Redaktionsgespräch der „Wirtschaftswoche“ zusammengetroffen. Herr Merz hat dort formuliert –deshalb habe ich mich gewundert, dass Sie vorhin auf Kirchhof abgefahren sind, aber wir müssen nicht all das für richtig halten, was jeweils unsere Parteien für richtig halten –,

(Mertes, SPD: Richtig!)

„Kirchhof“ sei nicht bezahlbar. Das wisse mit Ausnahme von Kirchhof auch jeder.

Wenn Sie Kirchhof erwähnen, will ich Ihnen dazu nur zwei Dinge sagen. Kirchhof lässt beispielsweise hinsichtlich der Unternehmensbesteuerung nicht die Bildung von stillen Reserven zu. Er sagt, es dürfen keine stillen Reserven entstehen. Was heißt das? Stille Reserven, beispielsweise bei Grundstücken, die dadurch entstehen, dass sich das gemeindliche Planungsrecht und damit die Planungskonzeption verändert, indem aus Ackerland Bauland wird, oder die durch Wertsteigerungen usw. entstehen, werden von Kirchhof nicht akzeptiert. Wer stille Reserven in den Bilanzen vermeidet – sie können nur im Anlagevermögen entstehen –, muss permanent entsprechend der Wertentwicklung der Güter eine Zuschreibung vornehmen. Damit kommt es zur Besteuerung nicht realisierter Reserven. Was denken Sie wohl, was in Deutschland los ist, wenn wir an die Besteuerung nicht aufgedeckter stiller Reserven herangehen? Was meinen Sie, wie heute die Wirtschaftspresse über die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin hergefallen wäre, wenn sie das gestern verkündet hätte?

Ich nenne noch einen anderen Gesichtspunkt zu Kirchhof. Er lässt im Bereich der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung nicht mehr die steuerliche Geltendmachung von Erhaltungsaufwendungen zu. Wenn Heide Simonis das gestern verkündet hätte, wäre in Deutschland der Teufel los.

Ich sage das nicht, um den Vorschlag von Kirchhof herunterzureden. Ihm kommt ein hohes Verdienst zu, indem

er die Frage der Steuervereinfachung in den Fokus der politischen Auseinandersetzung gestellt hat. Das ist in der Tat dringend notwendig.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Itzek hat bereits einiges aus dem Bericht der Steuerabteilungsleiter zitiert. Das will ich nicht alles wiederholen. Im Zusammenhang beispielsweise mit der Pendlerpauschale wird aber so getan, als könne man die einfach auf null zusammenstreichen. Ich will nicht vorlesen, was im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der beabsichtigten Kürzung der Pendlerpauschale von Unionsvertretern dazu gesagt wurde, wobei ich mir auch gar nicht die Mühe gemacht habe, das nachzulesen, was dann mit den armen Pendlern passiere. Der CDU-Vorschlag sieht vor, über 50 Kilometer hinausgehende Entfernungen steuerlich nicht mehr zu berücksichtigen.

(Dr. Böhr, CDU: In dem neuen?)

– Ja, in dem neuen Vorschlag.

Herr Dr. Böhr, zu den Vorschlägen der Union hat vergangene Woche das „Handelsblatt“ einen schönen Bericht gebracht. Die Vorschläge zum Arbeitsmarkt und allen anderen möglichen Dingen der Union halten jedoch kaum von 11:00 Uhr bis zum Mittagsläuten. Sie haben eine Lebensdauer, die wirklich nur als marginal bezeichnet werden kann.

(Beifall der SPD –

Wirz, CDU: An die eigene Nase packen!)

Ich empfehle den heutigen umfangreichen Artikel von Professor Tiedtke zur Lektüre, der vor dem Bundesverfassungsgericht das Urteil in Bezug auf die Spekulationssteuer erstritten hat, in dem er sagt, die steuerliche Geltendmachung der Pendlerpauschale kann nicht gestrichen werden, weil der dadurch entstehende Aufwand des Arbeitnehmers mit der Erzielung seiner Einkünfte im Zusammenhang steht. Kirchhof sagt, die Arbeit beginnt am Werkstor. So ist das auch in Amerika. Wir haben aber eine andere Rechtslage. Die Pendlerpauschale ist keine beliebige Verfügungsmasse.

Alle Vorschläge, die auf dem Tisch lagen und die Gegenstand der Untersuchung der Steuerabteilungsleiter waren, sehen den Wegfall der Gewerbesteuer vor. Meine Damen und Herren, die Grunddebatte dazu brauchen wir jetzt nicht zu eröffnen. Dazu hat jeder seine Meinung, an der er auch festhalten soll. Ich will aber nur auf Folgendes aufmerksam machen: Im Jahr 2003 haben die rheinland-pfälzischen Kommunen netto nach Abzug der Umlage einen Betrag von 661 Millionen Euro über die Gewerbesteuer eingenommen. Wissen Sie, was es bedeutet, wenn die Gewerbesteuer wegfallen würde und die dadurch entstehenden Mindereinnahmen der Kommunen über Zuschläge auf die Körperschaft- und Einkommensteuer erhoben werden müssten?

Ich will Ihnen nur zwei oder drei Größenordnungen aus dem Jahr 2002 vorlesen. Ludwigshafen hatte im Jahr 2002 89,9 Millionen Euro, Mainz 78,2 Millionen Euro und Koblenz 41,1 Millionen Euro Gewerbesteuerentnahmen.

Meine Damen und Herren, was bedeutet das? Ich plädiere dafür, dass sich jeder über die Folgen seiner Forderung, wenn sie umgesetzt werden würde, im Klaren ist. Dies hätte nicht nur eine beträchtliche Verlagerung von den Unternehmen zu den privaten Steuerzahlern – zum Teil auch zu den Unternehmen selbst, sofern sie Einkommen- oder Körperschaftsteuer zahlen –, sondern auch im Wesentlichen zu der Masse der Einkommen- und Lohnsteuerzahler zur Folge.

Nach wie vor ist die Frage unbeantwortet – deswegen wundere ich mich über den Vorschlag des von mir wegen seiner hohen Intelligenz geschätzten Herrn Duppré –, welche Verwerfungen es von den Standortgemeinden der Unternehmen zum Umland gibt, und zwar von Ludwigshafen nach St. Martin, Edenkoben und Maikammer? Diese Frage der Verteilung des Transfers von den Standortgemeinden zu den Wohngemeinden ist bislang nicht beantwortet. Deswegen ist das nicht befriedigend.

(Beifall der SPD –
Itzek, SPD: So ist das!)

Diejenigen, die die Abschaffung der Gewerbesteuer fordern, müssen darauf eine Antwort geben.

Meine Damen und Herren, die Abteilungsleitungen und die Finanzminister haben sich die Meinungen nicht nur bis auf Seite 50, wie gesagt wurde, sondern bis auf Seite 92 zu Eigen gemacht. Ich lese einen Satz vor: „Die Untersuchung zeigt, dass die an eine große Steuerreform zu stellenden Anforderungen von keinem der untersuchten Modelle vollständig erfüllt werden.“ – Über die haushaltsmäßigen Auswirkungen ist bereits einiges gesagt worden. Lassen Sie mich zum Schluss kommen.

Meine Damen und Herren, ich rede über 10 Milliarden Euro, 20 Milliarden Euro und 40 Milliarden Euro, wobei ich mich, was die vorgelegten Modelle anbelangt, durchaus mit dem Konzept des Sachverständigenrats, um dies als positive Aussage mit hinzuzufügen, anfreunden könnte, wenn die Frage der Verlagerung der Gewinne von den Arbeitseinkünften in die unternehmerische Sphäre klar geregelt und dort eine Brandmauer gezogen werden könnte. Das ist eine schwierige Frage, die offen ist. Ich hätte für einen solchen Ansatz sehr viel Sympathie. Die Modelle, die auf dem Tisch liegen, kosten allesamt erheblich mehr.

Deswegen war die Arbeit der Steuerabteilungsleiter, die lesenswert ist, so wertvoll. Sie hat nämlich die Einzelmodelle aus der Anonymität und der Behauptung der jeweiligen Verfasser zur Aufkommensneutralität ans Tageslicht gebracht und einmal gerechnet, sofern sie die Rechnung zuließen.

Meine Damen und Herren, wer den Menschen draußen erzählt, unsere öffentlichen Haushalte hätten Luft für weitere Steuersenkungen, muss bedenken, dass der Gesamtstaat im vergangenen Jahr etwas mehr als 80 Milliarden Euro Defizit hatte – nahezu 4 % bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt – und damit Maastricht klar verletzt. 20 Milliarden Euro Steuerentlastung sind ein Prozentpunkt. Deshalb dürfen wir nicht unsere Anstrengungen darauf richten, wie aus den 4 % möglicherweise

5 % gemacht werden, sondern das Defizit muss zurückgeführt werden.

Wer die Behauptung aufstellt, dass man die Steuer tief genug senken muss, damit mehr in die Kasse kommt, dem muss ich sagen, dass diese Rechnung noch in keinem Land auf der Welt aufgegangen ist, auch bei Herrn Reagan nicht; denn dieser hat ein desaströses Haushaltsloch hinterlassen, das erst wieder durch die Steuererhöhungen, die sein Nachfolger Bill Clinton eingeleitet und umgesetzt hat, beseitigt wurde. Das sind die tatsächlichen Verhältnisse.

Deswegen sage ich: Wer sagt, weniger Verschuldung und mehr Ausgaben auf Feldern, die für die Zukunft unseres Landes von Bedeutung sind, wie Forschung und Bildung, und zugleich Steuersenkung, der versucht einen Dreisprung, der nicht geht, bei dem er sich überschlägt und letztlich auf die Nase fällt. Politisch verantwortliche Finanzpolitik muss darauf achten, dass sie beide Seiten im Auge behält, und zwar die Budgetpolitik, wie Stoltenberg es einmal formuliert hat, die Haushaltspolitik, die Etatpolitik und die Steuerpolitik.

Meine Damen und Herren, was die Vereinfachung auf dem Bierdeckel angeht – es ist nicht böse gemeint –: Auf einem Bierdeckel, wahrscheinlich gar auf einer Briefmarke, bekommt Herr Merz seine ganze Verehrung für Frau Merkel unter. Das wird gewiss so sein.

(Beifall bei der SPD)

Vereinfachung ist kein Selbstzweck. Steuerrecht kann nicht nur einfach sein. Wir leben in einem Umfeld mit sehr komplizierten Rechtsgebilden, und zwar im Arbeits-, Sozial-, Nachbarschafts- und Wettbewerbsrecht und in sonstigen Rechtsfeldern, die es gibt. Wir brauchen ein einfacheres Steuerrecht. Ich halte es mit Albert Einstein, der es einmal so formuliert hat: Die Dinge sollen so einfach sein wie möglich, aber nicht einfacher.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, den Fraktionen stehen jeweils noch 5 Minuten Redezeit zur Verfügung.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Itzek das Wort.

Abg. Itzek, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Böhr, Herr Kirchhof hat sich gegen die Berechnungen gewehrt. Kirchhof hat trotzdem Unrecht, wenn er diese Zahlen, die in dieser Arbeitsgruppe festgestellt worden sind, bezweifelt. Er geht nämlich grundsätzlich davon aus, dass alle über 200.000 Euro befindlichen Steuerpflichtigen Abschreibungsmodelle finanzieren. Das stimmt so nicht.

Einen Teil davon haben wir zum Beispiel im Osten im Wohnungsbau eingeführt. Es sind sicherlich viele Fehler gemacht worden, oder man kann darüber diskutieren, ob in der Filmbranche so genannte Steuersparmodelle richtig oder falsch sind. Ich weiß nicht, was der Kollege Stoiber sagen würde, wenn aus der CDU oder aus anderen Bereichen solche Steuersparmodelle plötzlich nicht mehr akzeptiert werden würden.

Ich möchte dies in ein paar Sätzen zusammenfassen. In Deutschland haben wir kein Steuerlastproblem. Wir haben keinen weiteren Bedarf bei den Steuersätzen. Wir brauchen jetzt einmal eine Phase der Ruhe. Ich glaube, diese Ruhe sollten wir uns wirklich verinnerlichen und nutzen, um vielleicht das eine oder andere, was im Steuerrecht möglich ist, zu vereinfachen.

Herr Minister, es ist schon kompliziert. Ich habe immer behauptet, dass ich mich einigermaßen im Steuerrecht auskenne, aber manchmal kommt man gar nicht dazu, die Änderungen so schnell zu erfassen, wie sie teilweise verabschiedet werden. Das ist keine Frage der letzten vier Jahre oder fünf Jahre, sondern das habe ich die letzten zwanzig Jahre feststellen können. Es wird immer schwieriger.

Wir brauchen einen konsequenten Vollzug der Steuergesetze und eine effektive Ausschöpfung der Steuerquellen. Wir brauchen für unser Gemeinwohl hinreichende Steuereinnahmen. Außerdem müssen wir uns mehr überlegen – das kommt in der Diskussion zu kurz –, wie wir eigentlich in einer erweiterten Europäischen Union auch eine gemeinsame Steuerpolitik entwickeln, und zwar nicht, um gegenseitig zu konkurrieren, sondern gegenseitig unser Gemeinwohl in der Europäischen Union zu festigen. Ich glaube, wir haben noch eine große Aufgabe vor uns, die in den nächsten Jahren auf uns wartet.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Jullien.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Finanzminister, lassen Sie mich zu dem etwas sagen, mit dem Sie Ihre Rede begonnen haben, nämlich der Beschreibung der Ausgangslage. Diese Ausgangslage ist, glaube ich, etwas anders, als Sie diese geschildert haben. Wir haben nämlich folgende Ausgangslage, dass wir ein überaus kompliziertes und ein schwieriges Steuergesetz haben, nicht nur im europäischen Vergleich, sondern weltweit. Wir haben insbesondere, was die Ausgangslage betrifft, eine Steuerbelastung für Arbeitnehmer und für Unternehmer, die im europäischen Vergleich so hoch ist, dass Deutschland im europäischen Vergleich an letzter Stelle liegt. Herr Finanzminister, das ist doch die tatsächliche Situation.

Insoweit sage ich auch, dass Sie gern einmal den Artikel nachlesen können, in dem das Bundesamt für Finanzen selbst bestätigt: „Deutschland fällt im Steuervergleich zurück. Kein Land in Europa belastet die Gewinne stärker und höher als in Deutschland.“ Meine Damen und Herren, im europäischen Vergleich liegt Deutschland an letzter Stelle, was die Besteuerung der Unternehmensgewinne betrifft. Herr Finanzminister, das ist die Ausgangslage.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns diese Auswirkung dann einmal auf dem Arbeitsmarkt betrachten, dann müssen wir schon zur Kenntnis nehmen, dass wir aufgrund dieser hohen Unternehmensteuerbelastung mit Sicherheit Insolvenzen in einem Ausmaß haben, wie es sie noch nicht gegeben hat. Ich sage voraus, dass das Jahr 2004 noch eine Steigerung bei den Insolvenzen bringen wird gegenüber dem Vergleich zum Jahr 2003.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

– Herr Itzek, das stimmt nicht. Lesen Sie einmal die „FAZ“ vom 2. Februar 2003. Dort steht es genau drin. Die „FAZ“ beruft sich auf eine Mitteilung des Bundesamtes für Finanzen und bezieht die Körperschaftsteuer mit ein.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sind Sie Steuerberater oder was?)

– Frau Thomas, Sie sollten es einmal nachlesen. Mit Sicherheit wird Sie das dann überzeugen.

Herr Finanzminister, die Rechnung, die Sie hier auch gemacht haben, was die Besteuerung einer Familie im Zusammenhang mit einem Jahreseinkommen von 37.000 Euro betrifft, können wir gern einmal nachvollziehen. Ich kann Ihnen sagen, wenn wir das umsetzen, was sowohl Kirchhof als auch Merz gleichermaßen als Kernstück dieser Steuerreform fordern, nämlich einen jährlichen Grundfreibetrag von 8.000 Euro, dann können wir einmal gemeinsam rechnen, wie viel dann an Steuern anfällt, wenn wir es mit einem Jahreseinkommen in Höhe von 40.000 Euro zu tun haben. Wenn wir eine vierköpfige Familie haben, dann ergibt das einen Grundfreibetrag von 32.000 Euro, plus einem allgemeinen Arbeitnehmerpauschbetrag ergeben sich somit 34.000 Euro. Es verbleiben 6.000 Euro, die für die Besteuerung herangezogen werden. Wenn man die Spitze davon einmal wegnimmt, bleiben etwa 18 %. Meine Damen und Herren, das macht bei einem Jahreseinkommen von 40.000 Euro eine Steuerbelastung von 1.080 Euro. Dann hätte eine vierköpfige Familie –auf den Monat umgerechnet – knapp 90 Euro zu zahlen. Dann sagen Sie, die Familien werden durch die Steuerreform bestraft, sie ist nicht sozial ausgewogen. Herr Finanzminister, genau das Gegenteil ist der Fall. Diese Steuerreform ist sozial ausgewogen.

(Beifall bei der CDU)

Gerade die Familien sind die Gewinner dieser Steuerreform.

(Itzek, SPD: Welche Steuerreform meinen Sie jetzt?)

Herr Finanzminister, Sie müssen dann einmal sehr deutlich für die Landesregierung sagen: Was wollen Sie, wollen Sie eine Steuervereinfachung, wollen Sie diese Steuerreform, oder wollen Sie, dass wir weiterhin diese Steuerbelastung haben, dass wir weiterhin dieses extrem schwierige Steuerrecht haben und den Leuten erklären müssen, dass es in dieser Art und Weise mehr oder weniger weitergehen soll? Ich bin der Auffassung, dass es so nicht weitergehen kann, dass wir dringend eine Vereinfachung im Steuerrecht benötigen; denn nur ein einfaches Steuerrecht ist auch ein gerechtes Steuerrecht, meine Damen und Herren. Dafür sollten wir uns alle gemeinsam einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns nun einmal mit den Unterschieden befassen, die immer zwischen den beiden Modellen Merz und Kirchhof angesprochen werden, dann müssen wir doch feststellen, es sind eigentlich gar keine so großen Unterschiede, die zwischen diesen beiden Reformmodellen stehen. Es gibt Übereinstimmung beim Grundbetrag. Es gibt nur keine Übereinstimmung hinsichtlich der jeweiligen Steuerbelastung und des Steuersatzes. Während Kirchhof einen einheitlichen Steuersatz von 25 % fordert, schlägt Merz einen Stufentarif vor: Bis 12.000 Euro 0 % Steuern, bis 24.000 Euro 12 % und bis 36.000 Euro 24 % und was darüber hinaus geht unter Berücksichtigung der jeweiligen Freibeträge einen Steuersatz von 36 %.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir brauchen dringend diese Steuerreform, wir brauchen dringend diese Steuerentlastung sowohl für die Arbeitnehmer, für die Familien als auch für die Unternehmer. Wenn uns das gelingt, dass die Leute wieder über mehr Geld verfügen können, dann wird eines einsetzen, dass wir wieder mehr Kaufkraft haben, es wird insoweit auch – was keiner bei der Gegenrechnung macht – Auswirkungen bei der Umsatzsteuer auf die Steuereinnahmen haben,

(Glocke des Präsidenten)

und es wird vor allen Dingen dazu führen, dass dann, wenn dem Unternehmer von seinem Gewinn mehr verbleibt, aus diesen höheren Gewinnen Investitionen entstehen, und durch Investitionen entstehen Arbeits- und Ausbildungsplätze, meine Damen und Herren. Das sollen Sie bei der Steuerreform zukünftig beachten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Jullien, die Kaufkrafttheorie wird leider im Moment nicht verwirklicht. Wir haben eine Steuersenkung, und das, was wir uns alle davon versprochen haben, ist bisher nicht eingetreten, nämlich ein erhöhter Konsum und damit verbunden ein höheres Wirtschaftswachstum. Wir können es hoffen, Herr Kollege Kuhn. Ich will gar keine Ursachenforschung betreiben.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Niedrigere Steuern ist gleich voller Konsum, ist nicht immer zutreffend.

Ich wollte noch zwei, drei Anmerkungen machen, auch zu Herrn Staatsminister Mittler. Der entscheidende Faktor für das Steueraufkommen ist natürlich – Sie haben es vorhin an einem Beispiel gezeigt – Steuersatz und Bemessungsgrundlage. Das wird immer wieder vergessen. Wenn die Bemessungsgrundlage null ist, dann kann ich ruhig einen Steuersatz in Höhe von 53 % haben. Das Steueraufkommen ist dann null. Wenn ich eine Bemessungsgrundlage habe, die höher ist, dann kann ich auch einen niedrigeren Steuersatz haben. Dann kommt Geld in die Kassen.

Unser Problem ist auch bei Investitionen in Deutschland, wenn wir ausländische Firmen hierher locken wollen, dass sie leider nicht immer auf die Bemessungsgrundlage schauen, sondern auf den Steuersatz. Da konkurrieren wir jetzt natürlich auch, wenn die neuen Staaten zur EU hinzukommen, mit Steuersätzen, die 19 %, 20 % sind. Ich will auch gar keinen Zweifel an dem lassen, was vorhin gesagt worden ist: Das FDP-Modell, das die Gewerbesteuer betrifft, beinhaltet natürlich auch, dass bei Kapitalgesellschaften die 13 % Gewerbesteuer auf die 25 % Körperschaftsteuer draufgesattelt werden. Das muss man fairerweise sagen, das heißt, 38 % Steuern sind dann von Kapitalgesellschaften zu zahlen.

Die Problematik, die Sie angesprochen haben, ist natürlich auch das Stadt-Umland-Problem, das durch das FDP-Gewerbesteuermodell entstehen kann. Ein Teil würde bei den Kapitalgesellschaften ausgeglichen werden, aber einen Teil – Herr Ministerpräsident, das haben wir in der Koalitionsvereinbarung vereinbart –, das Stadt-Umland-Problem, müssen wir angehen, egal, ob wir eine Gewerbesteuerreform bekämen oder nicht, weil das natürlich für die großen Städte ein Problem ist, die Vorhaltungen für das Umland haben. Ich habe die ersten Koalitionsvereinbarungen 1987 geführt und habe es damals auch nicht immer richtig empfunden, dass die Schulträger, wie in Speyer, die Kosten für Schüler übernehmen müssen, die vom Landkreis kommen. Damals hat Herr Staatsminister Gölter das abgelehnt und gesagt: Das machen wir nicht. Wir sind uns einig, dass wir an die Probleme herangehen müssen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Wir sind uns auch einig, dass, wenn 60 % der Weltliteratur sich nur mit dem deutschen Steuerrecht befassen, wir in der Tat überlegen müssen, das Steuerrecht zu vereinfachen.

Ich will noch ein paar Anmerkungen zur Steuervereinfachung machen. Wir, die FDP, haben das zwar nicht hinbekommen, die Steuererklärung auf einem Bierdeckel zu machen, aber es gibt natürlich das Solms-Modell, bei dem eine Steuererklärung auf einer Seite möglich ist, natürlich nur für Einkünfte aus nicht selbstständiger Tätigkeit. Dort haben wir sogar noch solche Abzugsposten wie Werbungskosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Herr Staatsminister, wir sollten uns einig sein, dass wir à la longue zu Steuervereinfachungen kommen müssen. Wir müssen dabei natürlich auch die öffentlichen Haushalte berücksichtigen. Da gibt es in der FDP-Fraktion überhaupt keinen Dissens mit dem Koalitionspartner, dass man nicht einfach hingehen kann und die Basis für das Steueraufkommen wegschlagen kann, damit die Kommunen immer weniger Geld haben, Frau Kollegin. Wir müssen aber zu einem Steuersystem kommen, das natürlich auch wieder mehr die Bemessungsgrundlage in den Blickwinkel nimmt.

Ich habe nie verstanden, dass Schiffe, die in Korea gebaut werden, in Deutschland steuerlich abzugsfähig sind oder Filme, die in Hollywood gedreht werden, abzugsfähig sind und damit das Steueraufkommen stark vermindern. Wenn das für die deutsche Volkswirtschaft vorteilhaft wäre, könnte man über diese Dinge reden.

Herr Itzek, wer hat diese Gesetze gemacht, und wer hat sie noch nicht abgeschafft?

(Itzek, SPD: Die CDU-FDP-Koalition!)

– Natürlich. Aber alles, was wir gemacht haben, muss doch nicht richtig gewesen sein, Herr Itzek. Das streitet doch niemand ab.

Das ist immer mein Petitum gewesen, dass ich gesagt habe: hohe Steuersätze, hohe Abschreibungsmöglichkeiten, null Steueraufkommen mit hohen volkswirtschaftlichen Schäden. – Jetzt stehen die Wohnungen in den neuen Bundesländern leer. Vielleicht müssen wir sie mit Steuergeldern abreißen. Das kann es nicht sein.

(Glocke des Präsidenten)

Die Beispiele zeigen natürlich, wozu hohe Steuersätze führen können, nämlich zu volkswirtschaftlichen Fehlallokationen. Der Staat muss darunter leiden, weil er das Steueraufkommen nicht hat und er kein Geld hat. Deswegen lasst uns das beseitigen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! In Bezug auf Verteilungsgerechtigkeit sind in der zweiten Runde merkwürdige Dinge gesagt worden.

Wenn man noch einmal in diese Untersuchung hineinschaut, die aus den Finanzministerien kommt, und sie betrachtet, so sieht man, sie haben das nicht auf jeden einzelnen Steuerfall herunterrechnen können. Wenn man dann noch einmal hineinschaut und nachsieht, was der Wegfall der einen oder anderen Steuervergünstigung und Subvention bewirkt, kommt man in richtige Schief lagen hinein, glaube ich. Herr Mittler hat das eine oder andere Beispiel genannt.

Wenn man einmal schaut, was das zum Beispiel an Entlastung für wen bringt – ich will das noch einmal ganz kurz vortragen; Herr Itzek hat es am Anfang gesagt –, da wurde gesagt, dass all die geprüften Modelle in die Richtung gehen, dass tendenziell Gewinner die Steuerpflichtigen in hoher Progressionsstufe mit wenigen Abzügen von der Bemessungsgrundlage sind.

Jetzt sage ich, was „leitende Angestellte“ heißt – und dass die größten Einbußen diejenigen haben, die in niedrigerer Progressionsstufe mit hohen Abzügen von der Bemessungsgrundlage oder mit nennenswerten steuerfreien Einkünften (Pendler, Feiertags- und Nachtarbeiter) sind.

Frau Simonis hat es gestern auf den Punkt gebracht. Sie hat gesagt, für leitende Angestellte bezahlen dann Krankenschwestern und Busfahrer. So ist das, wenn es um die Frage der Verteilungsgerechtigkeit geht.

(Creutzmann, FDP: Das ist falsch!)

– Dann rechnen Sie es nach, Herr Creutzmann. Ich meine, als leitender Angestellter würde ich mich auch freuen, wenn ich bei einer solchen Entwicklung so eine Position hätte wie Sie.

Bei dem Zweiten geht es, was die Verteilungsgerechtigkeit angeht, um die Situation der Familien und ob Familien entlastet werden. Auch da hilft ein Blick in diese Prüfung. Da heißt es nämlich, dass es im Hinblick auf eine Entlastung der Familien sowohl im Modell von Kirchhof oder von anderen zu keiner wesentlichen Entlastung kommt.

Ich sage einmal, wenn man an ein Steuersystem herangeht, müsste man diesen Aspekt in Anbetracht der demographischen Entwicklung,

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

der Belastungen, die Familien ansonsten tragen, vor allem der Kinder, der Altersvorsorge, der Bildungsausgaben doch berücksichtigen. Aber auch dafür taugt keines der Modelle.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir über Verteilungsgerechtigkeit reden, dann müssen wir uns diese Punkte anschauen.

Herr Jullien hat nichts dazu gesagt, als er sich zu Herrn Merz noch einmal geäußert hat. Herr Merz hat gesagt, wir können die Ausfälle auch über eine Mehrwertsteuererhöhung gegenfinanzieren.

(Itzek, SPD: So ist es!)

Da haben wir doch den nächsten Punkt. Wer ist dann damit belastet? Das sind wieder die Familien, wieder überproportional diejenigen mit einem niedrigeren Einkommen. Wenn wir mit solchen Gegenfinanzierungsmodellen kommen, dann steht aber auf jeder dieser Reform nicht „große“, sondern „unsoziale“ Steuerreform. Das kann nicht das Ziel einer so genannten großen Steuerreform sein, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt ist Herr Jullien nicht anwesend. Er ist Steuerberater. Einen Punkt muss ich nennen. Ich verstehe nicht, wie ein Steuerberater sagen kann, aufgrund der Steuersätze würde ein Unternehmen insolvent werden.

Wenn ich keine Gewinne mehr habe, dann zahle ich auch keine Steuern mehr.

(Creutzmann, FDP: Richtig, so ist es!)

Das ist ganz unabhängig davon, ob sie hoch oder niedrig sind.

Wenn dann ein solcher Steuerexperte eine Position bezieht und sich für eine Steuerreform einwirft, dann stelle ich aber mittlerweile hinter jedem Satz die Fragezeichen. Dass er nicht richtig rechnen kann, das haben wir früher schon ein paarmal bemerkt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD –
Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Zu den Ausfällen im staatlichen Bereich und für die staatlichen Haushalte: Ich würde das gern noch einmal heruntergerechnet sehen, was Herr Böhr heute gesagt hat.

Ich will nur einmal zwei Zahlen aus dem Landeshaushalt nennen. Rund elf Milliarden betragen die Ausgaben in diesem Landeshaushalt. Dazu zahlen wir rund drei Milliarden nur für Zinsen und für Pensionszahlungen.

Wenn wir in der Form weitermachen und weiterhin darauf setzen, dass wir sagen, wir können zusätzliche Einnahmefälle kompensieren, bekommen es aber auf der Ausgabenseite nicht kompensiert, dann wird sich dieser Anteil rapide erhöhen.

Das reduziert weiter die Gestaltungsmöglichkeiten. Das reduziert die Investitionen in wichtige Zukunftsaufgaben wie Bildung, Forschung und Innovation. Wir werden keinen Spielraum mehr haben, und zwar weder auf der Bundes- noch auf der Landes- oder auf der kommunalen Ebene. Deshalb kann man nicht eine so einfache Rechnung aufmachen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch zu der kommunalen Ebene und der Gewerbesteuer eine letzte Anmerkung. Herr Creutzmann, ich meine, man kann zum Koalitionspartner schauen und sagen, über das Stadt-Umland-Verhältnis können wir uns vielleicht noch verständigen,

(Glocke des Präsidenten)

aber Fakt ist doch, dass Sie diejenigen sind, die gemeinsam mit Teilen der CDU sagen, wir verzichten auf Steuereinnahmen aus den Unternehmensbereichen.

(Creutzmann, FDP: Nein!)

– Doch, das machen Sie.

Sie wollen einen Hebesatz für die Einkommen- und für die Körperschaftsteuer haben. Aber Sie verteilen um, Sie verteilen von dem Steueraufkommen der Unternehmen auf jeden Otto Normalverbraucher um.

Herr Mittler hat vorhin die Zahlen für Ludwigshafen genannt. Ich hätte von Ihnen gern einmal heruntergerechnet, was das für den einfachen Ludwigshafener Bürger heißt, wenn sie das, was Sie bisher an Steuereinnahmen über die Gewerbesteuer hatten, zu einem großen Teil über die Einkommensteuer haben.

Darüber reden Sie bei Ihrem Drei-Stufen-Programm nicht. Das teilen Sie immer in der Debatte mit, sagen aber nicht, dass Sie im eigentlichen und im zweiten Schritt über die Abschaffung der Gewerbesteuer nämlich genau wieder die Steuern für diejenigen erhöhen wollen, für die Sie sie eigentlich reduzieren wollten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Creutzmann, FDP: Nein!)

Das geht nicht in der Verteilungswirkung und auch nicht in dem Ungleichgewicht, das Sie zwischen den großen Städten, zwischen denen, die hohe Gewerbesteuererinnahmen haben, und den Speckgürteln ringsherum haben werden. Was soll noch irgendjemanden –

(Glocke des Präsidenten)

– Letzter Satz.

– in kommunaler Verantwortung motivieren, nicht darauf zu setzen, gute Einkommenssteuerzahler zu haben, sondern in Arbeitsplätze, in den Erhalt von Arbeitsplätzen und in Investitionen in Unternehmen zu investieren. Entschuldigen Sie, aber da bleiben Sie eine Erklärung schuldig.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache zu diesem Punkt.

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Dr.-Erich-Klausener-Gymnasiums Adenau, Mitglieder der Freien Wählergemeinschaft aus dem Raum Bad Kreuznach und Gemeinderatsmitglieder aus der Ortsgemeinde Arnshöven. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Wahl der vom Landtag Rheinland-Pfalz zu
wählenden Mitglieder der zwölften
Bundesversammlung
Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU,
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/2987 –**

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig!

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Benennung eines stellvertretenden Mitglieds des
„Kongresses der Gemeinden und Regionen
Europas beim Europarat (KGRE)“
für die Amtszeit 2004 bis 2006**

Ich informiere Sie darüber, dass der Ältestenrat in seiner 31. Sitzung übereingekommen ist, den Präsidenten des Landtags als stellvertretendes Mitglied des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat zu benennen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Das ist einstimmig.

Wir kommen zu **Punkt 4** der Tagesordnung:

Regierungserklärung

**„Ohne Veränderung keine Zukunft – Perspektiven
der Kulturpolitik in Rheinland-Pfalz“**

Ich erteile Herrn Kultusminister Professor Dr. Zöllner das Wort.

**Prof. Dr. Zöllner, Minister für
Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bundespräsident Theodor Heuss sagte einmal: „Mit Politik kann man keine Kultur machen, vielleicht kann man mit Kultur Politik machen.“ Gestatten Sie mir, dass ich etwas provozierend hinzufüge: „Nur mit Kultur wird Politik in Wirklichkeit zukunftsfähig sein.“

Vor dem Hintergrund der vielen Entscheidungen, die sich zum Beispiel um harte Faktoren wie die Sicherung von Arbeitsplätzen oder die Teilnahme an internationalen friedenserhaltenden Maßnahmen ranken, wird Kultur nur allzu oft als nettes Ornament betrachtet, das zu nichts anderem als der eigenen Wohlbefindlichkeit nütze ist. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist schlicht und einfach falsch!

Ich sage Ihnen: Kunst und Kultur liefern den Rahmen für alle gesellschaftlichen Entwicklungen. Sie ermöglichen oft erst existenzielle Erfahrungen, verleihen Wünschen und Ängsten Ausdruck und vermitteln Kraft, um die dann konkreten Probleme des Alltags zu lösen und anzugehen.

Die Kultur einer Gesellschaft bestimmt letzten Endes, welchen Weg – es gibt meistens mehrere alternative Wege, die man gehen kann – die Wirtschafts-, Rechts- oder Bildungspolitik einschlägt. Kultur ist die Summe aller Lebensformen, die der Mensch in der Auseinandersetzung mit sich selbst, aber auch der Umwelt hervorgebracht hat. Sie umfasst die Kunst in ihren Ausdrucksformen.

Diese Kunst und Kultur soll nun durch die Kulturpolitik gefördert werden. Sie muss die Rahmenbedingungen setzen und ist gleichzeitig abhängig von den Rahmenbedingungen, die ihr wiederum gesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die staatlichen Mittel, die zur Erfüllung dieser Aufgabe bereitgestellt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist der Hintergrund, auf dem ich Ihnen mit meiner Regierungserklärung „Ohne Veränderung keine Zukunft – Perspektiven der Kulturpolitik in Rheinland-Pfalz“ einen Überblick über das geben möchte, was wir in der rheinland-pfälzischen Kulturpolitik bereits auf den Weg gebracht haben und noch initiieren möchten.

In einer sich so stark und schnell verändernden Gesellschaft können die Rezepte von gestern nicht allein für die Zukunftsfähigkeit ausreichen. Da jede Veränderung mit dem Denken beginnt, zumindest beginnen sollte, möchte ich zuerst zwei Fragen stellen –

Wo stehen wir heute? Was sind die Wechselwirkungen zwischen neuen, zukünftigen Herausforderungen und dem Beitrag der Kultur zu deren Bewältigung? –, um dann, selbstverständlich unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen, zu den konkreten Handlungsperspektiven für die rheinland-pfälzische Kulturpolitik zu kommen.

Wo steht nun die Kulturpolitik in Rheinland-Pfalz heute?

Es ist weder die Zeit noch der Ort für eine vollständige Bilanz. Deswegen möchte ich nur einige Beispiele, aber ehrliche Beispiele bringen:

1. Wir leben in einer Kulturlandschaft mit einem außerordentlichen historischen Erbe: Die großen deutschen Mythen, Nibelungen und Loreley, Konstantin, der Kaiser des römischen Imperiums mit Sitz in Trier, Karl der Große, der Urvater Europas, die "Schum"-Städte als mittelalterliches Zentrum des Judentums, Gutenberg, der Mann des Millenniums – Frau Feldbusch war nicht im Wettbewerb –, um nur wenige Stichworte zu nennen.

(Heiterkeit bei SPD und FDP –
Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren: Können wir dies alles ausreichend pflegen? Leben wir selbst mit diesem historischen Erbe? Wuchern wir in unserer glo-

balisierten Welt ausreichend mit diesen zeitlosen und so wertvollen Schätzen?

2. Wir haben eine das ganze Land umspannende identitätsstiftende Bürgerinitiative für Kultur in Rheinland-Pfalz, den Kultursommer. Er bringt qualitätsvolle Kulturveranstaltungen in die Fläche des Landes direkt zu den Menschen. Der Kultursommer ist und bleibt Kernstück der Kulturpolitik dieser Landesregierung; denn wie kann Kulturpolitik erfolgreicher sein, wenn nicht der Abendanzug das Maß aller Dinge ist?

Doch, meine Damen und Herren: Wird die Finanzierung gerade der freien Kulturszene nicht immer schwieriger, wenn die institutionellen Apparate alle Spielräume für sich selbst beanspruchen?

3. Wir haben eine blühende Theaterlandschaft und ein Staatstheater in Mainz, auf das wir stolz sein können. Aber: Wie erreichen wir, dass wir uns dies auch weiterhin leisten können?

4. Wir haben mit der Villa Musica, mit dem System der Literaturförderung, eine Nachwuchsförderung, um die uns alle in dieser Bundesrepublik beneiden. Aber gilt dies auch für alle kulturellen und künstlerischen Bereiche?

5. Das Land gibt mehr als vergleichbare Länder für Kultur aus. Unsere finanziellen Anstrengungen im Bereich der Musik sind weit überdurchschnittlich – und doch stoßen wir offensichtlich jeden Tag an die Grenzen der Finanzierbarkeit.

Das waren nur Beispiele. Ich darf Ihnen versichern, eine 100%ige Analyse wird den Eindruck dieser Beispiele nicht verändern. Dies bedeutet also, Rheinland-Pfalz braucht keinen Vergleich zu scheuen. Aber trotzdem müssen wir offensichtlich besser werden.

Was sind nun die Wechselwirkungen zwischen neuen zukünftigen Herausforderungen und dem Beitrag der Kultur zu deren Bewältigung? Letztlich: Was sind die Ziele einer zukunftsfähigen Kulturpolitik?

Globalisierung, Demographischer Wandel, Migration und Wissensgesellschaft sind mit Recht die Schlagworte von heute, wenn wir über das Morgen reden. Wir sind in einer Epoche größter Veränderungen!

Vor diesem Hintergrund müssen Schwerpunkte von Kulturpolitik sein:

- der Dialog zwischen Kunst und Wissenschaft,
- die Nachwuchsförderung sowie, ohne Vernachlässigung der Breite,
- die Förderung von Spitzenleistungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als Menschen gestalten nicht mehr nur unsere Umwelt, sondern wir beginnen in einer neuen Qualität, letzten Endes uns selbst zu gestalten. Dies betrifft nicht nur die Informations- und Kommunikationstechnologien, nicht nur die Gentechnologie und die Möglichkeiten, die sich prinzipi-

ell schon heute daraus eröffnen. Wir werden bald verstehen, wie das menschliche Denken funktioniert mit allen Möglichkeiten, uns dann selber reflektierend zu betrachten und damit auch prinzipiell beeinflussen zu können.

Wir sind als Menschen – um es in einer Linie aufzuzeigen – auf dem Weg vom Objekt über das Subjekt zum Projekt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Veränderungen sind nur zu bewältigen, wenn Kunst eine andere Dimension des Umgangs mit den großen Themen der Welt einbringt, eine Dimension, die über die Rationalität und die kausale, „uni-direktionale“ Ursache-Folge-Beziehung hinausgeht. In anderen Worten: Ohne die Beiträge der Kultur sind die gesellschaftlichen Umbrüche unserer Zeit nicht verstehbar und damit auch nicht bewältigbar. Diese Umbrüche sind letzten Endes durch die Wissenschaften in unsere Welt gebracht worden, sodass die Stärkung der Wechselbeziehung zwischen Kultur und Wissenschaft Ziel jeder Kulturpolitik sein muss.

Als Nächstes bedeutet dies, dass junge Menschen, Nachwuchskünstlerinnen und -künstler, die Förderung der zeitgenössischen Kunst, eine besondere Bedeutung haben, weil es diese Künstler sind, die sich mit den Fragen unserer Zeit auseinander setzen. Künstlerinnen und Künstler machen wie sonst niemand das Unsichtbare sichtbar und verleihen dem Unaussprechlichen Worte. Sie helfen uns letzten Endes zu sehen, zu hören und zu verstehen. Nur die zeitgenössische Kunst setzt sich mit den Fragen und damit den Problemen unserer Zeit auseinander.

Die Bedeutung der Kunst in diesem Wandel erfordert aber auch und gerade, dass Kunst und Kultur sich dem Anspruch stellen müssen, jeden erreichen zu wollen, gerade weil sie für uns alle so wichtig sind.

Die Globalisierung, das heißt, der Qualitätssprung in der Mobilität von Waren und Dienstleistungen, aber auch von Menschen bedeutet, dass es einen anderen Stellenwert von Spitzenleistungen in der Kunst gibt. Dies gilt sowohl für die Künstler, um Interessierte zu finden, als auch für die Region; denn Kunst wird zum Wirtschaftsfaktor, als Standortfaktor oder touristische Größe – auch wenn mir bewusst ist, dass Kunst primär um ihrer selbst willen geschaffen und gefördert wird.

Diese Ziele sollen realisiert werden vor dem finanziellen Hintergrund, den ich eingangs geschildert habe. Wie soll das nun aber funktionieren?

Leitlinien in diesem Zusammenhang sind aus meiner Sicht: Subsidiarität, Chancengleichheit, Effizienz, Prioritätensetzung, Refinanzierung durch Nachfrager und Hilfe zur Selbsthilfe.

Subsidiarität bedeutet, die flächendeckende Kulturarbeit ist kommunale Aufgabe. Deswegen soll man es auch aussprechen. Handlungsmöglichkeiten in den kommunalen Haushalten müssen, wo immer möglich, zusätzlich geschaffen werden.

Daraus folgernd werden wir uns als Land nur dort flächendeckend stärker engagieren, wo es im Sinn von

Chancengleichheit um die Bildung junger Menschen geht, so, wie wir es bei den Musikschulen getan haben. Zur Erinnerung: Im Jahr 2002 haben wir 1 Million Euro mehr für Musikschulen, ab 2006 2 Millionen Euro weniger für Orchester vorgesehen.

Unsere eigenen Institutionen sind darüber hinaus auf die Effizienz zu hinterfragen: Entsprechen die Aufwendungen, die das Land zum Beispiel für ein Landesmuseum erbringt, den Erwartungen?

Ein klares Bekenntnis zur Prioritätensetzung ist endlich nötig. So kann es zum Beispiel bei klarem Bekenntnis zur fairen Unterstützung aller Theater und Orchester im Land jeweils nur einen Schwerpunkt mit Blick auf die überregionale Wettbewerbsfähigkeit geben. Prioritätensetzung heißt auch, wenn ein sinnvolles eigenes Programm zur Förderung der Neuen Medien nur auf Kosten anderer zentraler Bereiche möglich ist, dass man dann nicht so tut, als ob man könnte und wollte. Wir werden uns also auf Einzelmaßnahmen oder solche im Zusammenhang mit Nachwuchsförderung oder anderen Schwerpunkten beschränken.

Überall, wo möglich, muss die Refinanzierung durch Betroffene und Interessierte ausgebaut und die staatliche Mittelzuweisung daran gekoppelt werden.

(Beifall des Abg. Franzmann, SPD)

Dies ist nicht primär staatliche Entlastung, sondern Leistungsanreiz und Ausdruck von Staatsferne. Nicht Ministerialbürokratie und Minister, sondern Vermittler und Bürger sollen durch ihr Tun, Handeln und Interesse entscheiden. Die stärkere Besucherorientierung der Museen war zum Beispiel ein erster Schritt. Dies gilt es prinzipiell auszubauen. Schließlich gilt es, die Hilfe zur Selbsthilfe – wenn es nicht anders möglich ist, auch auf Kosten der Einzelförderung – auszubauen. Ein System zur Vermarktung von Angeboten im Kunstbereich, „Vertikult“ ist so zum Beispiel im Aufbau. Unsere Kunstmesse beispielsweise muss noch mehr als bisher eine Chance für Künstler und Publikum werden. Sind dabei widerstrebende Interessen nicht vereinbar, müssen eben unterschiedliche Zielgruppen getrennt bedient werden.

Meine Damen und Herren, glücklicherweise wird bei uns die Kulturarbeit durch die Stiftung „Rheinland-Pfalz für Kultur“ stark unterstützt. Der Zweck der Stiftung „Rheinland-Pfalz für Kultur“ war und ist die Förderung von Kunst und Kultur im Lande Rheinland-Pfalz. Dies hat die Stiftung in den vergangenen zehn Jahren auf hervorragende Art und Weise getan und ist inzwischen im Hinblick auf ihr Stammkapital mit derzeit rund 90 Millionen Euro zur zweitgrößten Landes-Kulturstiftung in Deutschland angewachsen. Seit ihrer Gründung hat die Stiftung rund 59 Millionen Euro zur Förderung von Kunst und Kultur ausgegeben. Leider ist allerdings auch die Stiftung nicht ganz unabhängig von dem Wechselspiel der Kapital- und Zinsmärkte. Seit 2002 gehen die Zinserträge entsprechend den am Markt üblichen Zinssätzen zurück, übrigens weitaus nicht so stark wie in anderen Bundesländern.

Die zu erwartende Absenkung der Stiftungserträge von ca. 6 Millionen Euro auf 4,5 Millionen Euro macht jedoch

auch hier eine Schwerpunktbildung erforderlich. Es bietet sich in diesem Zusammenhang an, neue Aufgaben und Herausforderungen der Kulturpolitik in dem vorher genannten Sinn aus Stiftungsmitteln bevorzugt zu finanzieren. Dies alles wird in den Gremien der Stiftung zu diskutieren sein, um den Auftrag und die Zielsetzung der Stiftung unter geänderten Rahmenbedingungen erfolgreich fortsetzen zu können.

Welche konkreten Handlungsperspektiven ergeben sich nun aus grundsätzlichen Überlegungen? Aus meiner Sicht bieten sich drei strategische Ansatzpunkte an:

- Zukunftsfähigkeit durch Strukturveränderungen,
- Zukunftsfähigkeit durch neue Bündnisse und Erneuerung alter Bündnisse,
- Zukunftsfähigkeit durch überregional wahrnehmbare Akzente in der Kultur unseres Landes.

Ich komme zuerst zu den Strukturveränderungen. Für die notwendigen Strukturreformen möchte ich als erstes Beispiel die Orchesterstrukturreform anführen. Sie hat das Ziel, die Finanzierbarkeit der Orchester und ihren Qualitätsstandard langfristig zu sichern.

Die beiden Staatsorchester Rheinische Philharmonie in Koblenz und Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz mit Sitz in Ludwigshafen bleiben bestehen. Das Philharmonische Orchester in Mainz soll aus der Staatstheater Mainz GmbH ausgegliedert und in die Trägerschaft des Landes überführt werden. Die im Januar dieses Jahres erzielte Übereinkunft mit der Orchestergewerkschaft auf der einen Seite und dem Bühnenverein, also der Arbeitgeberseite, auf der anderen Seite, gibt den drei Orchestern ein höchstes Maß an Planungssicherheit, mehr als je zuvor. Erstmals konnten neue Formen der Kooperation der Orchester untereinander und über die Landesgrenzen hinaus und im Ausbau der Möglichkeiten von Teilzeitarbeit verabredet werden, alles Dinge, die Experten als Durchbruch für die gesamte deutsche Orchesterlandschaft ansehen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wichtig ist mir, wir setzen diese Reform im Konsens mit den Betroffenen, tarifvertraglich abgesichert und sozialverträglich um. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Reformen bald abschließen können und sich aufgrund der vorgenommenen Strukturreformen auch mit den niedrigeren Personalbudgets die für Mainz, Koblenz und Ludwigshafen festgelegte Zahl von Musikerinnen und Musikern finanzieren lässt.

Zukunftsfähige Strukturen brauchen wir auch im Bereich der Bibliotheken. Das Bibliothekswesen in Rheinland-Pfalz muss sich den Aufgaben der Zukunft stellen. Deshalb entsteht aus allen betroffenen Einrichtungen das „Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz“. Diese Zusammenführung soll den Zugang zu den weitestweiten Informationsangeboten erleichtern und ihnen unter Nutzung der modernen Informationstechnologien die Dienstleistungen der einzelnen Einrichtungen gebündelt anbieten. Schon heute stellen alle Bibliotheken des Landes den Bürgerinnen und Bürgern ihre Dienste direkt

im Internet zur Verfügung, Stichwort „Virtuelle Bibliothek Rheinland-Pfalz“. Dies kann nur ein erster Schritt sein. Die Bibliotheken müssen sich in Zukunft zu Börsen des Wissenserwerbs für alle Informationsträger und für jedermann entwickeln. Nur so wird gesellschaftliche Teilhabe für die Einzelnen überhaupt erst möglich.

Ein weiteres wichtiges Anliegen der Landesregierung ist es, die rheinland-pfälzischen Museen attraktiver zu machen. Das heißt, sie müssen einen größeren Handlungsspielraum bekommen, flexibler werden, und die Akzeptanz muss bei der Verteilung der Mittel berücksichtigt werden. Hierfür wurde ein Verteilungssystem entwickelt, nach dem die Zuweisung der Finanzmittel anhand einheitlicher Kriterien erfolgt. Die Kriterien orientieren sich an der Nachfrage und bieten den Museen Anreize, durch eigene Leistungen ihre Finanzausstattung zu verbessern.

Die Weiterentwicklung dieser Strukturreform soll alle landeseigenen Kultureinrichtungen, die sich im weitesten Sinn mit dem Kulturerbe befassen – Museen, Denkmalpflege, Burgen – Schlösser – Altertümer, Archive, Bibliotheken – umfassen. Wir sind in diesen Prozess gemeinsam – ich betone dies – mit den Leiterinnen und Leitern der Dienststellen eingetreten. Es ist mir wichtig, dass wir einen solchen möglicherweise weit reichenden und einschneidenden Strukturwandel nicht von oben her oktroyieren, sondern die Erfahrungen der Betroffenen nutzen, um möglichst praxisnahe Entscheidungen treffen zu können.

Wir wollen in diesem Zusammenhang unseren Kultureinrichtungen durch angemessene Strukturreformen wieder Handlungsspielräume eröffnen, der ihnen derzeit durch die sich ständig öffnende Kluft zwischen verfügbaren Ressourcen und adäquater Aufgabenerfüllung einzubüßen droht.

Übrigens – auch das gehört dazu –, alle unsere Kultureinrichtungen haben einen zentralen Auftrag:

Sie sollen einen nachhaltigen Beitrag zur kulturellen Bildung unseres Volkes und dieses Landes leisten. Meine Damen und Herren, aber dazu gehört auch, dass sich die Bürgerinnen und Bürger darin wohl fühlen, also das Ambiente. An nicht wenigen Stellen ist das schon gelungen, an anderen muss es nachgeholt werden.

Ein weiterer Ansatz für Überlegungen zu strukturellen Veränderungen ist das, was wir im Bereich der Künstlerhäuser für die Nachwuchsförderung tun. Wenn es uns ernst ist, dass ein besonderes Engagement für die Förderung des Nachwuchses und da sicher vornehmlich des rheinland-pfälzischen Nachwuchses geboten ist, dann muss man sich im Einzelfall überlegen, ob die Organisationsformen und Strukturen optimal ausgerichtet sind. Da wir Bereiche haben, in denen nur etwa 15 % der Gesamtausgaben unmittelbar bei den Künstlerinnen und Künstlern ankommen, der Rest in Verwaltung und Veranstaltungsangebote geht, werden wir einen Vorschlag erarbeiten, mit weniger Geld mehr jungen Künstlerinnen und Künstlern den nötigen kreativen Freiraum zu schaffen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, bei der Summe der Strukturveränderungen steht: Ich bin der festen Überzeugung, dass gerade in den heutigen Zeiten die Verpflichtung hat, bei den so genannten großen Tankern der kulturellen Institutionen auf mehr Effizienz zu drängen, damit die große Breite der kulturellen Aktivitäten genügend Luft und Sauerstoff zum Atmen haben. Es gehört sich für einen Politiker wie für einen guten Gärtner, am Beginn eines Jahres nicht nur bereit zu sein, sondern die Verpflichtung anzunehmen, einen Baum zu beschneiden. Dafür gibt es zwei Gründe: Die kleinen unter ihm wachsenden Blumen brauchen Licht; denn sie bilden den Humus, von dem er sich ernährt.

(Beifall bei der SPD)

Die Früchte des Baumes werden nicht nur zahlreicher, sondern auch besser.

(Beifall bei SPD und FDP –
Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Nun zu den Bündnissen: Bei dem Bemühen, den Kulturstandort Rheinland-Pfalz voranzubringen, geht es auch um die Schaffung neuer und die Stärkung und Wiederbelebung alter Bündnisse. Man kann und wird die beschriebenen Ziele nicht erreichen, wenn man allein ist. Das heißt, wir brauchen in der Kultur und Kunst Partner, die vermitteln, was wir dieser Gesellschaft zu geben haben.

Erstens ist es eine neue strategische Partnerschaft zwischen Wissenschaft, Kunst und Kultur. Sie ist schwierig. Ihr Reichtum besteht aber in der Unterschiedlichkeit des Ansatzes bei gleichen Voraussetzungen und Zielen. Die eine Seite ist bewusst objektiv und die andere bewusst subjektiv. Erfolgreich sind Kunst und Kultur nur mit einem Höchstmaß an Phantasie und Kreativität. Gemeinsam ist ihnen das Streben, mehr von dem zu verstehen, was ist und sein wird. Einzelaktivitäten in der Anbahnung dieser Partnerschaft haben stattgefunden. Beispiele sind die Erweiterung der Kooperation des Fachbereichs Musik Mainz mit der Villa Musica, die Gründung des Jungen Ensembles für Studentinnen und Studenten, die Kooperation der Akademie mit dem Landesmuseum und die reflektierende Begleitung des Kultursommer-Mottos 2002 durch die Universität Mainz. Eine systematische Vertiefung des Dialogs muss Daueraufgabe sein.

Der Kultursommer 2005 mit dem Motto „Kultur und Wissenschaft“ könnte neue Anstöße vermitteln. Ein Beispiel dafür ist auch der für 2005 geplante mobile Wissenschaftspark für Kinder und Jugendliche, der voraussichtlich erstmals zur Kultursommer-Eröffnung in Trier im Einsatz sein wird. Spielerisch soll hier dem Nachwuchs der Zusammenhang von Sinneswahrnehmung, Naturwissenschaft und Kreativität nahe gebracht werden. Wir denken, dass dieses mit Unterstützung der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz und der rheinland-pfälzischen Wirtschaft entstehende Angebot nach dem Kultursommer eine attraktive Dauerausstellung in einem unserer Museen sein könnte.

Zweitens müssen wir das alte Bündnis von Kultur und Tourismus wiederbeleben. Es muss in einer neuen Di-

mension entstehen. Das Weltkulturerbe Mittelrheintal zum Beispiel richtet sich zum einen an die Bewohner. Die besonderen Lebensqualitäten ihrer Heimat sollen bewahrt werden. Zum anderen richtet sich das Weltkulturerbe Mittelrheintal an die Touristen, für die der Rhein Anziehungspunkt und Magnet ist. Das ist eine zentrale Landesaufgabe. Die Außenattraktivität muss die wesentliche Messlatte für Aktivitäten des Landes sein. Unser kulturelles Erbe, das ich bereits eingangs skizziert habe, besitzt darüber hinaus ein großes touristisches Potenzial. Dieses gilt es systematisch zu erschließen.

Unter dem Motto „Römer, Ritter, Romantiker“ soll dieses Potenzial genutzt und anhand der 50 bedeutendsten Attraktionen des Landes überregional präsentiert werden. Der Tourismus weltweit verlangt zunehmend kulturelle Angebote. Das Land hat auch aus diesem Grund die Gründung und den Ausbau von herausragenden Tanz-, Theater- und Musikprojekten von Kommunen unterstützt und wird dies fortsetzen.

Der Erfolg muss stärker Messlatte der Unterstützung werden, und das eingangs erwähnte überragende kulturelle Erbe des Landes muss stärker zum Werbeträger gemacht werden.

Drittens brauchen wir weiterhin einen Ausbau der Brücke zu allen Bürgern über das Ehrenamt. Ehrenamtliches Engagement wird weiter gefördert werden. Im Vordergrund der Aktivitäten werden die Bemühungen stehen, die Aus- und Fortbildung der ehrenamtlich im Musikbereich Tätigen und die Qualifizierung der in der Laienmusik Aktiven zu stärken. Mit der Landesmusikakademie im „Meisterhaus“ und der Akademie für Kammermusik im Schloss Engers haben wir das musikalische Zentrum für Breiten- und Spitzenförderung in Neuwied im nördlichen Rheinland-Pfalz etabliert. Durch zusätzliche Mittel für junge Menschen werden wir diesen Bereich konkurrenzfähig und attraktiv machen.

Viertens brauchen wir ein weiteres Bündnis zwischen den Medien und den Kultur-Schaffenden. Nur so ist die nötige Qualität und die überregionale Ausstrahlung zu erreichen, die wir brauchen. Das Land Rheinland-Pfalz, der Südwestrundfunk und verschiedene Kommunen versuchen so zum Beispiel ein Musikfestival in der nördlichen Region von Rheinland-Pfalz zu realisieren. In Analogie zu den SWR-Festivals in Baden-Württemberg soll sich auch im SWR-Sendegebiet Rheinland-Pfalz ein hochkarätiges Klassikfestival etablieren. Wir haben das Ziel, unter einer präzisen programmatischen Eingrenzung auf den Bereich Vokalmusik ein überregional bedeutsames Radiofestival in Rheinland-Pfalz anzusiedeln, das von hoher künstlerischer Qualität und Internationalität bestimmt wird. Nur in einer gemeinsamen Anstrengung werden Besucher auch von außerhalb nach Rheinland-Pfalz gelockt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Fünftens werden wir die Qualität des neuen Bündnisses zwischen Schule und Kultur ausbauen. Die vielen Aktionen, die von Frau Ahnen und meinem Haus unter dem Motto „Leselust in Rheinland-Pfalz“ ins Leben gerufen wurden und inzwischen von vielen Bundesländern kopiert werden, erreichen zehntausende von jungen Men-

schen. Das geschieht auch in Englisch, Türkisch, Serbisch, Kroatisch und Russisch.

Um die schulische Leistungsfähigkeit zu verbessern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen, hat die Landesregierung einen flächendeckenden Ausbau des Ganztags schulangebotes eingeleitet. Die Ganztagschule bietet schon heute die Möglichkeit, die Aktivitäten von kulturtragenden Einrichtungen des außerschulischen Bereichs, insbesondere von Musikschulen, und das Bildungsangebot von Schulen miteinander zu verschränken. Diese Kooperationen werden weiter ausgebaut und nach Möglichkeit auf andere Kunstsparten ausgedehnt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Diese Verschränkung von schulischen und außerschulischen Angeboten ist für die Zukunft der kulturellen Bildung von großer Bedeutung. Sie stellt auch eine Antwort auf die demographischen Herausforderungen dar. Sie eröffnet allen Schichten den Zugang zu aktivem künstlerischem Tun, weckt damit das vor dem Hintergrund der rasanten technologischen und wissenschaftlichen Entwicklung so wichtige kulturelle Interesse und bietet besonders gute Chancen, bei den durch die Migration entstehenden Prozessen im beiderseitigen Nutzen Fortschritt zu erreichen. Nur in einer solchen neuen Qualität der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Bereichen lässt sich dieses dann auch realisieren und finanzieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, doch ohne zusätzliche Akzente zur Verbesserung der überregionalen Wahrnehmung und dem Mut zur Prioritätensetzung werden wir der Bedeutung der Kultur nicht gerecht werden. Es geht um unsere Visitenkarte. Wir haben das Staatstheater Mainz. Das Ballett tanzt in der Bundesliga. „Saul“ und „Celan“ haben stattgefunden, weil sich das Land der Konsequenzen aus der Schwerpunktsetzung bewusst war. Dies wird so bleiben, möglicherweise sogar verstärkt werden. Dies hat Auswirkungen und Konsequenzen; denn es geht nicht nach dem Motto „allen Wohl und niemand Weh“. Spitzenförderung ist nach dem Gießkannenprinzip nicht möglich.

Ebenso wie beim Theater ist es auch bei den Orchestern nicht möglich, mit allen Klangkörpern überregionale Geltung anzustreben. Es ist vielmehr auch hier notwendig, sich zu entscheiden. Diese Entscheidung ist – wie Sie wissen – zugunsten des überregional renommiertesten Klangkörpers des Landes, der Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz, mit Sitz in Ludwigshafen gefallen. Dies war und ist auch bei der Orchesterstrukturreform einer der Leitgedanken gewesen.

Mit der Eröffnung des völlig sanierten Bahnhofs Rolandseck im Laufe dieses Jahres und dem Baubeginn für das Arp-Museum und seiner voraussichtlichen Eröffnung im Jahr 2007 erhält der Norden des Landes ein hoch attraktives Zentrum, das einem Klassiker der Moderne gewidmet ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind dann endlich auch im Bereich der Bildenden Kunst überregional sichtbar. Über die lange Vorgeschichte brauche ich hier wohl nichts zu sagen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach doch, bitte Herr Zöllner!)

Aber es wird Sie interessieren, dass mit dem Partner, der Arp-Stiftung, Übereinstimmung erzielt wurde, die bislang sehr komplizierten – das ist vorsichtig ausgedrückt – und umständlich zu handhabenden Strukturen zu vereinfachen und praxisnäher zu gestalten.

Aber auch einzelne kulturelle Großereignisse sind für das kulturelle Bild eines Landes unverzichtbar. So wird zum Beispiel als kulturelles europäisches Großereignis „EUROPA CANTAT“ in Mainz vom 28. Juli bis 6. August 2006 im Rahmen des Kultursommers stattfinden. Es werden zweieinhalbtausend Sängerinnen und Sänger europäischer Spitzenensembles erwartet.

Auch bei den anderen Großereignissen – so der Fußballweltmeisterschaft – wird die Kultur nicht fehlen. Das wichtigste Ereignis soll jedoch last, but not least in Trier stattfinden. Das Land Rheinland-Pfalz plant für das Jahr 2007 eine Landesausstellung zum Thema „Konstantin – Legenden, Lebensbilder, Kulturen an der Schwelle zum christlichen Europa“. Konstantin war in der Zeit von 306 bis 337 römischer Kaiser. Er ist es gewesen, der die staats- und religionspolitischen Grundlagen für das christliche Abendland gelegt hat. Durch seine persönliche Hinwendung zum Christentum gab er den entscheidenden Anstoß zur Synthese von Antike und Christentum. Damit steht er gleichrangig zwischen Augustus, dem Begründer, und Karl dem Großen, dem Erneuerer des Römischen Reiches. Er regierte von Trier aus und lenkte von dort aus zeitweise das Römische Weltreich.

Die Ausstellung wird nicht nur die historischen, kulturellen, kunsthistorischen, geistes- und religionswissenschaftlichen Dimensionen der Herrschaft Konstantins aufzeigen, sondern sie ist auch als touristisches und wirtschaftliches Großereignis konzipiert. In ihrem Wirkungskreis werden auch die angrenzenden Nachbarländer, der Raum der römischen Provinz Belgica, deren Hauptstadt Trier war, mit einbezogen.

Die Ausstellung verfolgt zwei Ziele. Zum einen will sie eine wissenschaftlich anspruchsvolle Präsentation über Leben und Wirken der bedeutendsten Leitfigur des spätantiken Kaisertums realisieren. Zum anderen aber soll damit zugleich eine Neupositionierung des Landes Rheinland-Pfalz insgesamt in der Großregion Saar-Lor-Lux-Trier-Westpfalz erfolgen. Die Konstantin-Ausstellung soll, und sie wird als zentrales Marketinginstrument zur Stärkung der touristischen Attraktivität und damit auch der Wirtschaftskraft dieser Region eingesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Konstantin-Ausstellung ist ein kulturelles Großereignis, das aus meiner Sicht geradezu idealtypisch verdeutlicht, was Kultur und Kunst im Zusammenspiel mit Wissenschaft für die Gesellschaft zu leisten vermögen: Verständnis des Heute und damit Hilfe für Morgen durch Erfahrungen, wie man geworden ist, persönliche Erbauung, Identitätsbildung, aber auch ein wirtschaftlicher Motor.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund eines tief greifenden Strukturwandels unserer Gesellschaft habe ich Perspektiven der Kulturpolitik in Rheinland-Pfalz aufgezeigt. Kunst und Kultur werden in unserem Land auch weiterhin eine gute Zukunft haben, eine gute Zukunft aber nur dann, wenn wir die Augen vor den notwendigen Veränderungen nicht verschließen, sondern uns ihnen innovativ und konstruktiv stellen.

Ich bedanke mich. Wir tun es!

(Anhaltend Beifall der SPD
und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich darf weitere Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder und Freunde der SPD Pirmasens sowie Pfadfinder aus Frankenthal. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Frisch.

Abg. Frisch, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Zöllner, die Koalitionsfraktionen werden sicher ihre Regierungserklärung, insbesondere den wortreichen theoretischen Überbau im ersten Drittel, gleich über den grünen Klee loben.

(Kuhn, FDP: Richtig! –
Pörksen, SPD: Sie können
schon mal anfangen! –
Hammer, SPD: Sie haben die
Chance, Erster zu sein!)

Sie haben versucht, aus der Defensive, in die Sie an vielen Stellen im Land mit Ihrer Politik geraten sind, ein Stück herauszukommen. Sie werden den Beifall Ihrer Anhänger finden, ich habe aber Zweifel, ob die Menschen, die sich für Kultur interessieren, Sie wirklich verstehen können.

(Beifall der CDU)

Ihre Thesen über die Bedeutung der Kultur im gesellschaftlichen Leben sind zumindest gewagt. Glauben Sie wirklich, dass Wirtschafts-, Rechts- und Bildungspolitik entscheidend durch die Kultur bestimmt werden können?

Auch Ihre Prognosen sind übrigens gewagt. Erhalten die Musikschulen 2006 wirklich drei Millionen Euro mehr als bisher? Das wäre richtig und schön.

Wird das Arp-Museum wirklich bis 2007 – das wären dann immerhin genau zehn Jahre nach dem ursprünglich festgelegten Termin – eingeweiht?

Werden Sie in Ihrer Politik wirklich besser werden?

Als anspruchsvoll habe ich Ihre Regierungserklärung schon empfunden: ein philosophischer Diskurs, aber mit Schwächen in Thesen und Schlussfolgerungen.

Werden Bibliotheken im Zeitalter des Internet wirklich „Börsen des Wissenserwerbs für alle“?

Ein anderes Beispiel: Wenn wir Umbrüche den Wissenschaften verdanken – das ist sicherlich so –, ist dann die Förderung junger Künstler – so wichtig und notwendig sie auch ist – wirklich die logische Konsequenz aus diesem Sachverhalt?

Sie formulieren: „Wir“ – und zwar wir Menschen – „sind auf dem Weg vom Objekt über das Subjekt zum Projekt.“

Irgendwie fühle ich mich aus dieser menschlichen Gemeinschaft ausgeschlossen; denn ich bin im Moment genau auf dem umgekehrten Weg, nämlich auf dem Weg vom Projekt – meiner Antwort auf Ihre Regierungserklärung – über das Subjekt – so wie Sie mich hier stehen sehen – zum Objekt – nämlich zum Thema, zur Kultur und zur Kulturpolitik.

(Beifall der CDU)

„Das künstlerische und kulturelle Schaffen ist vom Staat zu fördern.“ Diesen umfassenden Auftrag gibt uns Artikel 40 unserer Landesverfassung. Er ist oberste Maxime für die Kulturpolitik des Landes.

Vor dem Handeln steht die Bestandsaufnahme. Da kann ich Ihnen nur Recht geben. Sie zeigt für Rheinland-Pfalz das Bild einer lebendigen, vielfältigen Kulturlandschaft. Sie spannt den Bogen vom antiken Erbe, zum Beispiel in Trier, den drei Domen am Rhein in Speyer, Worms und Mainz – von Ihnen zu Recht „Schum“-Städte wegen der Vergangenheit im jüdischen Bereich genannt – bis zu Laientheatern an vielen Stellen im Land, von unterschiedlichen Präsentationsformen der Kunst aus Vergangenheit und Moderne bis zu Spitzenorchestern, von über 400 Museen bis zur musikalischen Früherziehung in der Musikschule, von der Kleinkunst mit soziokulturellem Hintergrund bis zu Festspielen vor großer Kulisse.

(Vizepräsidentin Frau Hammer übernimmt den Vorsitz)

Letztendlich stellt dieses Spektrum eine Gemeinschaftsleistung vieler Väter und Mütter dar, so zum Beispiel:

- privat in Ateliers, Galerien, auf Bühnen und im Freien durch Künstler selbst, durch Kunst- oder Kulturschaffende oder durch ehrenamtliches Engagement,
- im gewerblichen Bereich durch professionelles Management, aber auch in Form von Spenden, Stiftungen und Sponsoring,
- im kirchlichen Sektor durch die Verantwortung für Baudenkmäler und Kunst am Bau, kirchenmusikalische Ausbildung, Museen, Bibliotheken, Büchereien und Archive,

- im Bereich des Rundfunks, insbesondere auf dem öffentlich-rechtlichen Sektor, durch Kulturprogramme initiativ und berichtend, aber auch durch kulturelle Einrichtungen; so verfügt allein der SWR in seinem gesamten Sendegebiet über fünf attraktive Klangkörper,
- im Bezirksverband der Pfalz, am Beispiel der Pfalzgalerie in Kaiserslautern oder des historischen Museums in Speyer,
- auf kommunaler Ebene, wo organisiert und gefördert wird, Angebote vor Ort am Bedarf und an Schwerpunkten ausgerichtet werden.

Vor diesem Hintergrund sind die Rolle des Landes zu bewerten und die Ziele der aktuellen Politik festzulegen. Im Grundsatz muss das Land dort mit der Kulturförderung einsetzen, wo die vorher genannten Ebenen, zum Beispiel wegen der Größenordnung der Aktivitäten, nicht leistungsfähig genug sind.

Dieses Vorgehen entspricht dem Prinzip der Subsidiarität.

Herr Minister, Sie haben diesen Begriff ebenfalls gebraucht. Sie haben aber aus diesem ganzen Spektrum, das ich eben aufgezählt habe, nur die Kommunen herausgegriffen und mit zwei lapidaren Sätzen abgespeist.

Subsidiarität bedeutet nach Ihrer Deutung: „Die flächendeckende Kulturarbeit ist kommunale Aufgabe, Handlungsmöglichkeiten in den kommunalen Haushalten müssen, wo immer möglich, geschaffen werden.“

Abgesehen davon, dass diese Definition eines wichtigen Begriffes der christlichen Soziallehre absolut zu eng ist, weil Sie a priori alle anderen von mir genannten Träger ausschließen, ist der zweite Satz nicht mehr als eine bloße Worthölse. Wo bleibt denn Ihr Regierungshandeln in Sachen kommunaler Finanzkraft?

(Beifall der CDU)

Inzwischen haben fast alle Kommunen unausgeglichene Haushalte. Alle kreisfreien Städte und 22 von 24 Landkreisen schreiben rote Zahlen.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Die Kommunen in Rheinland-Pfalz tragen mit einem Viertel aller kommunalen Schulden in der Bundesrepublik zur Statistik bei. Die ADD verhindert inzwischen in vielen Gemeinden kulturelle und auch sportliche Förderung. So rächt sich gerade in der Kulturlandschaft die stiefmütterliche Behandlung der Gemeinden durch diese Landesregierung.

(Beifall der CDU –
Staatsminister Zuber: Ach du lieber Gott!)

– Herr Minister, so ist es.

Herr Minister Zöllner, zunächst hatten Sie für Ihre Regierungserklärung den Titel „Stillstand ist Rückschritt“ gewählt. Leicht könnte man eine ganze Reihe kultureller

Aspekte aufzählen, bei denen teilweise allein schon durch die kritische Haushaltslage Stillstand zu attestieren ist, der aber nicht unbedingt in jedem Fall schon Rückschritt bedeutet. Umgekehrt ist längst nicht alles, was als Fortschritt deklariert wird, am Ende auch wirklich als Verbesserung einzustufen.

Möglicherweise haben Sie die selbst gegrabene Grube gerade noch rechtzeitig erkannt und sind deshalb einem anderen Wegweiser gefolgt: „Ohne Veränderung keine Zukunft!“ Damit verbinden Sie offensichtlich eine andere Suggestion, nämlich, dass sich Veränderungen prinzipiell positiv auswirken. Entscheidend ist aber in jedem Einzelfall nicht die Veränderung selbst, sondern ihre Qualität und die Notwendigkeit.

(Beifall der CDU)

Lassen Sie mich zu diesem Gesichtspunkt einige Detailbewertungen zu Ihren Ausführungen und zu verschiedenen Entwicklungen Ihrer Kulturpolitik abgeben. Wir wissen doch alle – Zitat –: „Die Basis ist immer noch das beste Fundament einer jeden Grundlage.“

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich weiß zwar leider nicht, von wem das Zitat stammt. Ich denke aber, es passt an dieser Stelle.

Zunächst zur rheinland-pfälzischen Orchesterlandschaft: Der Zwang zum Sparen, um auf Dauer die Existenz der drei Staatsorchester zu sichern, ist nicht einmal bei den betroffenen Orchestermusikern umstritten. Gerade ihnen ist die Bereitschaft hoch anzurechnen, selbst zur Lösung der Problematik beizutragen.

Auch die Mitwirkung der Tarifpartner Orchestervereinigung und Bühnenverein – Sie haben sie auch genannt – ist absolut positiv zu bewerten und hat Ihnen eigentlich von Anfang an die Lösung des Problems erleichtert. Gleichwohl ist es Ihnen gelungen, Musiker und die interessierte Öffentlichkeit gewaltig zu verunsichern, sogar zu düpieren. Sie haben ein Großorchester Ludwigshafen/Mainz in den Raum gestellt, das im wahrsten Sinn des Wortes niemand haben wollte. Die Rechnung dafür hätte das Koblenzer Orchester begleichen sollen.

Sie hatten weiter Zielzahlen für die einzelnen Orchester bekannt gegeben, die mit den für 2006 eingeplanten Budgets nicht finanziert werden können. Neuerdings gibt es allerdings Meldungen, dass das Budget von 3,45 Millionen Euro in Koblenz plötzlich doch für 66 Musiker reichen soll. Heute führen Sie aus, dass sich mit niedrigeren Personalbudgets die festgelegten Zahlen von Musikerinnen und Musikern finanzieren lasse.

Herr Minister, welche Zahlen denn? Sie haben doch für jedes Orchester zwei verschiedene im Angebot. Was stimmt denn wirklich?

Es stimmt, Musiker ändern ihre Lebensplanung, Orchester werden so verkleinert, dass a priori ihre Einsatzmöglichkeiten reduziert und die Kooperation untereinander bzw. mit anderen Orchestern unmöglich gemacht wird.

Sie haben vorhin auch vorsichtig davon gesprochen, dass diese Kooperation verabredet sei. Sie haben nicht davon gesprochen, dass sie wirklich in die Tat umgesetzt wird.

Ihre ständigen Behauptungen, die Qualität werde unter diesen Einschnitten nicht leiden, glauben wohl nur noch Sie allein.

Die Reduzierung der Stellen im Orchester ist im Ansatz richtig. Dazu stehen wir auch. Wenn die Orchester aber zu klein werden, werden die Besucher ausbleiben, und sie werden dann ihr Programm nicht mehr leisten können. Welchen Fortschritt sehen Sie eigentlich in einer solchen Veränderung?

(Ministerpräsident Beck: Was ist denn das für eine Logik!)

Nach dem Willen der Landesregierung sind Landesbüchereistellen und Landesbibliotheken mit der Bibliotheca Bipontina in Zweibrücken zum Landesbibliothekszen-trum zusammengefasst worden. Die beiden staatlichen Büchereistellen in Koblenz und Neustadt an der Weinstraße sollen weiterhin die Büchereien in der Fläche beraten und die Lust am Lesen verstärken. Die drei Bibliotheken dienen wissenschaftlichen Zwecken und sind deshalb eher mit Universitätsbibliotheken zu verknüpfen. Deshalb können noch nicht einmal einheitliche EDV-Systeme innerhalb dieser neuen Einheit genutzt werden. Man fragt sich also, wieso werden dann durch die Einrichtung Aufgaben besser erledigt und Synergien besser genutzt?

Veränderungen soll es auch im Musikangebot im Norden des Landes durch das Rheintal-Musikfestival geben. Vielleicht stünde ja ein überregional profiliertes Festival in dieser Region Rheinland-Pfalz wirklich gut zu Gesicht. Aber glaubt jemand, dass man mit 500.000 Euro dem Rheingau-Musik-Festival auf der anderen Rheinseite mit 6 Millionen Euro erfolgreich Konkurrenz machen kann?

Die Mittel sollen durch den SWR, Villa Musica und den TTM-Bereich aufgebracht werden. Herr Minister, Sie haben vorhin selbst darauf hingewiesen. Es ist der Tanz-, Theater- und Musikbereich im Landeshaushalt. Dies bedeutet eindeutig Verschiebungen zulasten anderer Kommunen und anderer Regionen im Land. Warum denken Sie nicht an den Ausbau oder die Fortentwicklung bestehender Strukturen, etwa der Mittelrhein MusikMomente der Rheinischen Philharmonie? Dort soll Neues um den möglichen Preis geschaffen werden, dass Aufstrebendes und Bewährtes gefährdet oder vernichtet wird.

(Beifall der CDU)

Übrigens kann man gespannt sein, welche Rezepte die Landesregierung bereithält, wenn tatsächlich in ein oder zwei Jahren der Limes als Weltkulturerbe ausgewiesen werden sollte. Herr Minister, den haben Sie übrigens in der Ahnengalerie unseres Landes vergessen. Auch dann kann man wohl davon ausgehen, dass die Entwicklung über Bundesländergrenzen hinweg, der Aufbau von Organisationsstrukturen und die Vermarktung mehr

Zeit in Anspruch nehmen, als die Römer vor bald 2000 Jahren für den Aufbau gebraucht haben.

(Beifall der CDU)

Auch bei manchen anderen Problemstellungen zeichnet sich die Landesregierung nicht gerade durch einen Übereifer bei Veränderungen aus, noch nicht einmal dort, wo sie zum Beispiel durch das Bundesverfassungsgericht dazu verpflichtet worden ist.

Dieses Gericht hat bereits im Jahr 1999 festgestellt, dass Paragraph 13 Denkmalschutzgesetz gegen Artikel 14 Grundgesetz, nämlich gegen die Garantie des Eigentums, verstößt. Interessen von Eigentümern sind nach Ansicht des Gerichts nicht ausreichend berücksichtigt worden. Deshalb ist seit dem 1. Juli das Denkmalschutzgesetz in diesem Punkt außer Kraft. In diesem Zeitraum hat die Landesregierung nicht mehr als einen Referentenentwurf zustande gebracht.

Ständigen Veränderungen ist die rheinland-pfälzische Kunstmesse ausgesetzt, neuerdings „Kunst direkt“ genannt. Standort, zeitlicher Rhythmus und nun auch der Titel wechseln, sodass die Corporate Identity kaum erkennbar wird. Es spricht also für die Qualität der rheinland-pfälzischen Kunstszene, wenn die Messe, die in den nächsten Wochen in Mainz eröffnet wird, auch in diesem Jahr wieder ein Erfolg wird.

Herr Minister, Ihre Äußerungen von vorhin zur Kunstmesse sind mir allerdings absolut schleierhaft. Nach Ihrer Formulierung gibt es widerstrebende Interessen zwischen Künstlern und Publikum. Wenn Sie nicht vereinbar seien, müssten die unterschiedlichen Zielgruppen getrennt bedient werden. Heißt das, dass Sie eine Messe nur für Künstler planen, also l'art pour l'art in Reinkultur? Wohin schicken Sie denn dann das Publikum?

(Beifall bei der CDU)

Es gibt aber auch durchaus positive Veränderungen in der rheinland-pfälzischen Kulturpolitik, zum Beispiel die neue Landesmusikakademie, die Zusammenfassung von „Burgen, Schlösser, Altertümer“ mit dem Landesmuseum in Koblenz unter einer personellen Leitung, den Prozess, den der Museumsverband Rheinland-Pfalz zur Qualitätsentwicklung unserer Museen angestoßen hat, und die landesweit abgeschlossene Versicherung für Ehrenamtliche. Aber – auch Sie haben darauf hingewiesen, Herr Minister – Sorgen machen uns die Rückgänge der Erträge aus den Kulturstiftungen. Die Ursachen dafür liegen teilweise in den Finanzmärkten; andere Entwicklungen liegen in der Verantwortung der Stiftungsvorstände. So wird der Rahmen zum Beispiel in der Kulturstiftung durch immer höhere institutionelle Zuschüsse so eingengt, dass der Spielraum für Projektförderungen immer kleiner wird. Auch Sie haben das vorhin zum Ausdruck gebracht, Herr Minister. In einer solchen Situation des Umbruchs wäre eine engere Zusammenarbeit von Landesregierung und Parlament nicht nur wünschenswert, sondern dringend notwendig. In der Kulturstiftung gibt es hierfür wenigstens ein Kuratorium mit einer prinzipiell beratenden Funktion, in dem Vertreter der vier Landtagsfraktionen mitwirken können. Beim Kultursommer ist es bislang trotz diesbezüglicher Be-

teuerungen des Ministeriums noch nicht einmal dazu gekommen.

Ein weithin unbeackertes Feld ist die Verknüpfung von Wirtschaft und Tourismus mit der Kultur im Land. Auch heute haben Sie dieses Thema ziemlich stiefmütterlich behandelt, Herr Minister. Überall blühen solche Blumen, aber ein System – also einen Strauß – kann man nicht erkennen. Um mit Ihrem Bild zu sprechen: Da ist der Gärtner wirklich gefordert. Dieser Strauß müsste auf Landesebene zum Beispiel durch die Zusammenarbeit der zuständigen Ministerien eingebunden werden.

(Glocke der Präsidentin)

Die Erstellung eines Kulturwirtschaftsberichts nach dem Beispiel anderer Bundesländer ist aufgrund unserer gegenwärtigen Haushaltssituation wohl nicht verkraftbar. Umso dringlicher wäre es aber, alle vorhandenen Potenziale auszuschöpfen, etwa die wissenschaftlichen Ressourcen der Universitäten, um die Zusammenhänge zwischen Kulturaktivitäten und ihren Anteil an der gesellschaftlichen Wertschöpfung zu untersuchen und zu fördern. Das müsste Ihr konkreter Beitrag zur Verknüpfung von Wissenschaft und Kultur sein, Herr Minister. Diesen Dialog könnten Sie eigentlich führen, und diese Bündnisse müssten Sie eigentlich schließen.

Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin. Gute Kulturpolitik schafft die Voraussetzungen, dass sich möglichst viele Menschen in welcher Form auch immer persönlich beteiligen können. So gibt es im Übrigen auch der eingangs zitierte Artikel 40 der Verfassung für Rheinland-Pfalz vor. An diesen Kriterien muss sich auch diese Landesregierung messen lassen. Es genügt nicht, mit dem Schlagwort „Veränderungen“ Politik machen zu wollen. Dazu braucht es keine Verbalrhetorik, sondern Klarheit in Worten und Zielen, Verlässlichkeit und wirkliche Perspektiven. All das vermissen bei dieser Regierung viele Menschen, denen die Kultur in Rheinland-Pfalz am Herzen liegt – die CDU-Fraktion im Übrigen auch.

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Geis.

Abg. Geis, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Helen Jilavu und Erik Schmelz sind Studierende an der Akademie für Bildende Künste der Universität Mainz. Sie haben in den vergangenen Monaten in Mainz zweimal mit anderen zusammen gezeigt, dass Räume für Kunst in der Stadt vorhanden sind. Sie haben in einem ersten Projekt die alte Moguntia-Gewürzfabrik, die einen trostlosen unbeachteten Dauerschlaf gehalten hat, zum spannenden Ort für zeitgenössische Kunst gemacht. Danach haben sie das gleiche Konzept in einem Ab-

bruchhaus in der Südstadt wieder umgesetzt. „Moguntia“ ist eine Idee mit Zukunft geworden.

Andere Studierende der Akademie haben in eigener Initiative Räume unter der Christuskirche, im Gewölbe des Kästrich, im Südbahnhof und im Güterbahnhof in Mainz-Kastel in Besitz genommen und damit Raum für Kunst geschaffen.

Ich erzähle dies, um deutlich zu machen, dass es Möglichkeiten gibt, Kunst zu zeigen. Junge Leute, denen mehr Vorurteile als Unterstützung zuteil werden, sind weit über ihre eigene künstlerische Arbeit hinaus initiativ. Es gibt eine lebendige Szene auf der Höhe der Zeit. Wir müssen sie nur wahrnehmen.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Ich erzähle dies nicht, um zu sagen, dass alles okay ist, staatliche Ausgaben im Kulturbereich können wir uns sparen. Unsere Kreativität, unsere Fantasie, unsere Gestaltungskraft und natürlich unsere finanziellen Mittel müssen hinzukommen, damit Kultur in Mainz und in Rheinland-Pfalz insgesamt leben kann.

Noch ein Aspekt vorab: Die Kultur lebt von der Kommunikation. Sie ist nur Kultur, wenn sie Kommunikation ist. Sie lebt davon, dass Einzelne oder eine Gruppe ein Projekt oder eine Idee im Kopf haben und andere dafür begeistern, einbeziehen und zum Mitmachen gewinnen. Sie lebt zum Beispiel, wenn der bildende Künstler Frank Gabriel seine „Tische unterwegs“ aufbaut und damit für 99 Tage einen Treffpunkt in der Mainzer Neustadt schafft, wenn Stefan Budian am liebsten in der Auseinandersetzung mit Kindern und Jugendlichen seine Bilder malt, wenn die Choreografin Nancy Seitz-McIntyre an den Kammerspielen die sprühendsten internationalen Ballettkompanien mit jungen Leuten aus verschiedenen Ländern zusammenstellt. Sie lebt, wenn die Musiklehrerin Silke Egeler-Wittmann immer wieder Kinder und Jugendliche motiviert, mit den Mitteln der Neuen Musik und des experimentellen Theaters einen künstlerischen Ausdruck der Auseinandersetzung mit der Welt zu finden. Das haben wir im Landtag bereits bei der „Plenarmusik“ erlebt. Der Landtag nutzt diesen Ansatz im April bei einem Weiterbildungsseminar. Ich meine, das ist ein sehr mutiges Experiment. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei SPD und FDP)

Mir sind diese Beispiele wichtig. Ich könnte viele weitere nennen. Nur vom Engagement Einzelner lebt Kultur. Wir Politikerinnen und Politiker sind bestenfalls Helfer, die die Rahmenbedingungen verbessern. In diesem Sinne hat mir der Ansatz der Regierungserklärung gefallen, wie es Herr Frisch bereits geahnt hat. Sie war nicht anmaßend nach dem Motto „Wir schaffen Kultur“, sondern hielt sich an das Motto „Wir tragen die Verantwortung für ihre Ermöglichung“.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich teile die Position, dass wir die aktuelle kulturelle Diskussion einordnen müssen in die bestimmenden Fragen von Menschheits- und Technikentwicklung, von

Globalisierung und demographischer und ethnischer Perspektive im Land.

Alle politischen Ebenen tragen Verantwortung und müssen der Kultur einen Stellenwert einräumen, auch einen materiellen. Schauplatz der Kultur sind konkrete Orte in Gemeinden und Städten und in der Region. Dort leben die Menschen, sind die Vereine und die Initiativen. Die kommunale Ebene trägt die politische Hauptverantwortung für die Schaffung von Möglichkeiten für Kultur. Das ist eine wunderbare Aufgabe für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, deren Stellenwert – ich weiß, wovon ich rede – nicht allen Akteuren bewusst genug ist. Das gilt übrigens für alle Parteien.

Für die Ebene der Landespolitik bleibt noch genügend Direktes und Indirektes zu tun. Es muss immer alles im Zusammenspiel mit öffentlichen und privaten Partnern und mit denen, die Kultur gestalten, geschehen.

Ich bin froh über den Zuschnitt unseres Ministeriums, über die Nähe der Zukunftsfelder Wissenschaft und Kultur. Beide können nicht voneinander unabhängig existieren. Bei der Bewertung von Wissenschaft ist es selbstverständliches Allgemeingut, dass es um Neues, um zu Erforschendes geht. Bei Kultur ist dies genauso. Kultur als Seelenrösterin greift viel zu kurz. Das ist Überforderung, Ablenkung oder Verharmlosung.

Das hat sich jetzt vielleicht ein wenig elitär angehört. Wenn Elite Spitzenleistung in gesellschaftlicher Verantwortung bedeutet, dann ist das auch okay so.

Für einen Sozialdemokraten muss aber immer ein Zweites hinzukommen und erste Bedeutung haben: Das sind die Ziele „Kultur für alle“ und „Kultur von allen“. Das bedeutet, Voraussetzungen und Chancen dafür zu schaffen, dass möglichst Viele Kulturelles gestalten und an kulturellen Ereignissen beteiligt sein können.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das bedeutet Ehrenamtsförderung und Kultur in der Aus- und Weiterbildung. Meine Kollegin Renate Pepper wird später auf diese Punkte noch konkreter eingehen.

(Pörksen, SPD: Darauf freue ich mich schon!)

Ich möchte nur ein Beispiel nennen, weil ich hoffe, direkt daran beteiligt zu sein: Ich möchte als Vorsitzender des Bibliotheksverbandes Rheinland-Pfalz in Kürze mit der Bildungsministerin eine Vereinbarung zur Nutzung der Bibliotheken und zur Einbeziehung von Bibliothekarinnen und Bibliothekaren in die Arbeit der Ganztagschulen abschließen, so wie es diese Vereinbarung erfreulicherweise zum Beispiel schon für Musikschulen gibt.

In diesem Zusammenhang noch ein Satz zu einem Thema, das bisher noch nicht erwähnt worden ist: Kultur muss wie Sport und andere Bereiche von Wettspielern profitieren. Ich weiß, dass es zu dieser Thematik derzeit Überlegungen gibt. Ich wünsche mir, dass es bald konkrete Ergebnisse gibt und eine spürbare Ver-

besserung des Anteils für die Kultur zu verzeichnen sein wird.

Breitenkultur und Spitzenkultur sind zwei unverzichtbare Bestandteile einer kulturellen Gesamtausstattung. Beides gehört zusammen; beides bedingt einander; beides brauchen wir; beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Spitzenleistung, die professionelle Kunst auf der Höhe der Zeit, kostet viel Geld. Trotzdem dürfen wir in Rheinland-Pfalz keinesfalls darauf verzichten.

Das betrifft zum einen unsere Infrastruktur von Theatern, Orchestern, Museen, Bibliotheken, aber auch die Förderung des künstlerischen Nachwuchses durch Stipendien und Preise. Ich gestehe, ich habe auch Sympathien für Künstlerhäuser als Orte des Gesprächs. Wir müssen darüber diskutieren.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum Bau des Arp-Museums Bahnhof Rolandseck für die Präsentation der Werke von Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp sowie von Gegenwartskunst höchsten Ranges. Uns ist dieses Projekt teuer.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ist es auch lieb?)

– Und lieb!

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber mehr teuer!)

Wir wünschen uns, dass die Struktur von Vereinszusammenarbeit, regionaler Zusammenarbeit und Landeszusammenarbeit funktioniert und ein Museum entsteht, das weit über Rheinland-Pfalz hinausragt und im Wettbewerb vergleichbarer Häuser im In- und Ausland mitspielt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wie kaum für einen anderen Bereich muss für Theater, Orchester, Museen und Bibliotheken das Motto der Regierungserklärung gelten: „Ohne Veränderung keine Zukunft“. – Wir arbeiten in allen Bereichen daran, dass die Relation zwischen finanziellem Aufwand und kulturellem Erfolg – das ist vor allem der Nutzererfolg – vernünftig ist. Wir arbeiten an Zusammenschlüssen, so zum Beispiel an einem Landesbibliothekszentrum, an Kooperationsmodellen für Theater und Orchester, an Finanzierungskriterien, die bei Museen die Besucherorientierung zur Hauptaufgabe machen. Da ist vieles in Bewegung, und viel Kreativität entsteht, die in der finanziellen Krise vielleicht eher entsteht als sonst. Neue Modelle werden diskutiert und erprobt. Das ist eine spannende Zeit. Wir erfüllen eine unverzichtbare Aufgabe, vor der wir uns nicht drücken können.

Natürlich sage ich auch etwas zur Orchesterlandschaft. Mit dem Begriff „Landschaft“ ist schon das Wichtigste charakterisiert. Wir haben eine Gesamtverantwortung und müssen das Gesamtbild erhalten. Das geht in der aktuellen und ich fürchte auch künftigen finanziellen Situation nicht ohne die Veränderung von Strukturen.

Wir bedanken uns beim zuständigen Minister und allen Beteiligten, insbesondere bei den betroffenen Musikerinnen und Musikern, dass sie sich dieser konzeptionellen Aufgabe stellen, dass Unbequemes nicht verdrängt und auf die nächste Generation verschoben wird. Wir bekennen uns zu unseren Orchestern. Wir sind stolz auf ihre Leistungen. Wir möchten die Qualität ihrer Arbeit erhalten und ihnen Zukunftssicherheit geben.

Die internen Kooperationen im Kulturbereich sind unverzichtbar, dies nicht primär aus finanziellen Gründen, sondern weil sie auch eine Bereicherung für die Arbeit der Akteure darstellen. Kooperationen muss es aber auch darüber hinaus geben. Ich möchte mich auf den Bereich Kultur und Tourismus konzentrieren.

Für die SPD-Fraktion haben Kultur und Tourismus im gleichberechtigten Zusammenspiel höchste politische Priorität. Das hängt sicher mit dem Weltkulturerbe Mittelrheintal zusammen, das sich nur angemessen entwickeln kann, wenn wir diesen Zusammenhang im Auge haben. Dieses Beispiel zeigt aber auch, dass wir nicht kleinkariert regionalistisch an diese Aufgabe herangehen dürfen, sondern geographische und inhaltliche Zusammenhänge über den Raum hinaus herstellen müssen. Wir müssen auch hier Kooperationen suchen und uns dem Wettbewerb stellen.

Frau Patt und Frau Käsebier von den Tourismusbüros an Nahe und Mosel haben mich auf der ITB am Wochenende ermahnt, darauf hinzuweisen, dass diese und andere Kulturregionen bei den Bemühungen um die Förderung des Mittelrheintals nicht vergessen werden dürfen. In diesem Zusammenhang dürfen wir übrigens auch nicht das künftige Weltkulturerbe Limes vergessen.

(Licht, CDU: Das haben Sie
gut gemacht!)

Im Rahmen dieser Aussprache – ich komme zum Schluss – zur grundsätzlichen Ausrichtung unserer Kulturpolitik bleibt leider wenig Zeit, auf konkrete Maßnahmen und kulturelle Sparten einzugehen. Wir werden unsere jeweiligen konkreten Entscheidungen an den heute skizzierten Grundpositionen diskutieren und messen lassen müssen. Politik, gerade Kulturpolitik, braucht Visionen. Politik, auch Kulturpolitik, bedeutet Arbeiten am Kompromiss. Das ist eine Aufgabe, die unsere ganze Kraft, Fantasie und Augenmaß verlangt. Die Kulturschaffenden sind zentrale Gestalter unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit. Sie haben unseren Respekt und unsere Nähe verdient.

Danke schön.
(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seitdem ich im Landtag bin, haben wir uns meines Wissens noch nie

so viel Zeit genommen, im Rahmen einer Regierungserklärung über Kulturpolitik zu reden und dazu eine längere Aussprache durchzuführen. Deshalb möchte ich mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen beginnen, die im Grundsatz nicht so weit von den ersten Feststellungen entfernt sind, die Sie getroffen haben, als Sie über den zentralen Stellenwert der Kultur gesprochen haben, Herr Professor Dr. Zöllner. Zwei Dinge sind im Land nicht immer merkbar und fühlbar, nämlich dass es sich zum einen um eine Grundkompetenz des Landes handelt und zum anderen wie zentral sie ist.

Herr Geis ist in einer anderen Form eingestiegen, indem er die Vielfalt und auch die Lebendigkeit über Beiträge einzelner Künstlerinnen und Künstler dargestellt hat. Ich will den umgekehrten Weg gehen und sage: Kultur bedeutet in einem ganz großen Wurf die Auseinandersetzung einer Gesellschaft mit ganz vielem, nämlich mit ihren Traditionen, mit ihren Wurzeln – durchaus im Sinn von Identität suchend, aber auch in Form einer Auseinandersetzung mit der Geschichte –, aber das bedeutet auch die Auseinandersetzung mit ihren Werten innerhalb der Gesellschaft, sowohl mit ihren Zielen als auch mit ihren Konflikten, und – das halte ich für wichtig – es bedeutet auch eine Auseinandersetzung mit ihren Visionen. Dadurch prägt die Kultur und das, was im kulturellen Leben stattfindet, die Lebensentwürfe der Einzelnen, des Individuums, und sie berührt die Realisierung der Lebensentwürfe, aber sie bestimmt in der Basis auch das Selbstbewusstsein einer Gesellschaft.

Herr Geis, die Künste, über die Sie gesprochen haben, nehmen in diesem ganzen Umfeld noch einmal einen besonderen Stellenwert ein, weil sie das Kraftfeld von Kreativität in einer Kultur sind und weil sie uns herausfordern, da die Begegnung mit Künstlern dazu geeignet sein kann, unsere eigene innere Vielfalt anzusprechen und eine geistige Unabhängigkeit zu erwerben, aber auch Gewissheit in der kulturellen Identität zu bekommen.

Kommunikation ist – Sie haben das gesagt – ein ganz wichtiger Bestandteil von Kultur und von Kunst. Das heißt, dass wir in der Begegnung mit Kunst und Künstlern unsere Wahrnehmungsfähigkeit trainieren, indem wir lernen wahrzunehmen und auch so etwas wie die emotionale Intelligenz und emotionale Reaktionsmöglichkeiten zu schulen, und dass wir lernen, über plurale Weltansichten nachzudenken.

Ich habe das zu Beginn in diesem großen Ansatz beschrieben, weil damit der Kulturansatz, die Verpflichtung zur Kulturpolitik und die Förderung von Kultur meiner Meinung nach noch weit über das hinausgehen muss, was Sie beschrieben haben, Herr Professor Dr. Zöllner. Sie haben gesagt – das liegt Ihnen als Wissenschaftler und Ressortchef für die Wissenschaft, die Hochschulen und für die Kultur wohl nahe –, dass die neuen Aufgaben für die Kulturpolitik und für die Kunst in einem Dialog, in einer Reaktion, zu beschreiben sind auf das, was in der Wissensgesellschaft geschieht und was in der Wissenschaft und bei der Forschungsinnovation geschieht, aber meiner Meinung nach geht der Auftrag noch sehr viel weiter.

Er muss sich mit unserer Realität auseinander setzen, die davon bestimmt ist, was sich in der demographischen Entwicklung verändert, nämlich dass sich Kultur und Kunst der Aufgabe und dem Auftrag stellen müssen, einen Dialog und eine Auseinandersetzung zwischen den Generationen zu erreichen. Wir leben in einer Gesellschaft, in der so viele Generationen nie gleichzeitig in so getrennten Subkulturen gelebt haben.

Ich glaube, der Kulturpolitik und der Kunst kommen ein besonderer Auftrag zu, nämlich diese Subkulturen innerhalb und zwischen den Generationen, aber auch zwischen den kulturellen Herkunftsorten oder den Migrantenkulturen und der hier gewachsenen Kultur ein Stück zu mischen und zu überwinden, jedoch nicht im Sinn einer Leitkultur und einer Bewunderung für Folklore, sondern einer Auseinandersetzung und eines Integrationsangebots.

Das sind für mich zwei ganz wichtige Aufgaben, die Kulturpolitik erfüllen muss. Es reicht nicht, auch wenn ich das als einen wichtigen Auftrag sehe, eine Auseinandersetzung zwischen Kunst und Wissenschaft zu gründen, sondern in der Kunst, in denen, die Kultur schaffen, müssen diese Aufgaben mit verankert und dafür Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Wir sprechen über diesen zentralen Stellenwert und schauen auf das, was im Land passiert, was Sie an konkreten Aufgaben abgeleitet haben und was es an tatsächlichem Tun gibt. Das habe ich mir bei der Lektüre und dem Zuhören Ihrer Regierungserklärung noch einmal vergegenwärtigt. Ich habe mich an ein Zitat von Karl Valentin erinnert, der gesagt hat: „Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit.“

Den Eindruck habe ich manchmal, nachdem Sie mit viel Euphorie und Interesse in diesen Bereich gesprungen sind und gesagt haben, das bietet eine neue Chance, nämlich zwei Innovationsfelder – Kunst und Wissenschaft – in einem Ressort zu verbinden, und als Sie in die „Niederungen“, den Alltag der Kulturpolitik und des Kulturschaffens, im Land eingestiegen sind, gemerkt haben, das ist verdammt viel Arbeit. Es gibt viele große Projekte, die in der Ausgestaltung Ihnen und der Landesregierung gar nicht so recht gelingen mögen.

Ich möchte ein paar Worte dazu sagen, ein großes Projekt Wissenschaft, Kultur und Kunst in den Dialog zu bringen. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung ein paar Beispiele genannt. Dafür, dass Sie mit so viel Feuereifer dort gestartet sind, ist das im Ergebnis noch nicht so befriedigend. Ich weiß, wir haben schon einmal darüber gesprochen. Sie haben gesagt: Das ist ein Kulturbruch. So schnell bekomme ich diesen nicht hin. – Das ist richtig. Ich glaube, wir müssen an den Universitäten, und zwar an denen, die Wissenschaft betreiben, noch einmal diese Aufgabe und diesen Dialog viel direkter herantreiben und vor allen Dingen auch dafür sorgen, dass es nicht ein elitärer Ansatz bleibt. Er ist elitär, wenn wir die Kreise betrachten, die sich dort treffen.

Wenn es im Ergebnis wirken soll und wenn wir aus der Reflexion der Kultur etwas zur Wissenschaftsinnovation haben wollen oder eine Auseinandersetzung zu den Punkten, die Sie angesprochen haben, wie die Verände-

rung in dem ganzen Kommunikationsfeld, die Grundlagen, die für die Globalisierung geschaffen wurden und dem, was in der Gentechnologie passiert, sowie den Veränderungen, die den Mensch zu einem Projekt machen – – – Ich bin ziemlich über Ihre Formulierung erschrocken, wie Sie sie angeführt haben. Wenn wir daraus eine gesellschaftliche Debatte schaffen wollen, muss dieser Dialog Wissenschaft und Kunst nicht in diesem elitären Kreis bleiben, sondern breit geführt werden. Ich weiß nicht, ob das über den Kultursommer gelingt. Ich wäre interessiert, an der Konzeption und der Umsetzung eines solchen Projekts zu arbeiten, weil ich glaube, dass der Dialog in der Breite kommt.

Ich komme zum zweiten Projekt, in das Sie auch mit viel Begeisterung gestiegen sind. Das war die Thematik „Filmförderung“. Sie erinnern sich alle noch. Ich glaube, es steht im Koalitionsvertrag. Es tauchte dann in einem Haushalt auf. Dann verschwanden die Summen aus dem Haushalt wieder. Es gab auch kein richtiges Konzept. Der gesamte Bereich der Filmförderung ist zwar aus dem einen Ressort in das andere gewandert, aber mit einer Perspektive nach vorn hat sich das Projekt nicht entwickelt. Es gibt kein Konzept und kein Geld. Hier ist Stillstand wirklich Rückschritt.

(Vereinzelt Beifall bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum nächsten großen Projekt, der Orchesterfusion. Ich bleibe bei Ihrem Titel, den Sie ursprünglich hatten, Stillstand ist Rückschritt. Ich habe mir das noch einmal angeschaut und gedacht, zur Kulturpolitik gehört ein weiterer wichtiger Leitsatz, nämlich dass eine Entwicklung Teilhabe braucht. Ein Problem der großen Projekte, die Sie zum Teil angehen, ist, dass diese Teilhabe dann stattfindet, wenn das Projekt schon fast am Verkümmern ist. Die Orchesterfusion war in der Form, wie Sie sie vorgestellt haben, ein Knaller. Dann mussten Sie Stück für Stück Ihren Knaller oder die Teile dieses Knallkörpers wieder einräumen.

Ich finde es im Ergebnis wichtig, dass wir eine Möglichkeit haben, eine Orchesterlandschaft in der Form zu erhalten, und zwar auch im Unterschied zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Frisch. Ich glaube, dass die Koblenzer mit der Finanzierung im Grundsatz hinkommen. Ich habe mir das noch einmal darstellen lassen. Das ist doch erst mit Druck des Parlaments möglich gewesen, und zwar mit der Einmischung, der Teilhabe und auch dem Verzicht derjenigen, die beteiligt waren, das heißt, dadurch, dass die Musiker bereit waren, auf bestimmte Dinge zu verzichten, und es mit von den Gewerkschaften getragen wurde. Das ist ein Lohn- und Einkommensverzicht. Das findet man nicht an so vielen Stellen. Ich glaube, deswegen muss man es in dieser Form noch einmal erwähnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, dass es wichtig und entscheidend ist –das sage ich als jemand, der aus dem Norden des Landes kommt–, dass man an dem Teilvorschlag weiterarbeitet, eine Orchesterakademie einzurichten und diese möglichst im Norden des Landes zu verankern, weil das ein

Modell und ein Bestandteil für die innere und äußere Kooperation war.

Zur Kunstmesse und zur Reform des Denkmalschutzgesetzes muss ich nicht viel sagen. Das hat Herr Frisch schon aufgegriffen. Die Kunstmesse ist ein größeres Projekt. Es wird hoffentlich etwas. Es wird und wird und wird erst einmal mühsam.

Das Welterbe Oberes Mittelrheintal ist in der Entwicklung stecken geblieben. Wir diskutieren im Parlament und auch im Fachausschuss darüber. Es gab wesentliche Managementfehler. Diese gab es nicht nur in Ihrem Haus. Die Entwicklung dieses Projekts und das Einnorden in die Ziele, in welche Richtung sich das Welterbe mit seinen Menschen – nicht nur mit denen, die das Tal entdecken und entwickeln wollen – entwickeln muss, ist stecken geblieben.

Sie haben zwar jetzt technokratische Lösungen und Strukturvorschläge vorgebracht, auf mich macht es aber immer noch den Eindruck, dass der Motor und die Seele für dieses Projekt fehlen. Ich glaube, das ist wichtig. Dann lese ich: „Römer, Ritter, Romantiker“. – Das ist ein Tourismusprojekt für das Mittelrheintal. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Für mich ist es nicht der Anziehungspunkt. Es mag auf eine Marktanalyse hingehen. Ich habe einmal eine Rheintour gemacht, die unter einem anderen Motto stand, und zwar „Von Rheintöchtern, Badenixen und Kindsmörderinnen“. Sie können heute auch eine andere Tour machen, und zwar „Von Rheinliebhaberinnen, Reiseplanerinnen und Winzerinnen“. Ich will nicht nur auf den Aspekt des Gender kommen.

(Zurufe aus dem Hause)

– Herr Pörksen, auch das ist ein wichtiger Bereich. Entschuldigung, ich wollte das gar nicht so weit ausführen. Gehen Sie doch einmal in sich und sagen Sie sich selbst eine ehrliche Antwort. Sind Sie von dem Slogan „Römer, Ritter, Romantiker“ angezogen? Ich bin es nicht.

Ich finde, ein solches Motto spannt auch nicht die Brücke aus der Vergangenheit bis in die Zukunft, sondern da fehlen noch wichtige Aspekte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Bereich, wenn es um die Entwicklung des Mittelrheintals geht. Warum dann nicht einmal Rheintöchter und Badenixen –das sage ich jetzt noch einmal salopp hinterher.

Meine Damen und Herren, ich will kurz zu den Perspektiven kommen. Ich merke, mir ist die Zeit schon wieder davongelaufen.

Sie haben gesagt, Kunst und Wissenschaft zusammenbringen. Ich glaube, dass wir dieses Band breiter spannen müssen, dass wir, wenn wir von Breitenförderung reden, Kunst, Kultur und Bildung zusammenbringen. Dann dürfen wir nicht bei den Ganztagschulen stehen bleiben. Erinnern Sie sich: Das sind vielleicht 3 % der Schülerinnen und Schüler, die davon betroffen werden. Wenn es um Breitenförderung geht, dann müssen wir schauen, was in den Schulen im Bereich der Kunster-

ziehung, im Bereich der Musikerziehung passiert. Das sind die Bereiche, die im Moment am schlechtesten besetzt sind. Die Schulen suchen händeringend nach Lehrpersonen. Ich glaube, wenn es uns um Kulturpolitik und Kulturförderung in der Breite geht, dann muss es dort anfangen, und dann muss die Landesregierung an diesem Punkt etwas verändern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir über Perspektiven reden, dann müssen wir über Kulturfinanzierung reden. Dann rede ich nicht davon, dass wir nicht strukturelle Änderungen machen, sondern dann bin ich dabei. Ich glaube, man darf aber auf dieser Technoebene nicht stehen bleiben, auch wenn wir überlegen müssen, wie wir Leistungsanreize setzen. Sie haben auf der Museumsebene beispielhaft angefangen. Sie haben gesagt: Wir wollen mit Leistungsanreizen auch das in andere Einrichtungen übertragen. Ich wäre sehr daran interessiert, ein solches Modell für die Theaterförderung zu machen. Wir sind offen, an einem solchen Modell mitzuarbeiten. Man muss sich nur, wenn man Leistungsanreize setzt und sich zum Beispiel an Besucherzahlen orientiert, gewahr sein – das wissen Sie aus einem ähnlichen Finanzierungsmodell bei den Hochschulen –, wenn man Leistung will und danach bezahlt oder Zuschüsse vergibt, dass man dann oft auch Leistung bekommt, und man dann, wenn man gedeckelte Beträge hat, irgendwann sein Instrument verbrannt hat.

(Glocke der Präsidentin)

Wir dürfen also Mehrbedarfe nicht außer Acht lassen. Ich glaube, dass es wichtig ist, privates Geld zu mobilisieren. Das Stiftungsrecht hat in seiner Konsequenz in den letzten dreieinhalb Jahren bundesweit 3.000 Stiftungen neu ins Leben gerufen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir die Stiftungsbewegung in Rheinland-Pfalz auswerten. Wenn wir dort Bedürfnisse sehen, müssen wir auch schauen, dass wir auf Landesebene eine Kampagne machen. Ich sage noch einmal: Die Bereiche der Aufgabenstellung sind für mich breit, Förderung in der Breite, nicht nur Leuchttürme wie ein Arp-Museum, sondern in der Konzentration an Mitteln festzuhalten und sich den neuen Aufgaben zu stellen, vor allen Dingen die Förderung in der Breite nicht zu vergessen. Wenn ich zusammenzähle, was im Arp-Museum mittlerweile an Mitteln festgeschrieben ist, nicht nur an baulichen Mitteln, – – –

(Glocke der Präsidentin)

Sie zahlen seit Jahren über 1 Million jährlich aus den Kapitalerträgen, die Sie aus der Stiftung speziell für das Arp-Museum bekommen. Zählen Sie das einmal über die Jahre zusammen. Dann hätte ich gern einmal den Gesamtbetrag, der für dieses Projekt investiert wurde und einen Vergleich mit dem, was wir bisher und auch zukünftig an Nutzen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Frisch hat die richtigen Einleitungsworte gebraucht und darauf hingewiesen – wie er es nannte –, dass der theoretisch politische Überbau, den wir im ersten Drittel der Rede des Herrn Staatsministers Zöllner entdeckt haben, in der Tat bemerkenswert ist. So ist es mir auch gegangen.

(Dr. Gölter, CDU: Ist das jetzt Lob oder Kritik?)

– Das wird noch erläutert werden.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dieser theoretische Überbau bedeutet nach meiner Einschätzung, dass wir einen wirklich entscheidenden Schritt in der Kulturpolitik des Landes vorangekommen sind, weil aus diesen Prinzipien, die dargelegt worden sind, politische Handlungsweisen folgen und damit die Basis auch direkt beeinflusst wird, um in dem Modell von Herrn Frisch zu bleiben.

Ich bin ganz sicher, dass wir konzeptionell in der Kulturpolitik einen wesentlichen Schritt weitergekommen sind. Ich will das kurz erläutern.

Es gibt Prinzipien, mit denen wir uns auch oder gerade als FDP-Fraktion einverstanden erklären und ausnahmslos auch unterstützen. Das eine ist ein klares durchgängiges Prinzip, nämlich das der Subsidiarität.

(Beifall bei der FDP)

„Subsidiarität“ bedeutet in der Kulturpolitik, dass wir uns natürlich über die Rolle des Landes Gedanken machen müssen. Wir müssen begründen, warum das Land in welchen kulturellen Bereichen aktiv wird und warum es möglicherweise zu einer Schwerpunktverlagerung kommen kann.

Diese Abstufung sollte man theoretisch durchdenken, und sie ist auch Grundlage für politische Entscheidungen.

Das Zweite ist das Prinzip der Effizienz. Ich darf an dieser Stelle betonen, dass ich diese Rede für wirklich mutig halte, weil sie auch wenig effiziente Strukturen, die es auch in diesem Land noch geben soll, offen darlegt und dem Parlament ein Angebot gemacht hat, über die Strukturen offen zu diskutieren. Dies empfinde ich jedenfalls als ein sehr begrüßenswertes Angebot von Herrn Staatsminister Zöllner an das Parlament.

Zum Dritten meine ich, dass es wichtig ist, was er unter Bündnis subsumiert und als Schwerpunktbildung dargestellt hat, anzuerkennen, das heißt, wir haben die Aufgabe zu definieren, welche Schwerpunkte gerade mit

öffentlichen Geldern gestützt werden müssen und sollen. Dies ist natürlich auch ein Stück Überprüfbarkeit, wenn wir konsequent diesen Prinzipien folgen. Das heißt nach unserer Einschätzung, diese prinzipielle Orientierung der Kulturpolitik an ganz klaren Prinzipien, politischen Prinzipien ist ein Fortschritt. Es geht nämlich nicht nur darum, dass wir Kulturpolitik in Freude an kulturellen Ereignissen, an kulturellen Tätigkeiten, an kulturellen Highlights machen, es geht nicht nur um die Freude an sich, die wir als Kulturpolitiker verspüren, es geht auch darum, prinzipielle Handlungsanleitungen für die Kulturpolitik auch zu Zeiten knapper Kassen zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, Kultur bestimmt letztlich – es hat jeder von uns jetzt eine kurze Definition beigetragen –, welchen Weg eine Gesellschaft nimmt, wie sie sich selbst gestaltet und mit sich selbst und anderen auseinander und in Beziehung setzt. Kulturpolitik hat die Aufgabe, diesen Prozess zu unterstützen und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Gleichzeitig ist Kulturpolitik auch abhängig von Rahmenbedingungen, die hier gesetzt werden. Es kommt darauf an, wie wir diese jeweilige Rolle definieren.

Es ist schon richtig und durchaus mutig und nicht direkt angesprochen worden, dass Herr Minister Zöllner darauf hinweist, dass den Kommunen selbst eine entscheidende Rolle in der Kulturpolitik zukommen soll. Wir kennen die Rahmenbedingungen. Wir wissen um das Problem der Pflichtaufgabe, der freiwilligen Aufgabe. Wir kennen die Finanzsituation der Kommunen. Das heißt aber nicht, dass wir dies auch im Sinn der Subsidiarität und als Leitlinie akzeptieren. Die Quelle und die Basis kultureller Tätigkeit sind in großem Ausmaß die Kommunen. Was die Kommunen tun können, sollen sie auch selbst mit großem Engagement machen.

Was das Land tun muss, muss auch entsprechend klar definiert und begründet sein. Das hat Minister Zöllner auch ausreichend deutlich gemacht, glaube ich.

Um zwei Beispiele zu nennen: Wenn es darum geht, Jugend zu fördern, das heißt, gerade im Bereich der Musikschulen Unterstützung zu leisten, kann man dieses ableiten als eine Aufgabe – weil es von anderer Seite grundlegend nicht getan werden kann – des Landes, gerade die Musikschulen entsprechend zu unterstützen.

Das Zweite ist die Einbindung der Ganztagschulen. Das kann nur das Land selbst leisten. Das kann man nicht delegieren und auch nicht auf eine andere Ebene transportieren. Das heißt also auch im Grundsatz, dies ist Aufgabe des Landes.

Zunächst noch einmal zu dem Potenzial in aller Kürze. Es ist schon mehrfach dargestellt worden. Ich will nicht unziemlich erweitern. Dass Rheinland-Pfalz eine Kulturlandschaft mit einem äußerst umfangreichen historischen Erbe ist, ist mehrfach dargestellt worden: 500 Burgen, Schlösser, Weltkulturerbe Mittelrhein, Loreleyfelsen, antike römische Bauten in Trier, die Dome in Mainz, Speyer, Trier usw.

Dies ist ein großer kultureller Schatz, der nicht nur gepflegt werden, sondern auch – das wurde deutlich ge-

macht – Menschen außerhalb von Rheinland-Pfalz zugänglich gemacht werden soll.

Das heißt, hochkarätige kulturelle Angebote werden auch die Grundlage für eine verbesserte touristische – das ist legitim – Vermarktung unserer kulturellen Schätze sein.

(Beifall der FDP)

Das ist nicht unkeusch, dies zu sagen. Es handelt sich auch um Menschen, die in diesen Bereichen leben.

Nach meiner festen Überzeugung ist es so, wenn wir es nicht fertig bringen, diese kulturellen Angebote auf ein entsprechend hohes Niveau in der ganzen Breite zu heben, werden wir auch keine Fortschritte in der Qualität des Tourismus haben.

Das heißt, wir haben zum Teil Trivialisierung, zum Teil eine Verkitschung, die immer Hand in Hand mit einem miserablen touristischen Angebot und mit einem Absinken der Qualität beim touristischen Angebot geht.

Beides macht Sinn. Daran zu arbeiten, das touristische Angebot zu verbessern, muss Hand in Hand mit einer entsprechenden Qualität auch der kulturellen Angebote gehen. Dann werden wir auch Hand in Hand das, was uns noch fehlt – gerade das Beispiel Weltkulturerbe Mittelrhein zu nennen –, angehen, um den entsprechenden Fortschritt zu erzielen, den wir uns wünschen.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, zahllose Kulturinitiativen der freien Szene, der städtischen und freien Theater, der Bildenden Künste, der Musik und rund 400 Museen bilden ein umfassendes attraktives kulturelles Angebot. 50 Festivals locken zahlreiche Besucher in alle Teile des Landes.

Der jährliche Kultursommer Rheinland-Pfalz hat sich zu einer festen Institution entwickelt. Unter dem gemeinsamen Dach des Kultursommers präsentieren sich mittlerweile über 1.600 Veranstaltungen im ganzen Land. Der Kultursommer erfasst dazu alle Kultursparten des Landes: Ausstellungen, Tanz, Film, Musik und vieles mehr.

Der Kultursommer bündelt das riesige Angebot an Veranstaltungen und unterstützt die Initiativen durch eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit.

Dabei ist der Kultursommer mehr als eine gute Vermarktungsstrategie. Die Begegnung mit der Kunst soll die Menschen anregen, sensibilisieren und innerlich auch weiterentwickeln.

Meine Damen und Herren, die Kultur ist die Seele eines Landes. Es ist deshalb unsere Verpflichtung, das Kulturerbe zu bewahren und die kulturelle Vielfalt weiterzuentwickeln.

Frau Thomas, wenn Sie ein wenig Kritik an der Konzeption „Römer, Ritter und Romantiker“ üben, dann möchte ich darauf hinweisen, dass nicht nur eine Alliteration diese drei Bereiche miteinander verbindet, sondern wir

einen historischen Dreisprung haben und Schwerpunkte kultureller zivilisatorischer Entwicklung in Rheinland-Pfalz: die Zeit der Römer, dann dieser Sprung hin zum Mittelalter, hervorragende kulturelle Leistungen in der Zeit des Mittelalters, und dann wiederum eine Glanzzeit auch in Rheinland-Pfalz, die Zeit der Romantik.

Diese sind auch historisch gesehen drei Schwerpunkte, die typisch für Rheinland-Pfalz sind. Insofern handelt es sich nicht nur um eine nette Alliteration zur Verbindung dieser drei Bereiche.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist mir schon klar!)

Das ist typisch für Rheinland-Pfalz.

(Beifall der FDP)

Es ist insofern als Konzeption nach meiner Einschätzung nachvollziehbar und auch gut transportierbar.

Meine Damen und Herren, die entscheidende Frage nach der Subsidiarität habe ich schon erläutert. Die Frage nach der Effizienz bleibt gestellt. Ich darf es noch einmal wiederholen. Ich finde es wirklich mutig, auch auf Defizite hinzuweisen.

Das ist guter Stil. Es wurde mehrfach schon bemerkt, wenn es so ist, dass in Künstlerhäusern natürlich Positives geleistet wird, aber nur 15 % direkt beim Künstler ankommen, da muß man schon hinschauen.

Natürlich gibt es auch andere positive Leistungen in diesem Zusammenhang. Das ist uns bekannt. Aber diese Relation zu verbessern, ist ein durchaus legitimes Anliegen, glaube ich.

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die finanziellen Spielräume sind ganz klare Prioritäten bei der Förderung zu setzen. Kulturpolitik nach dem Gießkannenprinzip – richtig dargestellt – nützt keinem und würde kulturelles Schaffen schon auf Dauer in Gänze zunichte machen. Das kann nicht das Rezept sein. Da sind wir uns einig.

Schließlich brauchen wir mehr Eigenverantwortung, Hilfe zur Selbsthilfe, zum Beispiel durch die Hilfe beim Aufbau von entsprechenden Vermarktungsstrategien.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal ganz kurz die entsprechenden Bereiche hervorheben. Ich sehe, wenn es um Kultur geht – da geht es wohl allen Kolleginnen und Kollegen so –, verrinnt die Zeit ganz schnell, jedenfalls für denjenigen, der spricht, wahrscheinlich nicht unbedingt für denjenigen, der zuhört. Da ist das Empfinden möglicherweise umgekehrt proportional. Das gebe ich gern zu.

(Geis, SPD: Wir hängen an Ihren Lippen!)

Ich sitze auch die ganze Zeit dabei und höre mit großem Interesse zu und kann das natürlich beurteilen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich tue es Ihnen nicht an und beschränke mich auf einen kleinen Rest, den ich Ihnen zum Abschluss doch noch einmal gönnen möchte,

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Letzter Satz! –
Frisch, CDU: Geben Sie uns den Rest!)

weil es mir ein Herzensanliegen ist und die Orchesterreform schon mehrfach angesprochen wurde.

Die FDP-Fraktion hat während des ganzen Prozesses immer deutlich gemacht, dass die Vorgehensweise von Herrn Staatsminister Zöllner unsere Zustimmung, und zwar zu jedem Zeitpunkt, gefunden hat.

Es ist – wie wir alle erlebt haben – ein schwieriger Prozess, beispielhaft nicht nur in diesem Bundesland, sondern in der Bundesrepublik, Effizienzreserven in diesem Bereich zu heben, um das einmal so technokratisch zu sagen. Dass man auch enorme Befindlichkeiten berücksichtigen muss und Emotionen zutage treten, ist uns bekannt.

Es kommt letztendlich darauf an – das ist das Gute an diesem Ergebnis –, dass mit den Betroffenen gemeinsam, auch vor dem Hintergrund der Orchestersituation in Deutschland, vorbildlich eine Lösung angestrebt wird, die letztendlich das vorher schon definierte Ziel erreichbar werden lässt, das heißt eine Effizienzeinsparung, ohne die Qualität der Orchesterlandschaft in Rheinland-Pfalz zu beeinträchtigen. Da bin ich mir auch sicher.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Eine zukunftsfähige Kulturpolitik darf nicht im Stillstand verharren – das ist auch das Motto der Regierungserklärung –, sondern muss sich für Veränderungen öffnen und aktiv voranschreiten.

Rheinland-pfälzische Kulturpolitik wird dies nach Einschätzung der FDP-Landtagsfraktion auch mit großen und energischen Schritten tun. Für uns als Fraktion ist diese Regierungserklärung in der Tat wegweisend. Das wollen wir ausdrücklich anerkennen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich habe es zur Punktlandung geschafft: 0,00 Minuten.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitglieder der SPD Otterstadt sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Mainzer Landtagsseminar. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Pepper das Wort.

Abg. Frau Pepper, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gehen wir doch einfach einmal hinaus aus diesem Haus und hinein in eine x-beliebige Wohnung in dieser Stadt. Der Sohn des Hauses, der 13 Jahre alt ist, ist gerade aus der Schule gekommen, setzt sich vor den Fernseher und schaut VIVA, MTV

(Itzek, SPD: Oder PHOENIX!)

oder schaut einmal, was RTL so bringt, vielleicht einen neuen Superstar. Blendend!

Vor kurzem hat mir ein Mitglied des Landesmusikrates erzählt, dass Kinder und Jugendliche heute kaum noch die Erfahrung machen, dass in der Schule gesungen wird. Auch zu Hause wird diese früher alltägliche Übung höchstens noch belächelt. Dies sind zwei Welten, von denen ich erzähle, die sich noch nicht einmal berühren. Deswegen möchte ich in der knappen Zeit noch einmal den Aspekt der kulturellen Bildung für viele besonders hervorheben.

Wir haben heute viel über eine sich verändernde Gesellschaft gehört. Diese sich neu gestaltende Gesellschaft braucht einen Nährboden, auf dem sich Kreativität und neue Ideen entwickeln, ausreifen und umsetzen können. Dieser Nährboden muss offen zugänglich für viele Menschen einer Generation sein, damit sie die bestehenden Potenziale, die in diesen Menschen ruhen, nach außen kehren können.

(Beifall der SPD und der FDP)

Welche Einrichtungen gibt es dafür in diesem Land? – Schauen wir es uns an: Wir haben unsere Kindertagesstätten, die Schulen, die Hochschulen und die außerschulischen Einrichtungen. Sie alle sind begrenzte Lebensorte für junge Menschen mit pädagogischem Personal. An diesen Orten muss kulturelle Bildung angesiedelt werden, und zwar für alle Sparten der Kultur, die es gibt: Literatur, Bildende Kunst, Theater und Museen jeder Art. Zu jedem dieser Felder müssen junge Menschen herangeführt werden, damit sie in Zukunft – dies gilt übrigens insbesondere auch für den Medienbereich – nicht nur als Konsumenten in einer Welt stehen, sondern eigenständige, Freiräume ausfüllende Wesen sein können. Die Lese-Initiative, auf die der Minister hingewiesen hat, hat dies in hervorragender Weise getan. Ich würde empfehlen, sich darüber Gedanken zu machen, solche Netzwerke auch im Bereich der Musik zu konzipieren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Weitere Angebote könnten über organisierte Wettbewerbe, vielleicht mit LAG, Rock und Pop, Auftrittsmöglichkeiten für Schulmusiker, Auslobung von Preisen, geschaffen werden. Das Angebot der freiwilligen Ganztagschule mit den Möglichkeiten, die vorhanden sind, brauche ich nicht besonders hervorzuheben.

Meine Damen und Herren, ähnliche Beispiele ließen sich für Museen, Theater oder andere Kunstsparten in Ihrer Nähe erwähnen. Ich meine es sehr ernst: Starten wir eine neue kulturpolitische Basis-Initiative für Kinder und

Jugendliche in jeder Gemeinde, in jeder Stadt! Wir müssen die vorhandenen kulturellen Kapazitäten eines Kreises, die es gibt, erfassen und ein Netzwerk von Akteuren und Kulturräumen knüpfen.

(Beifall der SPD)

Ein Wettbewerb „Unser Dorf soll kultureller werden“ ist gar nicht so abwegig, wie es auf den ersten Blick scheint. Schon heute ist das kulturelle Ehrenamt ein nicht gehobener Schatz in unserem Land. Tausende von Mitgliedern in Vereinen, in der Denkmalpflege, im Bereich von Musikvereinen und Theatergemeinschaften, Künstlervereinigungen, Chormusik, Büchereien und anderen kulturellen Einrichtungen finden wir, die sich gern in diesem Bereich engagieren.

Dabei hilft es, dass weniger die künstlerischen Berufe als vielmehr die Kultur vermittelnden Berufe sowie die Berufe der Kulturwirtschaft sich verändert haben. Warum kann nicht ein selbstständiger Kulturmakler einer Region Ansprechpartner, Vermittler oder Animateur für Kulturaktivitäten sein, sie vernetzen und Räume dafür zur Verfügung stellen?

Darüber hinaus wird es in jeder Region Menschen geben, die ihr kulturpolitisches Engagement zur Verfügung stellen und sich dieser Aufgabe sozusagen annehmen. Meine Damen und Herren, dies betrifft die alte und die neue Kultur.

(Glocke der Präsidentin)

Ich möchte zusammenfassen und komme zum Schluss zur Lust. Meine Damen und Herren, warum Lust? – Weil dies mit Kultur etwas zu tun hat und weil ich glaube, dass wir noch einmal darüber nachdenken sollten, dass wir Lust haben auf das Aufbrechen verkrusteter Kulturschubladen, weil unsere Welt sich ändert. Wir haben Lust auf neue Kommunikation, fernab der sich einschleichenden und langweiligen Monokultur einzelner gesellschaftlicher Gruppierungen, die sich mehr und mehr voneinander abgrenzen und Sprachlosigkeit erzeugen, auf Kommunikation zwischen Alt und Jung, zwischen Arbeitern und Angestellten, zwischen Arm und Reich, intellektuell oder auch nicht.

Wer so etwas erfolgreich vorführt, macht Schule. Wer Zukunft in der Kulturpolitik will, dem sage ich gerade wegen der knappen Haushaltskassen: Beteiligen wir mehr Menschen an kulturellen Initiativen! Wagen wir mehr Experimente!

Danke.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Damit ist die Aussprache zur Regierungserklärung beendet.

Wir kommen nun zu **Punkt 5** der Tagesordnung:

**Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland und zu dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/2976 –
Erste Beratung**

Für die Landesregierung hat Herr Staatssekretär Dr. Deubel das Wort.

Dr. Deubel, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es geht um zwei Staatsverträge zum Lotteriewesen. Der wichtigere ist der Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland. Damit wird erstmals in der Nachkriegsgeschichte ein im Wesentlichen einheitliches Lotterierecht in allen Bundesländern geschaffen. Dies ist im Vergleich zum jetzigen Rechtszustand, der sich dadurch auszeichnet, dass es sehr unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern gibt, ein erheblicher Fortschritt.

Dies gilt natürlich insbesondere für diejenigen, die bundesweit Lotterie anbieten und sich bisher mit 16 unterschiedlichen Rechten auseinander setzen mussten.

Es gibt auch eine wesentliche Vereinfachung, ein Gewinn an Klarheit und Rechtssicherheit. Anlass für die Erarbeitung eines einheitlichen Lotterierechts war auch die neue Rechtsprechung in einigen Bundesländern, die das staatliche Lotteriemonopol im Licht der Grundrechte zunehmend kritisch beleuchtete und infrage stellte. Im Hinblick auf diese Rechtsprechung hat sich der Staatsvertrag für eine moderate Öffnung für private Lotterieveranstalter entschieden, ohne dabei jedoch die bisherigen ordnungspolitischen Grundsätze aufzugeben.

Oberstes Ziel des Staatsvertrages ist es, den Spieltrieb in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken, um ein Ausweichen auf nicht erlaubte Glücksspiele zu vermeiden. Der Staatsvertrag schreibt deshalb vor, dass die Länder ein ausreichendes Angebot an Glücksspielen sicherzustellen haben, und belässt die Glücksspiele mit einem erhöhten Gefährdungspotenzial in der alleinigen Zuständigkeit der Länder.

Lotterien mit geringerem Gefährdungspotenzial – dies sind Lotterien mit einem Höchstgewinn von 1 Million Euro – dürfen von privaten Veranstaltern angeboten werden. Dabei ist jedoch der Zweckertrag von mindestens 30 % für gemeinnützige Zwecke zu verwenden. Die Veranstaltung von Lotterien zu rein gewerblichen Zwecken bleibt auch mit Abschluss des Staatsvertrages nach wie vor untersagt.

Bei dem zweiten Staatsvertrag haben sich die Länder geeinigt, sich nicht von den organisierten gewerblichen Spielervermittlern weiter auseinander dividieren zu lassen. Bisher ist es nämlich so, dass die Umsätze bzw. Einnahmen der gewerblichen Spielervermittler, die im

gesamten Bundesgebiet erzielt wurden, lediglich bei einem Bundesland zur Geltung kommen.

Dies führt natürlich zu erheblichen Verzerrungen zwischen den Ländern. Durch den Staatsvertrag zur Regionalisierung werden die Verzerrungen bei den Einnahmen zwischen den Ländern durch die gewerblichen Spielervermittler beseitigt, indem die Mittel regionalisiert werden. Das heißt, dass die Länder nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden können. Dies wird sicherlich auch zur Sicherung der Konzessionsabgaben beitragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Frau Abgeordneter Reich das Wort.

(Schweitzer, SPD: Zocker-Beate!)

Abg. Frau Reich, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute berät der rheinland-pfälzische Landtag zum ersten Mal das Landesgesetz über die Zustimmung zu zwei Staatsverträgen, die Mitte Februar von Ministerpräsident Beck unterzeichnet worden sind.

Es geht dabei einmal um den Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland, außerdem um den Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen. Es ist ein gewaltiger Titel, den ich ausdrücklich noch einmal nennen wollte.

Herr Staatssekretär Dr. Deubel hat gerade schon vieles zu den Inhalten der Verträge gesagt. Ich möchte mich deshalb kurz fassen und einiges aus meiner Rede streichen.

(Jullien, CDU: Wir begrüßen das!)

Die SPD-Fraktion befürwortet das Landesgesetz; denn beide Staatsverträge waren nötig und sind gut und sinnvoll. Es ist gut, dass mit dem Lotteriestaatsvertrag nun ein bundeseinheitliches Lotterierecht geschaffen wird, welches den Vorrang des staatlichen Glücksspiels gewährleistet und dabei unter nun bundeseinheitlichen Voraussetzungen private gemeinnützige Lotterien zulässt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Aufgrund neuer Rechtsprechung war es notwendig geworden, konkrete Entscheidungskriterien für die Zulassung neuer Lotterien festzulegen. Herr Dr. Deubel hat es schon gesagt, unser geltendes Landesrecht hätte dazu führen können, fast unbeschränkt neue Lotterien zulassen zu müssen.

Eine Besonderheit haben wir in Rheinland-Pfalz, der im Staatsvertrag auch Rechnung getragen wird. Als einzi-

ges Bundesland sind wir als Land weder unmittelbar noch mittelbar an der Gesellschaft „Lotto Rheinland-Pfalz“ beteiligt, die zum Beispiel die Lotterien „6 aus 49“, „Spiel 77“ und „Super 6“ veranstaltet.

Um diese Abweichung von der Regel auch weiter so durchführen zu können, sieht der Staatsvertrag eine Ausnahmeregelung für unser Land vor. Wichtig ist auch, dass der Regionalisierungsstaatsvertrag Verwerfungen bei den Einnahmen bereinigen wird, die für die Länder durch gewerbliche Spielvermittlung entstehen. Auch in diesem Punkt möchte ich mich auf Herrn Dr. Deubel beziehen.

Klar ist, dass es letztendlich aber auch durch diese Regionalisierung zu Mindereinnahmen bei der Lotteriesteuer für Rheinland-Pfalz kommen kann. Es ist gewährleistet, dass ein Ausgleich durch den Länderfinanzausgleich erfolgen kann.

Die SPD-Fraktion wird daher dem Landesgesetz zustimmen; denn beide Staatsverträge sind nötig, gut und sinnvoll, wie schon gesagt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Als Gäste im Landtag begrüße ich Mitglieder des Jahrgangs 1940 aus Friedewald. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jullien das Wort.

Abg. Jullien, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir beraten heute in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Landesregierung, der sich aus zwei Bereichen zusammensetzt, nämlich einmal den Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland und zum anderen den Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen.

Mit diesen Staatsverträgen und mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird damit ein bundeseinheitliches Lotterierecht geschaffen, das den ordnungsrechtlichen Vorrang des staatlichen Glücksspiels gewährleistet und unter bestimmten Voraussetzungen private gemeinnützige Lotterien zulässt.

Mit diesem Staatsvertrag galt es, zwei Anforderungen zu erfüllen. Wie bereits ausgeführt, war dies durch die jüngere Rechtsprechung in einigen Bundesländern notwendig und erforderlich, weil wegen der Unterschiede im jeweiligen Landesrecht das Lotterierecht immer zersplitterter wurde und somit zum Hindernis für eine rechtlich übersichtliche und klare, aber auch wirtschaftlich

optimale Wettveranstaltung geworden ist. Insoweit sind dieser nunmehr vorliegende Gesetzentwurf und der Staatsvertrag eine Rechtsgrundlage, die diese Unklarheiten und Unsicherheiten beseitigt und vor allen Dingen, wie dargelegt, bundeseinheitlich vereinheitlicht.

Die 16 Bundesländer haben deshalb diese beiden Staatsverträge beschlossen, die nun in jeweiliges Landesrecht umgesetzt werden sollen.

Insoweit ist es auch positiv zu vermerken, dass die Länder in eigener Regie eine Einigung auf einen vernünftigen gemeinsamen Rechtsrahmen gefunden haben, der aber auch der Tatsache Rechnung trägt, dass Veranstalter im ganzen Bundesgebiet auftreten und Wettspiele durch bundesweite Ausdehnung für die Teilnehmer, für die Veranstalter und für die Länder finanziell attraktiver geworden sind.

Erfreulich ist genauso festzustellen, dass die für die Länder wichtigen Fragen der Einnahmen aus dem Lotteriewesen einvernehmlich und vernünftig geregelt werden konnten.

Zu begrüßen ist des Weiteren, dass die Genehmigungen für kleine, lokal begrenzte Wett- und Lotterieaktionen, wie zum Beispiel Tombolas, jetzt wesentlich unkomplizierter erfolgen können. Hier stehen fast durchweg wohltätige oder kulturelle Zwecke im Vordergrund.

Erweitert wird der Verwendungszweck der staatlichen Einnahmen aus Lotterien um die Förderung der Umwelt. Das heißt natürlich, dass der gleiche Kuchen an mehr Empfänger verteilt wird. Das muss auch seine Regelung darin finden, welche Zwecke aus Lottereeinnahmen und aus allgemeinen Steuereinnahmen finanziert werden. Hier müssen auch im Landeshaushalt die Gewichte entsprechend austariert werden.

Meine Damen und Herren, hinsichtlich der Beauftragung für die Durchführung des Lotteriewesens erfolgt eine entsprechende Konzessionsvergabe. Zur Regelung dieser Konzessionsvergabe wird im Wesentlichen auf bewährte Regelungen des jetzt noch geltenden Landesgesetzes über Lotterien und Ausspielungen zurückgegriffen.

So möchte ich auch an dieser Stelle gerade dem Unternehmen „Lotto Rheinland-Pfalz“ ein herzliches Wort des Dankes aussprechen.

(Beifall des Abg. Franzmann, SPD)

– Der Beifall ist mehr als berechtigt. Ich glaube, dass gerade dieses Unternehmen einen hohen Beitrag jährlich leistet, der nicht nur die Einnahmensituation des Landes verbessert, sondern auch insoweit als wirklich kontinuierliche und jährlich steigende Zuweisung im Landesetat ausgewiesen werden kann.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, jährlich fließen dem Landesetat auf diese Art und Weise über 270 Millionen Euro zu. Ich glaube somit, dass es wirklich schon existenzielle Bedeutung für das Land hat, auf diese Einnahmen zu-

rückgreifen zu können. Insoweit möchte ich abschließend an dieser Stelle gerade den Verantwortlichen der Geschäftsleitung des Unternehmens „Lotto Rheinland-Pfalz“, aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement und für ihren Einsatz ein sehr herzliches Wort des Dankes sagen.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird ein bundeseinheitliches Lotterierecht geschaffen, das Verunsicherungen und Unklarheiten beseitigt. Insoweit wird auch die CDU-Fraktion diesen Gesetzentwurf befürworten und in den weiteren Beratungen konstruktiv begleiten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Lotterierecht, das in der Gesetzgebungskompetenz der Länder liegt, weist als Ergebnis der Entwicklung der letzten 50 Jahre in den Ländern große Unterschiede auf. Es besteht Anlass zu einer Neuordnung und zu einer länderübergreifenden Vereinheitlichung der landesrechtlichen Rahmenbedingungen für die Veranstaltung von Glücksspiel und die Zulassung und Veranstaltung von Lotterien. Alle Bundesländer haben am 13. Februar 2004 den Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland abgeschlossen, nachdem der Landtag unterrichtet worden war.

Meine Damen und Herren, das eigentliche Ziel, den Spieltrieb zu zügeln, und was sonst noch damit zusammenhängt, brauche ich nicht zu erläutern, glaube ich. Mit Glücksspiel und Lotterie werden Einnahmen in namhafter Höhe erzielt. Dies wurde eben quantifiziert.

Ziel des Staatsvertrages ist es, einen relevanten Teil dieser Einnahmen zur Förderung öffentlicher und steuerbegünstigter Zwecke zu verwenden. Den Ländern wird durch den Staatsvertrag das Recht zugestanden, Bestimmungen zur Ausführung des Staatsvertrages zu erlassen.

Bei den Länderregelungen ist speziell für Rheinland-Pfalz vorgesehen, dass das Land seine ordnungsrechtlichen Aufgaben durch ein betrautes Unternehmen wahrnehmen kann, das schon genannt wurde. Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, das weder mittelbar noch unmittelbar an der Gesellschaft beteiligt ist, welche die Lotterien „6 aus 49“, „Spiel 77“ und „Super 6“ veranstaltet.

Meine Damen und Herren, in dem zweiten Staatsvertrag vom selben Datum zur Regionalisierung der Einnahmen geht es darum, dass Verzerrungen bei den Einnahmen bereinigt werden, die dadurch entstehen, dass überre-

gionale Spielvermittler agieren. Wie das geregelt wird, brauche ich nicht darzustellen.

Beide Staatsverträge bedürfen gemäß Artikel 101 Satz 2 der Landesverfassung die Zustimmung des Landtages durch Gesetz. In diesem Gesetzentwurf wird demzufolge die Zustimmung zu den beiden Staatsverträgen festgeschrieben. Bei den Ausführungsbestimmungen zu dem Staatsvertrag zum Lotteriewesen geht es im Wesentlichen um die Vergabe und die Bedingungen einer Konzession für das schon genannte betraute Unternehmen, an dem Rheinland-Pfalz, wie erwähnt, nicht beteiligt ist. Geregelt ist auch die Höhe der Konzessionsabgabe an das Land und die Verwendung der Einnahmen für die Förderung mildtätiger, sozialer, kirchlicher, kultureller und sportlicher Zwecke sowie für Aufgaben des Umwelt- und Landschaftsschutzes. Die Zuständigkeit für die Konzessionsabgabe liegt beim Ministerium der Finanzen.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion hält die gesetzlichen Vorschriften zur Regelung des Glücksspiels und der Lotterie gesellschaftspolitisch und sachlich für notwendig. Mit dem Gesetz und den beiden Staatsverträgen wird eine tragfähige und transparente Rechtsgrundlage auf Bundesebene geschaffen, wie eingangs schon erläutert.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Es spricht Frau Abgeordnete Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Ich trage Ihnen nicht zum vierten Mal vor, was in dem Staatsvertrag geregelt wird, sondern will ein paar Anmerkungen machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Schiffmann, SPD: Schade! –
Ministerpräsident Beck: Ich hätte es
gern noch einmal gehört!)

– Wollen Sie es noch einmal hören? Sie haben es doch mitberaten, Herr Beck.

Der Staatsvertrag geht davon aus, dass klar geregelte legale Glücksspiele dazu beitragen, das unerlaubte Glücksspiel einzudämmen. Das mag zum Teil richtig sein. Die Regelungen im Staatsvertrag sollen übermäßige Spielanreize verhindern und eine Ausnutzung des Spieltriebs für kommerzielle Gewinnzwecke ausschließen.

Die anderen Punkte sind schon gesagt worden. Ich will ein paar Zahlen nennen, weil es eine erhebliche fiskalische Bedeutung hat. Herr Jullien hat es für den Landeshaushalt beziffert. Man muss sich vergegenwärtigen, dass es insgesamt um Spielerträge von 5 Milliarden Euro geht, die in die öffentlichen Haushalte gehen.

In Anbetracht dieser Größenordnung will ich in einer ersten Aussprache darauf hinweisen, dass es kritische Stimmen dazu gibt, dass so etwas über staatlich genehmigte, öffentliche oder staatliche Lotterien abgewickelt wird. Es gibt Veröffentlichungen mit folgenden Überschriften: Staatliches Glücksspielunwesen, das staatliche Lotterieuwesen.

(Ministerpräsident Beck: Das sind die, die alle reinwollen!)

– Nein, das sind die nicht.

Sie sagen nur, es gibt Gefährdungen, die man auch nicht ausschließen kann, wenn man staatlich organisiert. Sie sagen, Glücksspielveranstalter verkaufen den Spielerinnen und Spielern gegen geringen Preis die Hoffnung auf eine erhebliche Steigerung ihres Vermögens.

(Zuruf von der SPD)

Das ist das Kerngeschäft.

(Zurufe von der SPD und der FDP)

– Nein, ich will das nicht verbieten. Ich will das nur in Rahmen setzen, weil ich ein paar Größenordnungen nennen kann.

(Hartloff, SPD: Das sind menschliche Wünsche und Süchte!)

– Natürlich ist das alles menschlich. Man muss überlegen, warum wir einen Staatsvertrag machen und warum es Gesetze gibt. Wir wollen bestimmte Dinge und Gefährdungen eindämmen. Schon 1996 hat jeder Haushalt im Durchschnitt 1.200 DM in legale Glücksspiele riskiert und einen Nettoverlust von rund 400 DM gemacht. Man muss berücksichtigen, dass etwa 50 % nicht an Glücksspielen teilnehmen.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

– Herr Creutzmann, regen Sie sich nicht auf. Ich will sie nicht verbieten, Sie sie auch nicht.

Über die Verteilung der Gewinne und über die Abschöpfung der Spielbeiträge gibt es eine ziemliche Umverteilung. Warum sage ich das? – Im Staatsvertrag steht, dass Lotterien nur gewerblichen Betreibern erlaubt werden sollen, wenn es eine Obergrenze für Gewinne von 1 Million Euro gibt. Sie alle kennen vielleicht die Massen, die in die Annahmestellen sausen, wenn es zweistellige Millionen-Jackpotgewinne gibt. Ich finde, man sollte überlegen, ob es solche Obergrenzen auch für staatlich organisierte Lotterien geben sollte. Ich will das an der Stelle sagen.

Ich sage es anders als Herr Jullien. Begrüßenswert ist die Aufnahme der Regelung, dass in Zukunft die Einnahmen auch für Umwelt- und Landschaftsschutz verwendet werden können. Das betrifft die Konzessionsabgabe. Das war vorher nicht in der Form geregelt. Ich will nicht verschweigen, dass man damit eigenständigen Umweltlotterien das Wasser ein Stück abgräbt. Sie erinnern sich, Rheinland-Pfalz hat sich gegen den Antrag

der Stiftung mit einer Klage gesträubt, eine Umweltlotterie in Rheinland-Pfalz zu installieren. Sie wollten es nicht genehmigen. Das kann man jetzt nicht mehr. Durch die Verwendung aus der Konzessionsabgabe stellt man sicher, dass staatlich organisierte Lotterien diesen Bereich mit abdecken. Es ist die Frage, ob man damit Konkurrenz ausschließen will und wer mehr Einnahmen für den Umwelt- und Landschaftsschutz erzielt.

Ich habe noch eine Frage, die man nicht heute, aber im Lauf der Beratungen beantworten muss. Im Vorwort ist darauf hingewiesen, dass Rheinland-Pfalz in Zukunft auf Einnahmen verzichten wird. Es gibt den Hinweis, dass dies aus Mitteln des Länderfinanzausgleichs kompensiert wird. Davon kann man ausgehen. Mich würde interessieren, ob man es beziffern kann, mit welchen Einnahmenverlusten Rheinland-Pfalz aufgrund dieser Regionalisierungsregelung rechnen muss. Insgesamt kann man an den einzelnen Punkten des Staatsvertrags keine großen Änderungen mehr vornehmen. So ist das in der breiten Vorberatung gewesen. Die einzelnen Fragen wollen wir in der anschließenden Beratung noch geklärt haben.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Der Gesetzentwurf wird federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss und an den Rechtsausschuss überwiesen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall, dann ist das so beschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung – Landesgesetz zur Änderung der Verfassung – ist nach Absprache der Fraktionen auf Freitag verschoben.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Pflegende Angehörige in Rheinland-Pfalz Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksachen 14/2532/2658/2750 –

Die Fraktionen haben eine Redezeit von zehn Minuten vereinbart.

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dröscher das Wort.

(Zuruf von der SPD: Auf Herr Kollege!)

Abg. Dröscher, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion enthält, was die Quantität und auch was die Qualität der Versorgung Pflegebedürftiger in unserem Land durch Angehörige, Freunde und Nachbarn angeht, eine ganze Reihe von interessanten Infor-

mationen und auch Anregungen. Sie bringt uns auch weiter, was die Fragestellung, die zukünftig zu beantworten ist, angeht.

Zunächst einmal komme ich zu den Zahlen. Wenn wir von dieser Gruppe der gepflegten Menschen sprechen, reden wir von etwa 67.700 Pflegebedürftigen, die ganz oder teilweise von Angehörigen, Freunden oder Nachbarn gepflegt werden. Um die Relation herzustellen: In den Bereichen „Kurzzeitpflege“, „Tagespflege“ und „stationäre Pflege“ werden etwas über 27.000 Menschen gezählt, sodass wir insgesamt etwa 95.000 pflegebedürftige Menschen in dieser Anfrage als zahlenmäßige Größenordnung als Antwort genannt bekommen haben. – Das sind etwa 2,35 % der Bevölkerung unseres Landes.

Die Entwicklung ist in einigen Bereichen wachsend. Wir haben das noch ein bisschen als Unterteilung bekommen, und zwar nach der Unterteilung, wie die Möglichkeiten der Pflegeversicherung in Anspruch genommen werden. Knapp 50.000 dieser 67.000 Menschen bzw. die pflegenden Familien erhalten Pflegegeld. In nur etwa 8.000 Fällen werden ausschließlich Sachleistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz erbracht. In etwas über 10.000 Fällen wird eine kombinierte Leistung erbracht.

Es gilt, je älter die Pflegebedürftigen sind, desto eher kommt es zur Inanspruchnahme professioneller Dienste. Das hängt auch mit dem Grad der Pflegebedürftigkeit und mit der Verfügbarkeit von Pflegepersonen zusammen. Das ist in der Antwort auch noch einmal deutlich ausgeführt. Ich muss darauf nicht näher eingehen.

Ganz interessant ist die Frage, wer in der Familie pflegt. Wie zu erwarten war, sind es etwa 80 % weibliche Pflegepersonen und 20 % männliche Pflegepersonen. Das ist schon fast überraschend von der Größenordnung her. Wir hätten zunächst sicher gedacht, dass es noch mehr Frauen sind. In einem Drittel der Fälle sind es Tochter oder Schwiegertochter. Die Anzahl der Ehepartner liegt immerhin bei 20 %. Dabei sind auch sehr viele Männer, und zwar sehr alte Männer. Ich habe das aus persönlicher Erfahrung im Bekanntenkreis auch erlebt. In elf Fällen ist es die Mutter, in fünf Fällen der Sohn. Nachbarn, Bekannte und sonstige Personen sind es in weniger als 20 Fällen, sodass die Hauptlast wiederum von den Frauen in der Familie – von Tochter und Schwiegertochter – getragen wird.

Auch die Frage nach dem Alter bringt uns eine ganz interessante Antwort, dass nämlich von diesen Frauen 53 % zwischen 40 und 65 Jahre alt sind. Das führt uns dann in einem weiteren Teil dieser Anfrage und der Antwort dahin, dass es ganz interessant ist, darüber nachzudenken, wie das mit der Vereinbarkeit von Pflege Tätigkeit und Beruf ist. Darauf komme ich aber im Weiteren zurück.

Die Pflegestufen sind so verteilt, dass bei den Geldleistungen die Pflegestufe I dominiert. Das ist auch nicht erstaunlich. Vielleicht ist es etwas überraschender, dass bei den reinen Sachleistungen ebenfalls die Pflegestufe I am stärksten vertreten ist. Das hängt mit Sicherheit auch damit zusammen, dass hier vor allem Menschen diese Sachleistungen in Anspruch nehmen, die nicht die Mög-

lichkeit haben, sich durch Verwandte oder Freunde pflegen zu lassen.

Eine Frage betraf auch Aussagen zur Erkrankung. Man muss auch einmal eine kleine kritische Anmerkung machen. Da habe ich einen deutlicheren Hinweis auf die Multimorbidität und auf die chronischen Erkrankungen vermisst. Hier wurden die Grunderkrankungen zwar angegeben, aber nicht der Zusammenhang, dass hier meist die Pflegebedürftigkeit durch Mehrfacherkrankungen und durch die chronische Form dieser Erkrankungen bedingt ist.

Die Leistungen der Pflegeversicherung sind Ihnen im Wesentlichen bekannt, aber für die Familien umso wichtiger ist, dass außer dem Pflegegeld oder der Pflege Sachleistung oder der Kombination auch Pflegehilfsmittel, soziale Sicherung durch Rentenbeiträge, wenn mehr als 14 Stunden wöchentlich gepflegt wird, und Pflegekurse angeboten werden und – was uns ganz wichtig erscheint – als Ergänzung dieser Leistungen auch teilstationäre Pflegeleistungen – Tag- und Nachtpflege und Kurzzeitpflege – zur Verfügung stehen; denn die pflegenden Familienangehörigen stehen oft rund um die Uhr zur Verfügung und benötigen auch entsprechenden Ausgleich und entsprechende Entlastung.

Eine sonst wenig beachtete Frage ist die Frage nach der Gewalt in Pflegebeziehungen. Hier sind neben körperlicher Gewalt, die durchaus in einem zählbaren Ansatz zu erkennen ist – nämlich jeder 25. der Pflegebedürftigen hat solche Dinge schon einmal erlebt –, auch Vernachlässigung, seelische Misshandlung, finanzielle Ausnutzung und Freiheitseinschränkung zu nennen. Nach einer Schätzung sind es etwa 6 % bis 7 % der Pflegebedürftigen oder der Pflegebeziehungen, in denen solche Gewalt zu beobachten ist.

Vor allem kommt das in engen sozialen oder privaten Beziehungen vor. Das ist eher auch ein Zeichen für die Überlastung von Familien. Die Dunkelziffer ist da sicher sehr groß.

Was auch eine wichtige Antwort ist, sind die Gründe zur Übernahme der häuslichen Pflege. Nun ist es natürlich so, dass wir alle am liebsten Zeit unseres Lebens in einer möglichst großen Selbstständigkeit und zu Hause leben möchten. Das ist der Hauptwunsch der Pflegebedürftigen, der Verbleib im häuslichen Bereich, und auch der pflegenden Angehörigen, diesen Verbleib zu sichern. Deshalb ist es auch wichtig, diese Pflegebereitschaft der Familien, der Nachbarn und der Freunde entsprechend zu stärken.

Ich bin vorhin schon einmal auf das Alter der Pflegenden eingegangen. Außer der genannten Gruppe der pflegenden Frauen, von denen über die Hälfte zwischen 40 und 65 ist, ist zu bemerken, dass immerhin ein Viertel aller Pflegenden über 65 Jahre bis 79 Jahre und 5 % sogar über 80 Jahre alt sind. Hier sind es vor allem alte Ehepartner, die ihre Partnerin oder ihren Partner pflegen.

Oft wird rund um die Uhr gepflegt, wobei die Pflegeversicherung mit einem guten Grund den Zeitaufwand nach einer nicht ausgebildeten Pflegeperson zuordnet, also

nicht nach dem Zeitaufwand, den eine Pflegeeinrichtung benötigt, sondern nach nicht ausgebildeten Pflegepersonen. Trotzdem gibt es da eine ganze Reihe von Pflegebedürftigen, die nicht diese mindestens eineinhalb Stunden am Tag erreichen.

Ich habe schon über die Hilfen gesprochen: Pflegekurse und Rentenversicherung. – Es gibt darüber hinaus Beratung. Es gibt zusätzliche Betreuungsleistungen. Es gibt eine Unfallversicherung für die pflegenden Angehörigen, also eine ganze Reihe von Möglichkeiten die allerdings zum Teil bekannter gemacht werden müssen.

In Rheinland-Pfalz habe wir eine umfassende pflegerische Infrastruktur. Mit der Qualitätsoffensive „Menschen pflegen“ des Sozialministeriums haben wir auch einen Ansatz, in dieser Situation erhebliche Hilfen zur Verfügung stellen zu können. Es gibt insgesamt 380 ambulante Pflegedienste im Land, 135 ambulante Hilfezentren mit Beratungs- und Koordinierungsstellen, die entsprechende Informationen anbieten, die Schulungskurse anbieten, die Selbsthilfegruppen anbieten, die auch Sachleistungen anbieten.

Darüber hinaus sind auch niedrigschwellige Betreuungsangebote und Kurzzeitpflege, 108 Einrichtungen mit insgesamt 682 Plätzen, erwähnenswert. Hier besteht noch weiterer Bedarf.

Dann kam am Ende dieser Fragestellungen und am Ende der Beantwortung durch die Landesregierung noch ein wesentlicher Punkt hinzu, nämlich welche zentralen Fragen uns in der Zukunft beschäftigen werden.

Die Vereinbarkeit von Pflege Tätigkeit und Beruf wird das eine sein. Ein Drittel der pflegenden Frauen in dem beschriebenen Alter hat den Beruf aufgegeben, um pflegen zu können. Das ist eine ganz wichtige Geschichte. Hier ist die Qualitätsinitiative „Pflege“ ebenfalls zu bemerken. Aber darüber wird die Frau Ministerin sicher noch sprechen.

Der zweite Punkt – Förderung der häuslichen Pflegebereitschaft – hängt wesentlich mit der landesweiten flächendeckenden Grundversorgung zusammen, und wir werden den Ausbau der teilstationären Angebote beobachten müssen.

Der dritte Punkt, den ich mit einem persönlichen Interesse betrachte, sind die pflegenden Familien, die Menschen mit demenziellen Erkrankungen pflegen. Wir stehen einerseits am Anfang einer dramatischen Entwicklung. In diesem Plenum ist schon öfter darauf hingewiesen worden. Andererseits – dies ist ein eher optimistischer oder vorsichtig optimistischer Ausblick – zeichnen sich hoffnungsvolle Entwicklungen im Bereich der Diagnostik und Therapie ab, auch gerade im Bereich der medikamentösen Therapie – das ist auch ein Erfolg der Überlegungen, niedrigschwellige Angebote zur Verfügung zu stellen –, sowie Fortschritte in der Gestaltung von Versorgungsmodellen, die wir in den nächsten Jahren beobachten müssen und auch landesweit beispielhaft weiterentwickeln können.

(Glocke der Präsidentin)

Ich danke der Landesregierung im Namen meiner Fraktion für die Antwort und auch für die Aktivitäten, die in diese Richtung führen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des
Abg. Dr. Schmitz, FDP –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Rüdell das Wort.

Abg. Rüdell, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die zukünftige Entwicklung des Pflegebedarfs wird generell von demographischen und sozialen Rahmenbedingungen bestimmt. Die Entwicklung von Morbidität, Lebenserwartung und Migration spielt dabei eine entscheidende Rolle. Maßgebend für die Deckung eines zukünftig steigenden Pflegebedarfs ist vor allem die Entwicklung der Familienstrukturen, weil von ihnen die Verfügbarkeit von Pflegepotenzialen abhängt.

Die häusliche Pflege wird derzeit noch fast zu drei Vierteln von Personen, die zu den Pflegebedürftigen einen engen verwandtschaftlichen Grad haben, erbracht. Insgesamt handelt es sich bei den Pflegepersonen überwiegend um Frauen. Ob diese Entwicklung so bleibt, hängt davon ab, in welchem Tempo sich der Strukturwandel in der Familie fortsetzt.

In der Tat lassen Individualisierungen und Pluralisierung von Lebensformen einen Rückgang der familiären Unterstützungspotenziale erwarten.

Der Wandel des Familienbilds stellt jene traditionellen Strukturen infrage, in die die Älteren und Pflegebedürftigen bislang eingebettet waren. Hinzu kommt die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen, die ihre objektive Verfügbarkeit, aber auch ihre subjektive Bereitschaft zur Übernahme von Pflegeaufgaben in der Familie vermindert.

Zu nennen ist schließlich die geographische Mobilität, die häufig auch eine Entfremdung zwischen den Generationen beeinflusst.

Die zukünftige Situation von Pflegebedürftigen wird auch von der Entwicklung der Haushaltsstrukturen von Älteren beeinflusst. Die Frage ist, ob sich der Trend zur Singularisierung im Alter in Zukunft verstärkt.

Im Hinblick auf den Zeitraum bis 2040 stellt sich jedenfalls die Frage, ob die heutige mittlere Generation im höheren Lebensalter über genügend Verwandte verfügen wird, die als Pflegepersonen grundsätzlich in Betracht kommen, und ob dieser Personenkreis auch zur Hilfe und Pflege bereit sein wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, damit diese Szenarien sich nicht massiv auf die Entwicklung der familiären Pflege auswirken, muss vorrangig die Familie grundsätzlich gestärkt werden.

(Beifall der CDU)

Die heute bereits pflegenden Angehörigen, vornehmlich Frauen, verdienen unser besonderes Augenmerk und unsere ganze Unterstützung.

(Beifall bei der CDU)

Die Forschungsgesellschaft für Gerontologie der Universität Dortmund und der Caritasverband für das Erzbistum Köln haben in einer Untersuchung festgestellt, dass Angehörige pflegebedürftiger Menschen oft selbst erkranken. Grund sei die extreme Belastung durch die schwierige Betreuung der nächsten Angehörigen. Danach leiden 75 % der Pflegenden unter Rückenschmerzen, Schlafstörungen, Erschöpfungszuständen oder anderen Krankheiten. 88 % der Befragten fühlten sich ausgebrannt, überfordert oder hätten familiäre Spannungen zu bekämpfen.

Diese psychischen und physischen Belastungen von pflegenden Angehörigen werden zu einem steigenden Bedarf an stationärer, teilstationärer oder ambulanter Versorgung führen. Da pflegende Angehörige oft nur eine begrenzte Zeit dieser enormen Aufgabe gewachsen sind, brauchen wir Strukturen, die diesen Menschen langfristig Kraft und Motivation geben. Ihre Unterstützungserwartung richtet sich dabei zuerst überwiegend an das familiäre und soziale Umfeld, dann aber auch an eine pflegerechte Infrastruktur.

Durch die in den kommenden Jahren zu erwartende extreme Zunahme hochbetagter Menschen, wird auch der Anteil Dementer an den Pflegebedürftigen deutlich zunehmen. Nach Untersuchungen sind heute bereits im stationären Bereich bis zu 75 % und im häuslichen Bereich der Pflege durchschnittlich 21 % der gepflegten Menschen demenziell erkrankt. Hier fehlt ein Gesamtkonzept, das von der Prävention zur Früherkennung über die Behandlung bis hin zur Pflege führt.

Ziel muss es sein, die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung auf den dramatischen Anstieg der an Demenz erkrankten Menschen vorzubereiten. So, wie der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gefestigt werden muss, so muss zukünftig auch gelten, Prävention und Rehabilitation vor Maßnahmen der Pflege. Versäumnisse oder Fehlentwicklungen in diesem Bereich führen unweigerlich zur Überlastungssituationen in der familiären Pflege und zu tragischen Leidenswegen der Erkrankten.

Um den pflegenden Angehörigen zu helfen und auch um Anreize zu schaffen, müssen demenziell erkrankte Menschen stärker in die Pflegeversicherung einbezogen werden. Hier muss der verrichtungsbezogene Pflegebegriff um den Hilfebedarf für die allgemeine Beaufsichtigung und Betreuung von Dementen in zeitlich begrenztem Umfang erweitert werden.

(Beifall der CDU)

Im ambulanten Leistungsbereich müssen auch die niedrigschwelligen Betreuungsleistungen weiter ausgebaut werden. Aber derzeit reichen diese Erstmaßnahmen vom Umfang her noch nicht aus, pflegende Angehörige zu entlasten und eine bedarfsgerechte Versorgung in der häuslichen Pflege zu stärken. Es muss auch der Tendenz der pflegenden Angehörigen zur Abschottung nach außen und zur Selbstüberschätzung entgegen gewirkt werden. Dazu sind am ehesten niedrigschwellige Angebote geeignet, welche den pflegenden Personen die probeweise Inanspruchnahme von zeitlich begrenzten Dienstleistungen ermöglichen. Diese Strategien müssen durch eine Ausweitung von spezifischen Betreuungsangeboten im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich ergänzt werden. Um eine effektive Nutzung dieser Einrichtungen zu ermöglichen, müssen auch geeignete Versorgungskonzepte entwickelt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, um pflegebedürftige Angehörige und besonders auch Demente möglichst lange in der eigenen Häuslichkeit zu versorgen, muss auch die individuelle Schulung der pflegenden Angehörigen verstärkt werden.

(Beifall bei der CDU)

Hierzu ist ein Netzwerk mit Pflegekursen weiter auszubauen, in denen für die Häuslichkeit Hilfe geboten wird. Diese Hilfe muss bereits im Krankenhaus und in der Reha beginnen.

Die Erfahrungen zeigen, dass mit individuellen Schulungen und Pflegekursen sowie der Überleitungspflege eine wirkungsvolle Unterstützung pflegender Angehöriger erreicht wird.

Ein weiterer Ausbau dieses Netzwerks kann erfolgreich dazu beitragen, frühzeitig Überlastungssituationen in der Familie festzustellen oder auch Pflegefehler zu vermeiden. Fast alle Familienangehörigen, die vorbehaltlos oder bedingt zur Pflege von Angehörigen bereit sind, wünschen sich Unterstützung durch professionelle Pflegekräfte oder durch ein entlastendes Netzwerk auf örtlicher Ebene.

Sehr geehrte Damen und Herren, zur Unterstützung der Familienpflege hat sich die Pflegeversicherung grundsätzlich bewährt.

Gerade die aktuellen Entwicklungen in unserer Gesellschaft machen eine solide Vorsorge für den Fall der Pflegebedürftigkeit unverzichtbar. Die Pflegeversicherung muss dergestalt weiterentwickelt werden, dass häusliche Pflege gestärkt und das Engagement der pflegenden Angehörigen besser gewürdigt wird.

Im Rahmen künftiger Steuerreformen muss geprüft werden, ob und in welchem Umfang die steuerliche Abzugsfähigkeit haushaltsnaher Dienstleistungen auch auf den Pflegebereich ausgeweitet werden kann. Zur Stärkung der Bereitschaft von Familien, pflegebedürftige Angehörige zu versorgen, ist es sicherlich notwendig, darüber nachzudenken, ob das Pflegen von Angehörigen den gleichen beitragsenkenden Charakter in der Sozialversicherung bekommt, wie dies vom Bundesver-

fassungsgericht bereits für die Kindererziehung gefordert wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren, um einen Kollaps in unserem Pflegesystem zu vermeiden, ist konsequentes Handeln angesagt. Dabei ist die Landesregierung und insbesondere Sie, Frau Ministerin Dreyer, gefordert. Stärken Sie die Familie. Stellen Sie die Familie in den Fokus Ihrer Politik; denn nur so können wir diese Herausforderung grundlegend bewältigen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Es spricht Herr Abgeordneter Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schon recht aufschlussreich, wenn uns morgens der Fraktionsvorsitzende das Kirchhof-Modell vorstellt und abends neue steuerliche Sondertatbestände als Lösung des Problems genannt werden. Meine Damen und Herren, so geht es nicht.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, dann schrammt man nicht mehr am Peinlichen vorbei, sondern man ist mitten drin im Fettnapf.

(Beifall der FDP und der SPD –
Unruhe im Hause)

Dabei muss man festhalten, dass diese aufgeregte Diskussion zu später Stunde dem eigentlichen Thema der Tagesordnung nicht angemessen ist; denn das eigentliche Thema der Tagesordnung beschäftigt sich wieder einmal – wie schon so oft in dieser Legislaturperiode – mit den Auswirkungen der Pflegegesetzgebung und der Situation, dem Status quo, wie er sich für uns darstellt, nachdem eine Pflegeversicherung installiert wurde, die – ich meine gottlob – auf 1,7 % der Lohnzusatzkosten gedeckelt wurde.

Das führte zu der Konsequenz, dass die Bevölkerung dachte: Jetzt gibt es die Pflegeversicherung. Das Pflege-risiko meiner Familie ist mir genommen. – Die Bevölkerung hat aber nicht einsehen wollen und wurde bei den süßen Schalmeyenklängen des Wahlkampfes nicht darüber aufgeklärt, dass es sich um eine klassische Teilkaskoversicherung handelt, die eingeführt wurde. Dieses Missverständnis gilt bis heute und erklärt einen Teil der Frustrationen, denen wir uns gegenübersehen.

Das Land – Frau Ministerin Dreyer – versucht nach Kräften, dieses Problem mit den Mitteln, die der Landesregierung zur Verfügung stehen, anzugehen. Es gibt viele Dinge, die im System verständlich, nachvollziehbar und unverzichtbar sind, die aber – das ist der Kern meiner Aussage – das grundsätzliche Problem der Pflege-

versicherung, so wie es Schwarzgelb auf den Weg gebracht hat und Rotgrün es weiterträgt, nicht lösen kann.

Das wäre ungefähr so, als wenn wir über die Lackpolitur eines Autos reden, das nur drei Räder und eine kaputte Bremse hat. In der Diskussion bräuchte es an sich sehr viel mehr. Das Bundesverfassungsgericht hat der Politik schon einzelne Dinge ins Hausaufgabenbuch geschrieben. Das sind aber Kleinigkeiten. Bis zum Jahr 2005 wird man es irgendwie hinbekommen, Kindererziehende etwas positiver zu berücksichtigen. Aber auch das wird das eigentliche Problem nicht beseitigen. Das eigentliche Problem besteht zum Beispiel darin, dass die Deckelung der Lohnzusatzkosten auf 1,7 % die Geldmittel, die in das System gesteckt werden, begrenzt. Das führt dazu, dass beispielsweise in der professionellen Pflege Gehälter bezahlt werden, die offensichtlich nicht in der Lage sind, genügend Nachwuchs zu generieren, sondern die im Gegenteil dazu führen, dass viele durch die Belastung dieser Tätigkeit frühzeitig den Beruf wieder an den Nagel hängen.

Wir reagieren mit Imagekampagnen, Informationskampagnen und Aufklärungskampagnen. Die Basis aber, die nicht adäquate finanzielle Ausstattung des Systems, können wir so nicht verändern. Die meisten Parteien sind sich einig, dass uns der Weg über zusätzliche Lohnbelastung verschlossen ist.

Was können wir also tun über eine Qualitätssicherung hinaus, über Bildungs- und Fachkräfteoffensiven hinaus, über die Verbesserung der Demenzhilfe hinaus, was auch alles Geld kostet, über Best practice hinaus, über Info- und Beschwerdetelefone hinaus, über einen medizinischen Dienst hinaus, der immer wieder schaut, wo die Probleme liegen? Das sind Dinge, die wichtig sind und die ich begrüße. Sie können aber nicht ins Zentrum des Problems vorstoßen.

Meine Damen und Herren, was die Pflegeversicherung angeht, sind inzwischen viele klüger geworden. Das will ich nicht besserwisserisch sagen. Das zentrale Problem wird auch nicht dadurch gelöst, dass Herr Kollege Rüd-del – von den Steuertatbeständen einmal abgesehen – eine familienpolitische Rede ganz in der Tradition der CDU hält: Hurra! Das traditionelle Familienbild. Wenn wir alle wieder auf unseren Eifelbauernhöfen sind, ist die Welt wieder in Ordnung. – Meine Damen und Herren, diese Zeiten sind – vielleicht leider, andere sagen gottlob – vorbei. Wir müssen festhalten, dass die Berufsbilder der Frauen heute anders sind als vor 30 Jahren. Wir müssen festhalten, dass die Lebenserwartung der Bevölkerung – gottlob – eine Höhe erreicht hat, die diese demenziellen Erkrankungen in der Masse mit sich bringt. Die Leute sind aufgrund ihres Lebensalters früher gar nicht erst an Demenz erkrankt, da sie früher gestorben sind.

Jetzt müssen wir – vielleicht sollten wir auch sagen „dürfen“ – diese Menschen pflegen. Ich sage „dürfen“, weil es für uns selbstverständlich ist, dass sich Eltern und Verwandte ihrem Nachwuchs zum Teil mit übertriebener Sorgfalt annehmen. Aber am anderen Ende, wenn es mühsam wird, will man nichts mehr davon wissen. Es darf wohl noch geerbt werden, aber man will nicht mehr tätig sein für die Menschen, die im unmittelbaren Umfeld

leben. Das ist keine familienpolitische Rede, sondern eine Beschreibung des Status quo.

Diesen entsolidarisierten Zustand in einer Gesellschaft, in der es heißt „Staat, mach Du einmal“, können wir uns auf Dauer nicht leisten. Das ist keine Frage der politischen Couleur, sondern es ist eine Frage, ob dieses Gemeinwesen auf Dauer auseinander knallt oder zusammenhalten kann.

Deshalb müssen wir staatliche Unterstützung im Rahmen einer Pflgetätigkeit bieten. Wir müssen aber auch endlich die Zeichen der Zeit erkennen. Wir erleben seit Jahren, dass die Defizite in der Pflegeversicherung Jahr für Jahr steigen und die Rücklagen in Milliardenhöhe dahinschmelzen wie der Schneemann in der Sonne. Statt aktiv zu werden, reden wir uns froh und besprechen die Themen, die nachrangigen Charakter haben. Über diese Themen tauschen wir uns aus. Über sie finden wir muntere Worte, aber ohne dass wir zum Zentrum vordringen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es ist für Sie wohl nicht vorstellbar, dass es
nicht nur um die Finanzierung geht!
Verstehen Sie das doch!)

– Frau Thomas, das Problem ist gerade so breit, dass wir es mit diesen Methoden nicht lösen können. Sie müssen sich einmal vor Augen halten, was wir alles machen. Wir haben vorhin voller Stolz gehört, dass wir jetzt eine Unfallversicherung für pflegende Angehörige haben. Schön. Jetzt stellen Sie sich einmal die Unfallversicherung für babypflegende Mütter vor. Das ist das Pendant dieser gesetzgeberisch offensichtlich notwendigen Maßnahme. Das zeigt das Bizarre dieses Systems sehr deutlich auf.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist doch Kappes!)

Wir brauchen ein System, in dem der Staat einen Teil seiner Sozialverantwortung reindividualisiert. Wir brauchen ein System, in dem der Entsolidarisierung und dem mangelnden Kinderwunsch nicht durch eine überzogene staatliche Heilsversprechung Vorschub geleistet wird.

Wir brauchen Demographiefestigkeit und kapitalgedeckte Systeme, und diese möglichst weit weg von einer Belastung der Lohnkosten, um nicht über neue Arbeitslosigkeit das, was wir auf der einen Seite mit unseren Armen aufbauen, auf der anderen Seite mit dem Hintern wieder umzustoßen. In dieser Art und Weise sollten wir weiterdenken. Ich bin daher sehr dankbar, dass das Sozialministerium einen Vorstoß angekündigt hat, um deutlich zu machen, wie Rheinland-Pfalz dieses Problem sieht. Wir sind darauf alle gespannt, und wir von unserer Seite bieten selbstverständlich unsere konstruktive Mitarbeit an.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für eine Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das muss schon sein. Das, was Herr Dr. Schmitz von sich gegeben hat, geht völlig am Thema vorbei. Herr Dr. Schmitz, die Zwischenrufe von Frau Thomas waren mehr als berechtigt. Es geht um die pflegenden Angehörigen, und es geht nicht um eine Diskussion, wie die Pflegeversicherung finanziell aufgebaut ist, sondern es geht darum, den Menschen zu helfen.

Die Worte von Herrn Rüdell haben Sie wieder völlig verdreht. Herr Rüdell hat gesagt, wir müssen darüber nachdenken. Sie haben gesagt, die Realität sei nicht mehr so, dass Angehörige die Menschen pflegen. Herr Dröschler hat kurz vorher darüber berichtet, dass tausende von Menschen ihre Angehörigen selbst zu Hause pflegen; denn sonst wäre dieser Stand schon lange nicht mehr haltbar. Den Menschen ist dafür zu danken.

(Beifall der CDU und bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie stellen einfach die Diskussion völlig auf den Kopf. Das ging völlig am Thema vorbei. Wir wollen gemeinsam überlegen, wie wir den Menschen, die jeden Tag – das ist ein 24-Stunden-Job – Schwerstpflegebedürftige zu Hause liegen haben und sich um sie kümmern, helfen können. Sie nehmen viel auf sich, damit diese Pflegebedürftigen der Gesellschaft nicht zur Last fallen. Sie haben keinen Urlaub, keine Pausen, können nicht einmal gerade hinausgehen.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Erschöpfung pur!)

– Genau, Erschöpfung pur. Darüber machen wir uns Gedanken. Sie sagen, das sei alles nicht so, es gebe keine mehr und das sei nur eine Frage der Finanzierung. Nein, das ist nicht eine Frage der Finanzierung, sondern das ist auch eine Frage der Einstellung und wie wir in der Gesellschaft in der Zukunft mit diesen Menschen umgehen wollen.

Ich hoffe, dass wir jetzt wieder zu einer vernünftigen Diskussion zurückfinden.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zur Erwidern erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Kollege Rosenbauer, wenn es nicht so wäre, wie Sie das sagen, wäre das System längst zusammengebrochen. Das funktioniert in der Tat nur noch deshalb, weil Familienangehörige und sich solidarisch Gebende – nicht nur Angehörige, sondern auch Nachbarn – mit in die Hände spucken und bereit sind, das zu leisten. Das ist aber nicht eine Frage der Finanzierung. Das gab es auch schon vor der Pflegeversicherung. Mein Problem ist, dass die Pflegeversicherung als sozialstaatliche Leistung auf Dauer so nicht funktioniert. Dadurch wird nicht die Leistung derer geschmälert, die sich mit höchstem Einsatz für ihre Angehörigen oder Freunde einsetzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Das respektiere ich sehr. Das heißt aber nicht, dass wir glauben sollten, dass dieses System so Zukunft hat. Ich kann an Sie nur appellieren, nicht den Widerspruch oder die Lücke in der Argumentation zu suchen, sondern gestehen Sie ein, dass wir ein grundsätzliches Problem mit dieser Pflegeversicherung haben,

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die auf Dauer auf dieser Finanzierungsbasis nicht funktionieren kann. Ich habe Verständnis dafür, dass man sagt, Reformen sind im Moment politisch inopportun und weitere Belastungen der Bevölkerung nicht zumutbar sind. Das mag sein, aber das darf nicht dazu führen, dass sich die politische Kaste in einem Vogel-Strauß-Spiel ergeht und einfach so tut, als ob eine Welt in Ordnung wäre, die nicht in Ordnung ist.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Schmitz, die Nummer ist nicht mehr zu retten. Wenn man so weit am Thema vorbeischießt wie Sie, kann man das auch nicht über eine Erwiderung auf eine Kurzintervention wieder gutmachen. Sie haben hier eine Vorstellung abgeliefert. Das einzige Problem sind Sie selbst. Das Problem besteht nämlich darin, dass Sie das Problem nicht erfasst haben. Sie reden über die Pflegeversicherung, aber es geht heute um zu pflegende Angehörige. In den Fällen, in denen Sie das Thema einmal gestreift haben, sind Sie nicht nur haarscharf, sondern völlig am Thema vorbeigegangen.

Das könnten noch muntere zehn Minuten werden, wenn ich nur Ihren Wortbeitrag abarbeiten würde. Darauf will ich aber weitgehend verzichten. Auf eines möchte ich aber noch hinweisen. Sie haben deutlich gemacht, weshalb das manchmal eine heftige Gratwanderung ist, wenn wir über das Thema „Pflegende Angehörige“ spre-

chen. Das ist in Ihrem unseligen Vergleich zwischen der Pflege von Kindern – – –

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Schmitz?

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Selbstverständlich, das bildet immer, aber er hat die Karte für eine Kurzintervention gezogen. Mir soll das aber Recht sein.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Vielen Dank, Herr Kollege Marz. Herr Kollege Marz, haben Sie ebenso wie ich aus der Antwort der Landesregierung ersehen können, dass die häusliche Pflege in bedauerlichem Maß zurückgeht und der Grundsatz „ambulant vor stationär“ offensichtlich in der jetzigen Situation belastet und nicht zukunftsfähig ist? Wie bewerten Sie diese bedauerliche Entwicklung, und wo sehen Sie die Gründe für diese Entwicklung?

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wo leben Sie denn?)

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Kollege Dr. Schmitz, das waren drei Fragen, die Sie zunächst einmal selbst hätten beantworten sollen. Ich will Ihnen aber gern die Antwort auf eine Frage geben, die Sie nicht gestellt haben.

(Heiterkeit im Hause –
Dr. Schmitz, FDP: Ist mir auch recht!)

Auf diese Frage möchte ich aber gern eingehen, damit Sie mir nicht noch einmal entweichen, so wie Sie das vorhin versucht haben. Sie haben den unseligen Vergleich zwischen der Pflege von Kindern und der Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen gebracht. Dieser Vergleich ist unselig, populistisch und führt völlig in die Irre, weil wir über zwei völlig verschiedene Sachverhalte sprechen.

Sowohl die Pflege von Angehörigen als auch von kleinen Kindern weist vordergründig verschiedene vergleichbare Merkmale auf, nämlich unter Umständen die notwendige Präsenz rund um die Uhr und die dauerhafte Betreuung, aber es gibt einen psychisch und fundamental sehr wichtigen Unterschied. Bei der Pflege von Kindern gibt es die Perspektive und die Hoffnung – das ist psychisch ungeheuer wichtig für diejenigen, die das tun –, während bei der Pflege von Angehörigen häufig diese Perspektive fehlt. Das macht ein Teil des Problems aus. Das haben Sie in Ihren Ausführungen völlig ignoriert.

Ich möchte an dieser Stelle aber auf das zurückkommen, was ich eigentlich sagen wollte und mich nicht länger mit den Ausführungen von Herrn Dr. Schmitz aufhalten. Ich halte auch noch aus einem anderen Grund – das hat die Diskussion heute auch gezeigt – die Diskussion über pflegende Angehörige häufig für grenzwertig. Auf der einen Seite ahnen wir oder wissen wir, was es bedeutet, Angehörige zu pflegen. Da schwingt völlig zu Recht immer der Respekt mit, den wir vor diesen Menschen haben, die pflegen.

Auf der anderen Seite habe ich häufig den Eindruck, dass aus diesem Respekt heraus eine Art sozialer und politischer Druck auf diejenigen ausgeübt wird, die Pflege zu übernehmen, auch wenn sie das in ihrer konkreten Situation gar nicht können oder wollen, beispielsweise weil sie einen anderen Lebensentwurf haben. Es ist mir wichtig, an solchen Stellen immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir denen, die eine andere Entscheidung treffen, unseren Respekt ebenso zollen müssen und nicht über den Respekt gegenüber den Pflegenden alle anderen unter Druck setzen dürfen.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass in 80 % der Fälle Frauen die Pflegenden sind. Es handelt sich häufig um Töchter oder Schwiegertöchter, die zum Teil über Jahre hinweg durch diese Aufgabe – ich will nicht sagen Job – gebunden sind.

Die Ministerin hat in ihrer Regierungserklärung im Dezember 2002 gesagt – ich zitiere –: „Die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen müssen durch umfassende Information und verbesserte Mitspracherechte unterstützt werden.“ – Das ist ein richtiger Ansatz, der natürlich konsequent verfolgt werden muss. Obwohl es verschiedene Berichte gegeben hat, ist mir immer noch nicht deutlich geworden, wie dieser Ansatz so mit Leben gefüllt wird und gefüllt werden kann, dass die Betroffenen das auch zu spüren bekommen.

Es geht bei der Mitwirkung der zu Pflegenden und der Pflegenden an Pflegekonzepten in erster Linie um das Wort Mitwirkung. Wie funktioniert das? Wie kommen wir weiter? Das hat etwas mit Selbstbestimmung in diesem Bereich zu tun. Das ist ein Wort, das in diesem Zusammenhang in unserer Gesellschaft noch nicht so lange eine zentrale Rolle spielt.

Die Frage, wie gut die Pflege durch pflegende Angehörige funktioniert – das ist auch eine Form des privaten Ehrenamts –, entscheidet mit darüber, in welchem Ausmaß wir in Zukunft stationäre Pflege werden haben müssen. Das ist ganz deutlich geworden. Es klingt wie eine Binsenweisheit, bedeutet aber in der Konsequenz: Wenn wir die private Pflege durch Angehörige nicht stärken und unterstützen, wird es am Ende dazu führen, dass die Belastungen der Gesellschaft durch die professionelle Pflege – ich sage das ganz wertneutral – wesentlich stärker werden.

Um das Problem weiter bearbeiten zu können, fehlt es uns an so banalen Dingen wie an geeignetem Datenmaterial. Erst seit 1999 wird eine Pflegestatistik geführt und werden die zu Pflegenden statistisch erfasst, aber nur diejenigen, die über die Pflegeversicherung Leistungen erhalten. Die anderen werden statistisch nicht er-

fasst. Ich frage, warum. Ich habe keine Antwort darauf. Um das Ausmaß und die politischen Handlungsmöglichkeiten zu erfassen, müssen wir vernünftiges Datenmaterial haben.

(Ministerpräsident Beck: Wie wollen Sie das denn machen unter Datenschutzgründen?)

– Herr Ministerpräsident, im Gegensatz zu Ihnen habe ich keine unbegrenzte Redezeit.

(Ministerpräsident Beck: Ich möchte das nur wissen!)

– Herr Ministerpräsident, Sie wissen, dass Sie auch in anderen Bereichen, wo das Thema „Datenschutz“ berührt ist, nicht über direkte Befragungen, aber über andere Formen der Erhebungen zumindest einigermaßen verlässliche Zahlen bekommen können, die Sie dann in die Lage versetzen, politisch vernünftige Entscheidungen zu fällen, und zwar ohne dass die Zahlen bis in die letzte Einzelheit stimmen, sondern dass man zumindest Trends erkennt. Das kann man methodisch machen. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Ich finde, das sollte man in diesem Zusammenhang auch versuchen; denn politische Planung und politische Steuerung funktioniert nur, wenn man eine vernünftige Datengrundlage hat.

Ich habe aufgrund der Antwort auf die Große Anfrage auch den Eindruck, dass die notwendige Vernetzung verschiedener Strukturen im Pflegebereich, die wir in Rheinland-Pfalz haben, nicht recht funktioniert. Wir haben es zuweilen eher mit Parallelsträngen als mit Vernetzungen zu tun. Es gibt die Beratung durch Beratungs- und Koordinierungsstellen. Die ambulanten Pflegedienste beraten pflegende Angehörige. Die Pflegekassen beraten. Es gibt ein Informations- und Beschwerdetelefon. Ich vermisste jedoch einige Aussagen, inwiefern hier eine koordinierte Zusammenarbeit oder eine Vernetzung stattfindet, um ein besseres Angebot insgesamt darstellen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wegen der nun etwas länger gewordenen Replik auf den Kollegen Dr. Schmitz und der Intervention des Ministerpräsidenten ist meine Zeit nun abgelaufen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die Landesregierung hat Frau Staatsministerin Dreyer das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Herren und Damen! Die Antwort zeigt sehr deutlich, welche Bedeutung Familienangehörige und Nachbarn im Bereich der Pflege haben. Ich glaube, dass man dies würdigen

muss; denn nach wie vor werden die meisten Menschen in Rheinland-Pfalz zu Hause gepflegt und auch versorgt. Andererseits muss man jedoch kritisch hinterfragen, was das für uns alle bedeutet, wenn wir über die Zukunftsgestaltung nachdenken.

Eines ist klar. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wird einerseits die Bedeutung von sozialen Netzwerken, Nachbarschaften und auch Familien zunehmen, andererseits haben sich auch die Lebensweisen verändert. Wir müssen davon ausgehen, dass das, was heute die Familie übernimmt, in Zukunft nicht zwingend in dem gleichen Umfang übernommen wird, sodass wir auch über neue Formen nachdenken müssen, die sich eher in den sozialen Netzwerken, in den Nachbarschaften oder in anderem ehrenamtlichen Engagement niederschlagen können.

Eines steht fest: Auch wenn sich unsere Lebensweise sehr verändert hat und in Zukunft weiter verändern wird, wünschen heutzutage alle mehr denn je, dass sie möglichst lang dort leben können, wenn sie alt sind, wo sie gern leben wollen, und das heißt in der Regel, nicht in einer stationären Einrichtung. Das heißt, der Bedarf entwickelt sich in noch viel extremerer Form in die Richtung des selbstbestimmten Lebens. Umgekehrt müssen wir registrieren, dass sich Familienkonstellationen verändern.

Daraus wird ziemlich schnell deutlich, dass wir nach vorn gesehen auch Handlungsbedarf haben. Hier stellen sich die Fragen: Wie können wir Systeme, die funktionieren, nämlich Familien und Nachbarn usw., durch ambulante Pflege und Maßnahmen unterstützen, und wie können wir unsere „Familien ersetzenden“ Hilfen weiter entwickeln? – Das ist beispielsweise die stationäre Einrichtung. Zum Dritten stellt sich die Frage nach neuen Formen selbstständigen Lebens im Alter. Das wird sicherlich ein neuer wichtiger Baustein sein, der sich in der Vergangenheit noch nicht wirklich entwickelt hat.

Ich denke, ich muss auf Rheinland-Pfalz nur ganz kurz eingehen, weil die Anfrage ausführlich beantwortet worden ist. Dennoch möchte ich betonen, dass wir im Land Rheinland-Pfalz eine sehr gute Grundlage haben, von der wir ausgehen. Es gibt kein vergleichbares Land, das eine so dichte Verzahnung von ambulanten Pflegediensten hat. Das hat maßgeblich mit der Konstruktion der ambulanten Hilfezentren und der Beratungs- und Koordinierungsstellen zu tun.

Wir sehen es wieder an der bundesweiten Debatte über das Thema „Erprobung personenbezogener Budgets und Case-Management“, dass es so etwas wie die Beratungs- und Koordinierungsstellen überhaupt nicht – auch nicht annähernd – in anderen Bundesländern gibt und dass es sich um Strukturen handelt, wo sich andere Bundesländer bemühen, etwas Vergleichbares aufzubauen. Auch hinsichtlich des Themas, wie in Zukunft das Case-Management gebildet wird, haben wir sehr gute Grundlagen in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich möchte in dem Zusammenhang erwähnen, dass die ambulanten Dienste nicht nur die fachliche und pflegeri-

sche Hilfe zur Verfügung stellen, sondern auch Pflege ergänzende Hilfen in ihrem Repertoire haben, um zum Beispiel Besuchsdienste durchzuführen, Angehörige zu entlasten und ähnliche Dinge, die allerdings nur sehr begrenzt abgefragt werden, weil sie nicht zu den Regelleistungen der Pflegeversicherung gehören. Selbst vermögende Haushalte – das erfahren wir immer wieder – scheuen es nach wie vor, ihr Budget ein Stück weit dafür zu investieren, pflegende Angehörige durch Zusatzleistungen der ambulanten Hilfezentren oder der ambulanten Pflegedienste insgesamt zu entlasten.

Außerdem möchte ich das Thema „Selbsthilfegruppen“ erwähnen. Das ist auch in der Anfrage enthalten. Ich bin davon überzeugt, dass auch in Zukunft die Selbsthilfe eine noch stärkere Rolle spielen wird. Wenn man sich ansieht, wie sich die Alzheimer-Gruppe im Bereich der Selbsthilfe landesweit aufgrund des Themas „Demenz“ entwickelt, wird klar, was Selbsthilfegruppen inzwischen auch an Struktur, Information und Unterstützung leisten können. Deshalb muss es auch eine Aufgabe in der Zukunft sein, die Selbsthilfe von der Koordination und der finanziellen Ausstattung her weiter zu unterstützen.

Ausgehend von dieser grob skizzierten Grundlage ist es aus meiner Sicht richtig, dass wir in Zukunft auch Dinge neu gestalten werden müssen. Das war letztendlich der Grund – das habe ich schon einmal im Plenum gesagt –, dass wir die Qualitätsoffensive erweitert haben, um zum Beispiel in Zukunft das Themenpaket, wie die häuslichen Pflegebedingungen und die pflegenden Familienangehörigen, Freunde und Bekannte sowie die sozialen Netzwerke zu stärken.

Hier geht es nicht nur um das Thema, die Verbraucherrechte der auf Pflege angewiesenen Menschen oder ihre Angehörigen zu stärken, sondern ganz konkret um die Frage, wie man diese Systeme stärker entlasten kann. Die Maßnahmen sind sehr vielfältig. Es beginnt mit ganz kleinen Dingen, die manchmal sehr hilfreich sind, zum Beispiel die Entwicklung eines Ratgebers für Familien im Pflegealltag.

Es gibt tausend Fragen, wenn eine Familie von heute auf morgen mit einer solchen Situation konfrontiert ist, deren Antworten wir versuchen, über solche Informationen zur Verfügung zu stellen. Herr Abgeordneter Marz, die Beratung beispielsweise der BeKo-Stellen, läuft nicht willkürlich, sondern es gibt regelmäßige Treffen, teilweise auch von uns organisiert, bei denen immer wieder reflektiert wird, was die wichtigen Themen sind und wie man Informationen sehr gezielt im Land zur Verfügung stellen kann. Das gilt auch für das Thema „Informations- und Beschwerdetelefon“, wo es durchaus eine Koordination gibt.

Wichtig finde ich auch, dass man die öffentliche Aufmerksamkeit und die Anerkennung für Familien bzw. der Angehörigen stärkt und die Selbsthilfeinitiativen weiterentwickelt.

Der wichtigste Punkt, den ich heute noch einbringen möchte, ist, dass ich fest davon überzeugt bin, dass wir uns stark darum kümmern müssen, neben der Familie soziale Netzwerke weiterzuentwickeln. Dazu gehört vor allem das Thema „Neue Wohnformen“. Wir haben einige

gute Beispiele, aber es sind ganz wenige im Land Rheinland-Pfalz. Wir haben eines in Mainz, die Wohngemeinschaft für Demenzerkrankte, in der vier Demenzerkrankte zusammenwohnen und sozusagen das Pflegebudget zusammenlegen und dadurch sicherstellen, dass eine Präsenzkraft den ganzen Tag anwesend ist. Die Menschen wohnen in ihrem alten Wohnumfeld, in dem sie sich relativ gut bewegen können. Es hat bislang noch keine Nachahmer gefunden, obwohl es auch von der Finanzierung her wirklich ein ganz tolles Projekt ist. Wir haben uns vorgenommen, auch diese Beispiele im Land weiterzutragen und zu hoffen, dass es Nachahmer gibt.

(Beifall bei der SPD und des
Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Ich möchte ein anderes Beispiel nennen, gerade weil wir jetzt 25 Jahre in Trier gefeiert haben, nämlich das Schammatdorf. Es hat im ganzen Land keine Nachahmer für das Schammatdorf gegeben. Mich kann das nur erstaunen, weil dort Behinderte, nicht Behinderte, Alte, Junge wirklich so gut zusammenleben, wie ich es an sich noch nirgendwo erlebt habe. Auch dort beschäftigt man sich selbstverständlich mit der Frage: Was machen wir eigentlich in Zukunft mit den immer mehr werdenden Alten? Was machen wir mit den Alten, damit sie nicht isoliert leben, obwohl sie mitten in der Gemeinschaft leben? Das Schammatdorf ist von der Grundstruktur her immer so angelegt, dass es sich diesen Prozessen auch aussetzt und weiterentwickelt. Ich denke, das sind Vorbilder, die wir im Land unbedingt weiterentwickeln müssen, in unterschiedlichen Konstellationen.

Natürlich sieht das Zusammenleben, beispielsweise in einem Dorf, noch einmal ganz anders aus. Aber auch da gibt es gute Ideen, wie man Wohngemeinschaft, Hausgemeinschaft, die Unterstützung von älteren Menschen auch wirklich organisieren kann. Ich erwähne dies so ausführlich, weil ich glaube, dass es in Zukunft andere soziale Netzwerke zur Familie geben muss, wir am Wohnumfeld beginnen, wir Wohnen so organisieren müssen, dass Nachbarschaft möglich ist, die Übernahme von Verantwortung möglich ist und wir uns nicht alle gegenseitig überfordern. Ich denke, auch das muss man in dem Zusammenhang sagen; denn keiner kann von uns heute davon ausgehen, dass sich die Menschen, die heute 40, 50 Jahre alt sind, wirklich zwangsläufig dann im Alter aufopfern bis zum Äußersten. Ich glaube, wir müssen ein gutes Maß finden, wie man sich einbringen kann und wie man sich sozial engagieren kann, ohne dass man permanent von einer Situation überfordert ist.

(Beifall bei der SPD)

Da die Überforderungssituation heutzutage sehr häufig bei Angehörigen vorliegt, möchte ich noch kurz das Thema „Demenz“ aufgreifen. Demenz – das wissen Sie inzwischen alle – ist das Krankheitsbild, weshalb die meisten alten Menschen in eine stationäre Einrichtung kommen, weil die Angehörigen an einem bestimmten Punkt hoffnungslos überfordert sind in der Unterstützung ihrer dementen Angehörigen. Ein kleiner Hinweis, weil die Pflegeversicherung in dem Zusammenhang angesprochen worden ist. Es gab den ersten Fortschritt im Jahr 2002 dadurch, dass das Pflegeleistungsergänzungsgesetz erlassen worden ist, sodass es eine Be-

treuungspauschale für Demente gibt. Ich möchte auch noch einmal an die Adresse der CDU sagen: Ich teile inhaltlich mit Ihnen die Auffassung, dass wir eine Weiterentwicklung der Pflegeversicherung brauchen. Ich erwarte aber, wenn das hier so klar formuliert ist, dass man den Bürgern und Bürgerinnen auch transportiert, dass das nur dadurch geht, dass mehr Geld in das System fließt und man nicht diesen Part dann anderen überlässt und gleichzeitig nicht bereit ist, zu sagen, dass das Geld kostet.

(Beifall bei der SPD)

Inhaltlich sind wir uns sehr nahe, weil es sicherlich wichtig ist, dass die Pflegeversicherung natürlich auch den Personenkreis der an Demenz Erkrankten in irgendeiner Weise auch in Zukunft erfasst.

Zu den vielen inhaltlichen Punkten, die wir im Zusammenhang mit Demenz auf den Weg gegeben haben, möchte ich noch zwei Dinge nennen. Ich bin heute Morgen bei einer Fortbildungsveranstaltung der Landesärztekammer gewesen. Wir schaffen es tatsächlich in diesem Jahr, flächendeckend in Rheinland-Pfalz Hausärzte und Hausärztinnen weiter zum Thema „Demenz“ zu qualifizieren, und zwar gemeinsam mit der Landesärztekammer und den Bezirksärztekammern. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir das in dem Zusammenhang nennen.

Das Zweite ist, wir versuchen in acht Einrichtungen des Landes die Anforderungen so umzugestalten, dass sie für demenzerkrankte Bewohner und Bewohnerinnen geeignet sind, und damit Vorbilder zu schaffen, die wir im ganzen Land verbreiten können. Am 28. März wird der Start einer großen umfassenden Kampagne gemeinsam mit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung zum Thema „Demenz“ stattfinden. Unser Anliegen dabei ist, Angehörigen die Information an die Hand zu geben, die sie brauchen, auch Angebote darüber, wo sie Hilfe holen können, eine Hotline für das Thema „Validation“, was im Umgang mit Demenzerkrankten ein wichtiger Punkt geworden ist, einfach praktische Hilfen zu bieten für mehrere Monate, um das Thema „Demenz“ in Rheinland-Pfalz zu einer öffentlich wahrnehmbaren Größe zu machen und den Angehörigen zu vermitteln, dass sie nicht allein sind, sondern dass es auch Hilfen gibt, die wir uns bemühen, mit zu organisieren.

Ich denke, wir sind uns sicher einig, es gibt viel zu tun. Wir haben große Herausforderungen zu bewältigen. Ich glaube auch, dass wir in Rheinland-Pfalz zusammen mit den Partnern und Partnerinnen die Chance aufgegriffen haben, Alter zu gestalten. Ich bin mir bewusst, dass es vieles gibt, was wir jetzt erreichen können, dass aber auch vieles struktureller Veränderungen bedarf. Wenn wir den Erfolg dort nicht von heute auf morgen messen können, so können wir doch heute schon die Weichen stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Alle wollen nach Hause.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Ministerin, es hat schon Charme, wenn Sie mir mitteilen, dass das Geld kostet. Ich kann mich noch an Diskussionen mit Ihrem Vorgänger erinnern. Lesen Sie bitte einmal in alten Protokollen nach. Als derjenige, der immer hier gestanden hat und gesagt hat, das kostet Geld, wenn man eine Verbesserung machen will oder eine Ausweitung haben will, bin ich sehr oft dafür gescholten worden.

(Zuruf von der SPD: Zu Recht!)

– Dann werden Sie sich einmal mit der Ministerin einig, was jetzt richtig ist.

Ich möchte zum Schluss noch auf eines hinweisen. Ich glaube, es gibt regional viele gute Projekte. Wir hatten dieses Thema schon einmal in der letzten Sitzung erörtert. Zeitgleich gab es einen Artikel „Pflegerischen Angehörigen helfen“. Das ist genau der Titel Ihrer Großen Anfrage. Hier wird zum fünften Mal mit der DAK, mit der KFD und mit den BeKo-Stellen wirklich pflegenden An-

gehörigen geholfen, wie man anpackt und wie man Dinge einfach umsetzt. Das geschieht kostenlos, und zwar über eine ganz lange Zeit.

Ich glaube, das sind Maßnahmen, die wir fördern sollten, damit diejenigen, die Angehörige pflegen, auch irgendwann einen Nutzen davon haben, das vor allen Dingen ohne Kosten und in einer relativ entspannten Atmosphäre.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung.

Ich lade Sie zur nächsten Plenarsitzung morgen früh um 9:30 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 18:59 Uhr.